

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 11. März 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
Einzelnnummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203.
Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Zeitschriften und Veranlassungen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“.

Quittung.

Im Monat Februar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Altona, „Gesangslust Prohmann von 1901“, für die Partei der Elenden 5.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 500.— (darunter Bierprojezt der Tischlerei von Dunsch, Schleifschtr. 20 20.—, 3. Kreis 500.— (darunter Dr. R. 100.—, Referrat 6.—), 4. Kreis Südost 1000.— (darunter rückständige Beiträge für 1902 3.—, von den Arbeitern der Firma Regnig 14.—, Polierpatten von Spinn 6,35.—, 4. Kreis Ost 1000.— (darunter Sumpfschna 4.—, Giesemann 5.—, Parteigenossen des 100. Stadtbezirks 4,53.—, 5. Kreis Wahlverein 150.— (darunter R. 50.—, Kranzüberreichung v. Babel 4,95.—, Freundschaftsclub Mette 5.—, Knaflub „Grün frucht“ 22,70.—, 6. Kreis 4200.— (darunter 2 Streitende 2.—, v. d. Sattlern der deutschen Waffenfabrik 8.—, Arbeiter-Redaktionsverein „Vorwärts“ 10.—, Verbandsmitgl. der Buchdruckerei Wigel 13,00.—, vom H. Saalbesitzer Badir. 54 5.—, Heberich, d. Kranzspende 503. Bez. durch Schuldt 2,85.—, Stat. Klub R. bei Kamlow über den See gefahren 2.—, für eine Spritze Nordlud „Gefelligkeit“ 7,05.—, bei Kamlow über den See gefahren 4,10.—, K. Kamlow 20.—, Heberich von zwei Sonntagsveranstaltungen 56,10.—, H. V. Ritter 1.—, Beyerkolonne Huhl 8.—, Geburtstag, H. Kaiser 4,11.—, Nordlante 11,10.—, Bierprojezt Promethens 10.—, Kranz, Adolfsstr. 8 3.—, Grabhändchen d. Berbe 5.—, Genosse aus d. Bogenstr. 2.—, Berlin, diverse Beiträge: 1. Nagelrunde R. W. 2. Rate 10.—, Möbelpolierer v. Kling, Warschauerstr. 10.—, L. u. H. B. 10.—, H. W. 5.—, „Kaffebohne“ 5.—, F. St. 5.—, Mages 5.—, Durch Bredow, W. 10.—, Die nicht getrankene Galbe S. S. 15.—, Vortrag v. d. Krankenkassen-Beamten 6.—, Bierprojezt der Schneiderwerkstatt Grubowski, Knielestraße 3.—, Dr. T. H. 50.—, Bierprojezt der Tischlerei von Wolf, Waldemarstr. 27 25.—, Zur Wiedererlangung verlorener Rechte 10.—, Akademikus 20.—, Kranzüberreichung, K. E. H. I. 4,15.—, Mission für den Wahlkampf v. D. W. 5.—, Von den Arbeitern der Möbelfabrik Gröschius, Gollnowstr. 10 30.—, Mehrere Vorstandsmitglieder d. Verb. der Buch- u. Stein-druckerei - Hilfsarbeiter 14.—, Amition zum Kampfe für Wahrheit u. Recht 5.—, M. W., Central-Partihalle 10.—, Die Karmidell, Luge u. Vogt 3,70.—, Jung u. Kreuzer 1.—, Geburtstagsfeier v. Kamlow 2.—, Von den Holzarbeitern der Firma Reich, Memelerstr. 9 2.—, A. W. 50.—, F. S. 50.—, Von der Agitationskommission der Metallarbeiter durch W. 3,30.—, Einer Arbeiterin der Firma M. L. i. d. Sch. geworfen 3.—, Gef. v. Arb. d. Cigarrenfabr. Randschmidt, Salsmannstraße 3.—, Zur Bekämpfung der Volksverderbung von einem Gummiarbeiter 4,50.—, Kontobucharbeiter vom Wedding 5.—, Verunglücktes Jubiläum, Gontow Weg 3.—, Von den Töpfern der Firma Millionen-Schmidt, Bierprojezt 12.—, Unerwartetes Honorar von R. R. 2. 20.—, Tischlerei Thomas, Adalbertstr. 59 25.—, V. Honorar der „R. J.“ 7,50.—, Von den Arbeitern der Neuen Berliner Genossenschaftsbäckerei 25.—, M. H. 5.—, J. W. Baden durch Hammerstein 1.—, Durch Kallmeier, Heberich einer roten Hochzeit Königsgewerkschaft 2.—, Mährischer Regellud 10.—, Aberdeen, Tischler nicht zer-schneiden 3.—, Arbeiter von S. u. H., Heberich einer Tellersammlung 3,75.—, L. R. 2.—, Heberich, Geburtstag, Zimmerer 50. 11.—, Dntel 10.—, Beyerkolonne H. Berger 5.—, Glesiere von Spinn u. Sohn 20.—, C. D., Guhrku 1.—, M. G., Mitgliedsbeitrag für 1903 15.—, Bierprojezt der Geschäftsbücherei v. Junge 6.—, Schöneberg, D. H. Neuenbürg, d. Lehmann 11,05.—, Mosenhall, Verein Immunitas, Gröschstr. 10.—, Gutenburg 32.—, C. Anz 12.—, Berl. d. Firma H. S. Herrmann 51.—, Mitgl. d. H.-Dr. 4.—, Gesangs-Lonblüte 4,50.—, Braunschweig, vom socialdemokr. Arbeiterverein 500.—, Bern 50.—, Bremen, Maschinenpersonal der „Bremser Bürgerzeitung“ 12,65.—, Breslau, socialdemokratischer Verein 50.—, Cöpenid, Centralverband der Maurer Deutschlands, Zahlstelle Cöpenid 50.—, Chemnitz, 16. sächs. Reichstags-Wahlkreis 500.—, Cöpenid, Werkstattversammlung Abteilung Drahtzieher, Kabelwerk Oberpree 6.—, Cottbus, P. L. Vierteljahrsbeitrag 2.—, Cöpenid, von den Metallarbeitern der Firma Krüger 7.—, Camen, rote Kindtaufe 2,10.—, Eisenberg (Mhml.), Adler 10.—, Ertner, ein Schiff 6.—, Falsenberg (Oberst.), 2.—, Forst i. L., von Parteigenossen 200.—, Gotha, durch den Vertrauensmann H. 30.—, Gießen, C. R. 10.—, Güttensteinach, Beitrag des Arbeitervereins 10.—, Hamburg, 3. Wahlkreis 4000.—, Hamover, v. Schw.-Klub 30.—, Hamburg, von Lagerhaltern tray Dertel und Gamp 50.—, Hagen-Elbede, Gesangverein Bruderkette 5,50.—, Haselb. v. Bremen, von Parteigenossen 10.—, Hamburg, im Monat Februar in der Expedition des „Echo“ eingegangen 267,55.—, Hanau, M. 50.—, Jümet (Belgien), von deutschen Maschinenmachern 52,96.—, Jena, P. Sch. —, 15.—, Klingenthal i. S., v. jugendlichen Genossen 2.—, Langersfelde, durch A. W. 20.—, Leipzig, einige Holzschneider 1. Rate 30.—, Landsberg a. W., Beitrag eines a. d. Holzsch.-Verb. Ausgeschiedenen 13,25.—, Mannheim, Verlag der „Mannh. Volksstimme“ 500.—, München, übersandt durch Harnisch: rote Hochzeit Kallacher Hof 4.—, gel. in einer Metallarb.-Versamm. 3.—, vom Wirt dafelbst erhalten 5.—, Ca. 12.—, München, Goldläufer, Januar u. Februar 10.—, Nglau i. B., von Parteigenossen 10.—, Nürnberg, R. freiwilliger Beitrag 3.—, Neu-Weihenau v. 7 elenden Bergolbern durch C. L. 3,50.—, Nordische Wasserlante 40 000.—, Nürnberg, Marcel 3.—, New York, v. d. Cigarrenmacher-Union No. 90 für den Wahlkampf der deutschen Socialdemokratie 418,50.—, Potschappel, 6. sächs. Reichstagswahlkreis 500.—, Remscheid, vom socialdemokr. Verein durch F. V. 50.—, Rummelsburg b. Berlin, Preis auf zum fröhlichen Jagen von L. V. R. durch A. W. 16.—, Richzenhain, Arbeiter-Bildungsverein 3.—, Rixdorf, Heberich einer Sammlung v. P. W. 3,20.—, Stuttgart, G. H. 10.—, Strachburg i. Eh., Altwater 5.—, Stahfurt, Wahlkreis Halbe-Ächerleben, durch den Vertrauensmann 100.—, Schwarzenbach a. S., socialdemokr. Verein 5.—, Solingen, vom Kreisomitee 25.— (darunter v. Follss. Solingen 15.—), Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Wahlr., Februar und März 200.—, Wolfenbüttel, v. Arbeiter-Wahlverein 30.—, Wanzleben, Wahlkreis, sociald. Verein, Januar-März 30.—, Württemberg 100.—, Zeitz, von der alten Kant-Nichtern 5.—, Berlin, den 9. März 1903.

Für den Parteivorstand:
A. Gerich, Kreuzbergstr. 30.

Aus Oestreich.

—st- Wien, 9. März.

Die Sendung im Parlament — Die Affaire Galgogh — Ladislav Rieger — Die Obstruktion in Ungarn.

Die Lage im österreichischen Parlament hat sich von Grund aus geändert: nachdem die Junggehehen die Obstruktion duldend „ausgeschaltet“ hatten, haben sie sie nun ganz förmlich ausgegeben. Das schmähliche Ende ist das Fiasko einer politischen Unredlichkeit. Den Junggehehen war es nämlich niemals Ernst mit ihrem Kriege gegen Oestreich, und der Theaterdonner vor drei Jahren hatte keinen andern Zweck, als die durch große Worte erregten Wähler zu blenden. Verlanntlich beantworteten die Gehehen die von den Deutschen im Jahre 1899 erzwungene Aufhebung der Sprachenverordnungen damit, daß sie das „Aufhebungsministerium“ Clary, das freilich nur ins Amt gekommen war, um geopfert werden zu können, zum Rücktritt zwangen. Aber ihre weitere Obstruktion hatte weder einen Zweck noch ein Ziel. Eine Zeit lang schmückten sich die Gehehen mit der Hoffnung, die Regierung zwingen zu können, ihnen für die Beleidigung, die in der Wegnahme ihrer Erzeugnisse lag, eine nationale Genugthuung zu geben, die Einführung der czechischen inneren Amtssprache im czechischen Gebiete von Böhmen zu erpressen. Aber diese Taktik scheiterte aus zwei Gründen. Erstens ist die Regierung Koerber viel zu geschickt, um sich von der „mittleren Linie“, dem Principe nationaler Neutralität, abdrängen zu lassen, denn die Objektivität in nationalen Dingen, oder wenigstens ihr Schein, ist die Grundlage für das Dasein dieser Beamtenregierung; und andererseits haben die Deutschen in Oestreich aufgehört, die geduldigen Schafe zu sein, als die sie sich während der ersten zehn Jahre des Laaffischen Regimes aufgeführt haben; selbst wenn Herr v. Koerber geben wollte, so könnte er es nicht. Die Obstruktion vor also im Wesen verfehlt — wozu noch kommt, daß die Gehehen, obwohl zahlenmäßig zur Obstruktion stark genug, doch zu schwach sind, um mit dem ganzen Parlament, dem Staate und allen seinen übrigen Völkern einen Krieg auf Tod und Leben zu führen. Sie sind in viel zu viel Dingen auf das Wohlwollen der Verwaltung angewiesen, um es wagen zu können, mit der Regierung und der hinter ihr stehenden Krone zu brechen. Man kann nicht dauernd Obstruktion machen und jeden Tag in irgend einem Ministerbureau als Wirtsteller erscheinen. Da überdies die Obstruktion ihren Schreden verloren hat, an der Obstruktion keine Regierung mehr steht, so haben sich die Junggehehen entschlossen, die regierungsfremdliche Obstruktion mit der „unerbittlichen“ Opposition zu vertauschen. Sehr gefährlich wird auch die nicht werden, und der Entschluß der Junggehehen, auf den Sturz des Kabinetts Koerber „mit allen Mitteln hinzu- arbeiten“, wird den nunteren Koerber wohl nicht sehr erschreckt haben. Am Dienstag beginnt im Abgeordnetenhanse die erste Lesung des Budgets, der sich unmittelbar die der Ausgleichsvorlagen anschließen wird. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß Herr v. Koerber beides vom Parlament erhalten wird. Dieser kleine Beamte, der von der Verwaltung in die Politik förmlich hineingeschneit ist, hat eine sicherere Position als ein parlamentarischer Premier, der eine große und zuverlässige Mehrheit im Parlament besitzt.

Im Abgeordnetenhanse gab es vorige Woche eine merkwürdige Debatte: über die Berechtigung des Schimpfens. Das klingt recht wunderbar, denn mit und ohne Obstruktion werden im österreichischen Abgeordnetenhanse täglich so viel Verbalinjurien produziert, daß ein gesittetes Parlament mit der Erzeugung einer Sitzung für sein ganzes Leben versorgt wäre. Diesmal wurde aber ein militärisches Tier beleidigt, und was Beamte, Richter, Abgeordnete und Minister stillschweigend einzustehen pflegen, das kann sich ein Feldzeugmeister — der war der Beleidigte — nicht so glatt gefallen lassen. Es handelt sich um den Kommandanten des X. Armeekorps, das in Przemysl, in Galizien, also an der russischen Grenze stationiert ist, um den Feldzeugmeister Galgogh, der eine Art Wallenstein zu sein scheint: wohlwollend und grausam zugleich, auf das Wohlgehen der Truppen bedacht und von einer ausdauernden Strenge, dabei voll Verachtung für die staatlichen Einrichtungen, ob diese nun Beamte oder Richter oder Abgeordnete sind. Zu den ganz merkwürdigen Konflikten mit der Zivilgewalt mag auch der Gegensatz zwischen dem „kaiserlichen“ General und der von politischen Traditionen noch nicht ganz befreiten Schloschia beigetragen haben. Die Klagen über das selbstherrliche, tyrannische Regiment des kaiserlichen Generals sind schon recht alt; so hat Daszynski in einer Debatte des Abgeordnetenhanse vor mehr als einem Jahre von diesem mit allen modernen Begriffen — auch militärischen — unvereinbaren Wirken ein wahrhaft erschütterndes Bild entworfen. Von einer Abhilfe, auch nur von einer Antwort war aber keine Rede. Als nun in der Verhandlung über die Behrvorlage der socialdemokratischen Abgeordnete Eidersch neue, ganz erschreckliche Fälle vorbrachte, machte sich bei den Socialdemokraten die Empörung in einer Reihe blutiger Zwischenrufe Luft. Was die beste Rede nicht vermocht hatte, das brachten die „Schimpf- worte“ sofort zu stande. In offiziellen Blättern wurde den Socialdemokraten vorgeworfen, sie mißbrauchten die Immunität, worauf Bernerstorfer öffentlich erklärte, er sei bereit, um dem Angegriffenen die Möglichkeit der Klageführung zu verschaffen, die Beleidigung auch außerhalb des Parlamentes zu wiederholen. Nun war den militärischen Strategen der Maßzug abgebrochen, und sie mußten sich zur Verteidigung bequemen. Der Feldzeugmeister that dies in einem Telegramm an den Kriegsminister, der dasselbe mit einer feierlichen Verwahrung allen Zeitungen zuschickte; im Abgeordnetenhanse rüdten der Ministerpräsident und der Landesverteidigungs-

minister aus, und den Abschluß der echt österreichischen Affaire bildete eine mittels eines Dringlichkeitsantrages provocierte Debatte, in der unsere Abgeordneten zwar zugaben, daß sie etwas zu grob waren, aber auch feststellten, daß man ohne Skandal in Oestreich nichts erreiche. Diesmal war der „Skandal“ besonders fruchtbar: der Landesverteidigungsminister Graf Belfersheim — über dessen vernünftigen Sinn allgemeine Anerkennung herrscht — erkannte ausdrücklich das Recht der Kontrolle über Vorgänge im Heere an. Er gab, was militärische Minister nicht immer und nicht überall thun werden, zu, daß man, indem man die Liebeshände schließt, nur das Gute wolle; er glaube gerne, „daß manches unwillkürlich geschieht, weil die Abgeordneten gedrängt und genötigt werden, gewisse Dinge zu vertreten, die ihnen zugebracht werden“. Das klang also ganz anders als die hochmütigen Antworten, bevor — geschimpft worden war.

In Prag ist gestern Ladislav Rieger begraben worden. Mit Ehren, wie sie nur Nationalhelden zu teil werden, ist der Mann zu Grabe geleitet worden, der die Kraft, aber auch die Wandelbarkeit der Volksgunst am eignen Leibe so voll erfahren hat. Rieger war unzweifelhaft der bedeutendste Politiker, den das Czementum hervorgebracht hat; in ihm fand die fast krankhafte Sehnsucht dieses kleinen und ehrgeizigen Volkes nach Macht und Einfluß den schärfsten Ausdruck. Rieger stammte — wie sein Schwiegervater Palacky, der Geschichtsschreiber und Wieder- erwecker des czechischen Volkes — aus der Zeit, da die gesamte czechische Intelligenz deutsche Erziehung genossen hatte; deshalb war ihm auch jene böswillige Feindschaft gegen die Deutschen, die viele seiner Nachfolger so unräthlich auszeichnet, trotz aller Gegnerschaft nicht eigen. Insoweit das politische Wirken Riegers dem Gedanken gewidmet war, die „böhmische Frage“ zu einer europäischen zu machen, das Reich der „Krone des heiligen Wenzel“, das in der Schlacht am weißen Berge untergegangen war, in irgend einer Form aufleben zu machen, war und blieb es vergeblich; trotz aller Bemühungen ist das „glorreiche Königreich“ eine österreichische Provinz wie jede andre. Aber richtig war die Thätigkeit dieser trotz aller Verirrungen doch mächtigen Persönlichkeit nicht; unter denen, die das kleine, ins deutsche Meer verstrengte Czementvolk zu einer ganz respektablen Kultur emporgeführt haben, steht Rieger in erster Reihe. Daß es dabei nicht immer reinlich zugeht, daß der Mann, der im Kremsirer Reichstag, der Frucht der Märzrevolution, den Satz verfochten hatte: „Alle Macht im Staate geht vom Volke aus“, der Verbündete der böhmischen Feudalen geworden war, daß Rieger, der im Revolutionsparlament den Antrag auf Abschaffung des Adels gestellt hatte, als „Freiherr“ von Gnaden des Kaisers von Oestreich starb; das geht vielleicht mehr auf das Konto der Rückständigkeit der Epoche, der Dürftigkeit dessen, was sich durchsetzen wollte, als auf Rechnung eigener Schuld. In den schönen Worten, die der vierundachtzigjährige Greis seiner Nation als Testament hinterließ, drückt sich die Befreiung von schwerem Jertum deutlich aus. „Meinem Volke wünsche ich aus des Hergens Tiefe, daß es sich nie in Zaghaftigkeit selbst vergessen möge und auch nicht in der Einbildung zu stolz werde. Ich rate ihm, daß es zwar auf seinem klar und unparteiisch anerkannten Rechte beharre, sich aber nicht durch Leidenschaft zum Unrecht gegenüber einem andern verleiten lasse“. Das sind Worte, die als Mahnung jeder strebenden Nation gesagt werden könnten.

Kaiser Franz Joseph weist in Budapest, aber viel Freude erlebt er an „feinen“ Ungarn zur Stunde nicht. Die Obstruktion gegen die Behrvorlagen verläßt sich immer mehr, und aus der tatsächlichen Frage des Parlamentes wird nach und nach eine echte und rechte Volksbewegung. Trotz des zur Schau getragenen Gleichmutes befindet sich die Regierung Szell in einer ersten Verlegenheit, aus der sie sich nicht einmal durch die Auflösung des Hauses befreien kann. Die ungarische Verfassung, die überhaupt die Rechte der Krone nicht zu reichlich ausmisst, berechtigt zwar den König, „fogar den Reichstag aufzulösen“, aber die Auflösung kann nur erfolgen, wenn die Einberufung des neuen Reichstages zu einer Zeit erfolgen kann, daß der Voranschlag für das nächste Jahr bis zum Schluß des Jahres erledigt werden kann. Nun ist aber noch nicht einmal der Staatsvoranschlag für nächstes Jahr beraten, die Regierung besitzt bloß eine Ende März ablaufende „Indemnität“, so daß die Auflösung eine Lücke hervorufen würde — was sie in Ungarn in ihrem Köhenslatein den Ex-Lox-Zustand nennen —, die auch die königstreueste Regierung nicht für die Behrvorlagen riskieren mag. Es ist zwar nicht zu bezweifeln, daß sich die Unabhängigkeitspartei mit irgend welcher äußerlichen Konzeption zufrieden geben möchte, und man kann annehmen, daß die Krone geneigt wäre, auch bei der Arme den ungarischen Eitelkeiten Rechnung zu tragen. Aber die Nachgiebigkeit wäre heute eine offene Niederlage, die der König von Ungarn schon deshalb vermeiden muß, weil sie dem Kaiser von Oestreich Schaden bringen würde.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 10. März.

Reichstag.
Es hatte am Dienstag den Anschein, als sollte die Weiterberatung des Militäretats sehr friedlich verlaufen. Unbedeutende Einzelheiten waren es, die zur Sprache gebracht wurden. Auch der Kampf um die Gehaltserhöhung der 150 Oberstleutenants, die zu Regimentskommandeuren qualifiziert sind und die deshalb 1350 M. jährlich mehr erhalten sollen, hielt sich in engen Grenzen. Die Kommission hatte dieses Verlangen der Militärverwaltung abgelehnt, aber natürlich machten die Konservativen, Reichsparteier und National-Liberalen den Versuch, im Plenum diese Forderung durch-

zudrücken. Vielleicht hätten sie Erfolg gehabt, denn das Centrum und die Linke waren schwach besetzt, aber eine namhafte Auszählung, die von unsren Genossen herbeigeführt wurde und die Beschlußfähigkeit des Hauses ergab, machte diese Aussicht zu nichts und zwang den Präsidenten, die strittige Frage heute nicht zur Entscheidung zu bringen.

In der zweiten Sitzung, die nach einer Pause von einer halben Stunde angefangen war, wurde eine andre strittige Frage, die Behandlung einer militär-technischen Hochschule, die die Budgetkommission abgelehnt hat, gleichfalls zurückgeschoben. Der Kriegsminister hatte sich eine Kapazität auf dem Gebiete der Militärtechnik, den Professor Müller-Vreslau, als Kommissar zu Hilfe gerufen und die Mittelungen, die der Sachverständige machte, sollen in der Budgetkommission einer nochmaligen Prüfung unterzogen werden.

Während bis dahin die Verhandlungen recht ruhig dahingelitten, änderte sich das Bild, als das Kapitel des Artillerie- und Waffenwesens an die Reihe kam. Die Rede freilich, die der „schlichte Mann aus der Werkstätte“, der konservative Abg. Pauli zu Gunsten der Spandauer Staatsarbeiter hielt, konnte nur Heiterkeit erwecken, weil in ihr die entsetzliche Wahllangst des Redners allzu nahe zum Ausdruck kam. Dann aber ergriff Webel das Wort, um den Kriegsminister zu fragen, wie es mit der Umwandlung oder gänzlichen Neubehaffung der Feldartillerie-Geschütze stehe. Bekanntlich haben wir in den Jahren 1896/98 für 140 Millionen Mark eine gänzliche Neubehaffung unserer Feldartillerie vorgenommen und nun wollen die Gerüchte nicht verkümmern, daß schon wieder eine Veränderung geplant und Rohrrücklauf-Geschütze mit Schußgeschützen, wie sie die französische Armee besitzt, auch bei uns eingeführt werden sollen. Es liegt auf der Hand, daß die Frage der Neubehaffung nicht berührt werden kann, ohne daß man einen Blick auf die eigentlichen Interessenten, auf die Geschäftslieferanten selber wirft. Vor wenigen Tagen erst ist in der Budgetkommission von dem Abg. Müller-Julda nachgewiesen worden, daß die Militärverwaltung von der Firma Krupp, die eine unbefristete Monopolstellung einnahm, außerordentlich überbeuert worden ist. Webel unterließ es dem auch nicht, gründlich die ungeheure Profitmacherei der Panzerplatten-Patrioten zu beleuchten. Er erinnerte an den Pulver-Ring, dessen Ueberbeuerungen bereits 1896 nachgewiesen worden sind und machte auch auf den engen persönlichen Zusammenhang aufmerksam, der zwischen den großen Waffenlieferanten und der Staatsverwaltung im engeren Sinne bestehe. Es scheint ja so, als wenn diese kapitalistischen Polypen nicht nur die Lieferung von Kriegswerkzeugen, sondern auch von Staatsministern à la Bude übernehmten und daß sie andererseits in Aufsichtsratsposten eine Zustufsstätte für die Minister schaffen.

Die Wirkung der Webelschen Worte auf den Kriegsminister war außerordentlich. Er geriet in eine Aufregung, als seien in seiner Gegenwart Majestätsbeleidigungen begangen worden. Mit einem Pathos, der seinem Wesen ganz fremd ist, suchte er die Firma Krupp zu bedecken; er schredte selbst vor der Ueberbeuerung nicht zurück, unsre Siege im Kriege von 1870/71 dieser Firma in Rechnung zu stellen. Besonders ungehalten war er über die Zahlen, die Herr Müller-Julda in der Kommission vorgetragen hat. Er deutete an, daß sie von dem Agenten einer konkurrierenden Firma dem Abgeordneten ohne Wissen der Verwaltung in die Hand gedrückt worden seien. Während der Kriegsminister in der Kommission selber zugegeben hatte, daß die Preise durch die Konkurrenz anderer Firmen wesentlich niedriger geworden seien, behauptete er heute, daß die Preisermäßigungen nur durch technische Erfindungen zu stande gekommen seien, die in der Zwischenzeit eine Verbilligung der Produktion herbeigeführt hätten. Singer stellte diesen Widerspruch sofort fest und wies mit allem Nachdruck die Andeutungen des Kriegsministers zurück, als hätte Webel Dinge zur Sprache gebracht, deren Geheimhaltung in der Kommission beschloffen worden wäre. Webel selber erinnerte Herrn Gohler an die Panzerplattenlieferungen Krupps, bei denen eine außerordentliche Ueberbeuerung Deutschlands von der Budgetkommission einer Zeit festgestellt worden ist. Inzwischen hatte sich auch Herr v. Gohler bemüht. Er gab eine loyale Erklärung ab. Der Centrumsabgeordnete Müller-Julda hielt sich anfänglich zurück und regnete sich mit kurzer Zurückweisung des Versuchs des Kriegsministers, diese Vorkommnisse möglichst harmlos erscheinen zu lassen.

Nächste Sitzung am Mittwoch: Fortsetzung der Beratung des Militärvertrags.

Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus haben die Herren ihr mühsiges Geschwätz über Glauben und Unglauben bald selbst satt bekommen; sie lesen nur noch zwei Redner, die Herren Zehr. Jedlig (fr.) und Funk (fr. Sp.) zur Generaldebatte des Kultusvertrags sprachen und machten dem Gerede dann durch ihren Schlussantrag ein Ende. Es scheint, daß die Herren über den Begriff des Unglaubens selbst nicht recht klar sind, der ganze Streit dreht sich um Worte, unter denen jeder etwas anderes versteht. Während am Montag die Herren v. Heydebrand und Vorsch die Socialdemokratie als die Verkörperung des Unglaubens hinstellten und ein anderer Redner die liberalen Professoren als die eigentlichen Feinde des Glaubens bezeichnete, glaubt Zehr. v. Jedlig unter dem Kampf gegen den Unglauben den Kampf gegen die „naturalistische Weltanschauung“ verstehen zu sollen.

Die weitere Debatte verlief in Einzelheiten. Erwähnenswert ist nur noch die Klage über den Rückgang der Zahl der Studierenden der evangelischen Theologie. Abg. Schall (l.) machte dafür neben der schlechten Befolgung der Geisteswissenschaften und ihren geringen Aussichten auf Abancement die Befolgung der Lehrstühle mit liberalen Professoren verantwortlich, eine Anschauung, die der Ministerialdirektor Althoff an der Hand der Statistik als irrig zurückwies, denn heute werden weit mehr positive Theologen auf die Lehrstühle berufen als Mitte der achtziger Jahre, und doch war gerade damals ein Ueberfluß an Studierenden der Theologie vorhanden. Einen heiteren Eindruck machte es, als Herr Schall angab, eine Lauge für die Freiheit der Wissenschaft zu brechen, während er sich in Wirklichkeit als ärgsten Feind der freien wissenschaftlichen Forschung präsentierte. Nach seiner Meinung ist der Zweifel, also die Grundlage jedes wissenschaftlichen Fortschritts, das schlimmste Verbrechen, das ein Theologe begehen kann. Gegen den edlen Gottesdiener erhob sich sein Amtsbruder, der liberale Theologe Dr. Paalenberg, der die volle Freiheit der Wissenschaft verlangte.

Mittwoch: Fortsetzung.

Der Verteidigungskampf der holländischen Arbeiter.

Wenn die Nachhader in Holland überhaupt noch im stande sind, Belehrungen aus den Thatsachen zu schöpfen, so müssen sie jetzt bald einsehen, daß sie auf dem Wege, den sie eingeschlagen haben, nicht mehr weiter kommen. Hätte es noch eines Beweises bedurft, daß die organisierten Arbeiter sich weder durch die kriegerischen Maßnahmen der Regierung einschüchtern, noch zu unüberlegten Schritten hinarbeiten lassen, so wäre dieser Beweis durch den großartigen Verlauf der Protestversammlung vom Sonntag erbracht worden. Angesichts des einmütigen und zweckmäßigen Vorgehens der Arbeiter scheint die Nachricht über ein Kompromiß in der

Kammer, die Regierung zur Vertagung der Beratung über die Zwangsgeetze zu veranlassen, nicht unwahrscheinlich. Man kann sich denken, wie un bequem und immer un bequem die Agitation im Lande der Regierung und ihren Schülern, den Eisenbahncapitalisten, wird. Wird doch mit jedem Tage, wo die Arbeiter ihre Aufklärungsarbeit fortsetzen, die moralische Position der Regierung mehr und mehr geschwächt, was gerade für diese Regierung um so gefährlicher ist, als sie sich auf eine christliche Anhängerschaft im Volke stützt und stützen muß, und manches Schicksal aus ihrer Herde leicht zu der Erkenntnis kommen kann, daß ihr oberster politischer Hirte nicht ihr, was recht und christlich ist.

Wie die Bewegung der Arbeiter gewachsen ist und wie die Regierung ihre Stellung einzig und allein durch militärische Maßnahmen zu befestigen sucht, durch Maßnahmen, die auf ein wenig in Klassenkampf geschultes Proletariat provokierend wirken müßten, das geht sehr deutlich aus einem Artikel in „Der Volk“ mit dem Titel: „Bleibt nächsten und wachsam!“ hervor.

„Die Bewegung, durch die Zwangsgeetze Dr. Kuiper unter den Arbeitern geweckt“, so beginnt der Artikel, „übertrifft an revolutionärer Kraft alles, was bis heute in der niederländischen Arbeiterbewegung geschehen ist. Die Agitation, die das Abwehrkomitee entfaltet, gelangt ausgezeichnet; die Versammlungen der kritischen Vertreter der Arbeiterklasse werden regelmäßig zu Propaganda-Versammlungen gegen die Regierung umgestaltet. Der Geist des Widerstandes gegen den Anschlag auf die Gewerkschaftsbewegung gedeiht überall. Der große Protesttag von gestern hat diesem allem die Krone aufgesetzt, und wenn morgen die Kammer zusammentritt, um die Lage zu beschreiben, wird man unmöglich die Augen vor der Thatsache verschließen können, daß die Lage höchst ernst ist.“

Ueber das Auftreten der Regierung heißt es in dem Artikel: „Es kommt uns so vor, als ob sie (die Regierung) auf einen Belagerungszustand hinarbeitet, um dadurch eine Schredensherrschaft in Niederland aufzurichten, dergleichen in unsrer Geschichte noch nicht dagewesen ist. Da selbst der Ausbruch eines neuen Streiks den Belagerungszustand nicht rechtfertigt, könnte die Regierung hier und da einen oder mehrere Polizeiputschs provozieren, um diese dann zu „inneren Unruhen“ zu stampeln, die den Belagerungszustand erwünscht erscheinen lassen. Es ist eine Thatsache, daß die Offiziere zu Amsterdam Instruktion über den Belagerungszustand erhalten wird. Man denke ferner an die Salvenkommandos, die man die Willigen einblen läßt, und an den Bericht über die militärische Censur, die in Vorbereitung sein soll. Es ist oft schwer, den Verichten, die man erhält, zu glauben. So meldet man uns, daß die Hauptoffiziere zu Amsterdam im Haag Instruktionen erhalten haben für den Fall, daß sie handelnd auftreten müssen. „Unter andern“, schreibt unser Berichterstatter, „wird darauf hingewiesen, daß es oftmals nötig sein wird, eben auf den Häusern Scharfschützen mit einem Offizier zu placieren und mit einem am Platze bekannten Polizeimann, der anweisen kann, auf wen man schießen muß.“

Wenn dies alles auch nicht genau der Wahrheit entspricht, sicher ist, daß die Regierung ein großes Blutbad vorbereitet. Und die Arbeiter müssen dafür sorgen, daß ihr dazu keine Gelegenheit gegeben wird.“

In dem Artikel wird dann weiter ausgeführt, daß es der Fehler der älteren niederländischen Arbeiterbewegung war, daß ihre Leiter sowohl wie die Masse glaubten, sie könnten mit Gewalt etwas ausgerichten gegen die Bourgeoisie. Mit jedem neuen Jahr erwartete man die „große Revolution“, bis die fortgesetzten Enttäuschungen schließlich zur Passivität führten. Hätte die Arbeiterklasse jetzt noch diese Gehimnung, wie leicht wäre es der Regierung, ihren Widerstand zu brechen.

„Stellt der Feind seine Nordfälle vor Euch auf“, heißt es am Schluss des Artikels, „Ihr sollt nicht hineinfliehen, und zum äußersten Kampfmittel, dem Streik, sollt Ihr nur übergehen, wenn es sein muß und Ihr sicher seid, daß dadurch Eure Gewerkschaftsorganisation, das Werk des Fleisches und der Rühre so vieler Jahre, nicht der Vernichtung preisgegeben wird. „Das Proletariat“, sagt Marx, „hat nichts zu verlieren als seine Ketten“. Wir fügen hinzu: ja, doch noch etwas andres, nämlich die Feile, womit es seine Ketten in Stücke teilen muß. Seine Organisation, Arbeiter, bleibt nächsten und wachsam!“

Die Knebelgeetze vor der Kammer. Ueber die heutige Kammerdebatte liegt folgende Notiz vor:

Haag, 10. März. (W. Z. B.) Zweite Kammer. Der liberale Abgeordnete Rees erklärt in einer Interpellation, daß verschiedene Gründe dafür sprächen, daß die Regierung von der Spannung unter den Eisenbahnangehörigen vor dem 31. Januar hätte Kenntnis haben müssen. Der socialistische Abgeordnete Troelstra führt in einer Interpellation an, daß die Lage sehr bedenklich sei und daß für den Fall, daß der geplante Ausbruch keinen glücklichen Ausgang nehmen sollte, die internationale Transport-Vereinigung sich einmischen würde. Von England würden allein 100 000 Gulden wöchentlich geleistet werden. Er rät, gemeinschaftlich dahin zu wirken, daß die bestehende Spannung nachlasse.

Haag, 10. März. Zweite Kammer. (Fortsetzung.) Der Ministerpräsident Kuiper erklärt in seiner Antwort, daß die Regierung durchaus nicht auf den Ausbruch eines Ausstandes zum 31. Januar vorbereitet gewesen sei. Jetzt seien dagegen alle Maßregeln getroffen, um für einen eventuellen Streik gerüstet zu sein; die Regierung hoffe aber ebenso wie der Abgeordnete Troelstra, daß er nicht ausbrechen werde. Politische Rücksichten erlaubten nicht, darauf zu antworten, ob Militäreinrichtungen für den Eisenbahndienst verwandt werden sollte. Wenn die Regierung auch hoffe, daß Ruhe und Ordnung erhalten bleiben werden, dürfe sie sich doch nicht durch den Streikengasch Troelstras verführen lassen. Unter allen Umständen werde sie die Staatsgewalt im Interesse aller Klassen der Gesellschaft aufrecht erhalten. Die Beratung wird morgen ihren Fortgang nehmen.

Ein „Herold“-Telegramm meldet:

Amsterdam, 10. März. Ein definitiver Beschluß über den Generalfreist der Bahnarbeiter ist noch nicht gefaßt; die Arbeiterfrauen befürworten eifrig den Ausstand. Der socialistische Abgeordnete Schaeper wird die Regierung über die Einberufung von drei Militärlässen und Verlegung des Briefgeheimnisses seitens eines Gendarms in der Kammer interpellieren.

Deutsches Reich.

Marine-Etat in der Budgetkommission.

In der Sitzung am Dienstag wurde mit der Beratung der einmaligen Ausgaben des Marine-Etats begonnen. Hier handelt es sich an erster Stelle um Schiffsbauten, für die im ganzen 174 375 000 Millionen Mark gefordert sind. Abg. Müller-Julda machte darauf aufmerksam, daß in der letzten Zeit die Preise für das Schiffsbau-Material um ca. 25 Proz. gefallen seien. Deshalb hätte man eine entsprechende Verminderung der Kosten für das einzelne Schiff erwarten müssen. Wie komme es, daß diese Verminderung der Kosten nicht eingetreten sei? Staatssekretär v. Tirpitz versicherte, daß Abg. Müller-Julda den Einfluß der niedrigeren Materialpreise auf die Gesamtkosten eines Schiffes sehr überschätze. Außerdem zeigen auch die Arbeitslöhne gegenwärtig eine ansteigende Tendenz. Abg. Müller-Julda: Es sei wunderbar, daß jetzt der Einfluß der Materialpreise als so unwesentlich hingestellt werde, während zur Zeit, wo die Preise hoch standen, dieser Umstand als Grund für eine erhebliche Erhöhung der Forderungen verwertet worden sei. Nach seiner Schätzung betrage die Differenz infolge der niedrigeren Materialpreise für das Material zu einem Schiff im

Werte von 2 1/2—3 Millionen Mark ca. 600 000—700 000 M. Offenbar sei die Regierung aus irgend einem Grunde nicht in der Lage, die gegenwärtige Konjunktur im Interesse der Reichsfinanzen zur Herabsetzung der Preise bei den Lieferungen für die Marine auszunutzen. So sei auch das skandalöse Gebahren der Agentur der Grobblech-Walzwerte in Essen gelegentlich der letzten Vergebung der Lieferung von Panzerdeckplatten zu erklären. Diese Agentur habe den 8 Werken, von welchen die kaiserliche Werft in Kiel Offerten für jene Lieferung verlangt hatte, folgenden Vorschlag gemacht: Sie sollten sich dahin verständigen, daß sie auf ihre Preise einen Zuschlag von 30 M. pro Tonne machen, und daß dasjenige Werk, dem die Lieferung zuertheilt werde, diese 30 M. pro Tonne zur Verteilung unter die andern beteiligten Werke abliefern möge. Dieses schandvolle Verfahren müsse unbedingt bekämpft werden. Er habe den Eindruck, daß die Marineverwaltung dies nicht ernsthaft genug betreibe. Abg. Singer stellte fest, daß die angebotene Steigerung der Löhne eine ganz minimale sei, die nur durch die Alterszulagen herbeigeführt wurden; die Lohnsätze seien dagegen dieselben geblieben. Jedemfalls könne diese geringe Lohnsteigerung nicht einen so großen Einfluß auf die Gesamtkosten ausüben, daß dadurch die Verminderung der Materialpreise um 25 Proz. wieder ausgeglichen werde. Auch er habe den Eindruck gewonnen, daß die Marineverwaltung es an den notwendigen Maßnahmen fehlen lasse, um sich gegen die übermäßig hohen Preise der billigsten Lieferanten zu schützen. Aber auch die Partei des Herrn Abg. Müller-Julda sei in dieser Sache von einer schweren Schuld nicht freizusprechen. Denn durch die Schutzpolitik des Centrums sei es den Unternehmern, Ringen wesentlich erleichtert, ihre Preistreibereien durchzuführen. Abg. Müller-Julda versicherte, daß er gegen hohe Industriepreise gewesen sei. Daß er seine Partei nicht zu derselben Stellungnahme habe veranlassen können, bedauere auch er. Er schlug eine Resolution vor, durch welche der Reichsanwalt aufgefordert wird, dahin zu wirken, daß bei der Vergebung der Lieferungen für die Marine ein gesunder Wettbewerb, nötigenfalls unter Berücksichtigung ausländischer Fabrikanten stattfindet. Nach einigen Ausführungen der Abg. Freese und Sped erklärt Staatssekretär v. Tirpitz: Auch er sei über das Gebahren der Grobblech-Walzwerte erstaunt gewesen und habe daher die Vorgänge genau untersucht lassen. Es habe sich um die Lieferung eines Spezialartikels gehandelt, für den nur wenige Fabriken als leistungsfähige Lieferanten in Betracht kommen. An diese Fabriken habe sich denn auch die kaiserliche Werft in Kiel gewendet. Es sei auch eine Offerte von einer Firma eingeholt worden, welche dem Ringe nicht angehöre. Diese Offerte sei höher als die billigste der Ringfirmen gewesen. Er müsse auch erklären, daß ihm die billigsten Preise der Ringfirmen durchaus nicht übermäßig hoch erschienen. Die Abg. Dr. Stöckmann und Hennig betonten, daß sie auch jetzt noch bei der Vergebung der Marine-Lieferungen in erster Linie die Berücksichtigung deutscher Fabrikanten wünschten. Bei der Begründung des letzten Flottengesetzes habe ja die Hoffnung eine große Rolle gespielt, daß durch den Bau der Kriegsschiffe unsren Arbeitern Arbeitsgelegenheit gewährt werde. Eine derartige Ueberbeuerung des Staates aber durch einen Unternehmerring, wie sie jetzt vorliege, wollen auch sie nicht dulden. Unter solchen Umständen dürste allerdings die ausländische Konkurrenz nicht ganz ferngehalten werden. Abg. Richter: Die Verwunderung der Herren über das Gebahren der Agentur der Grobblech-Walzwerte sei ganz unberechtigt. In Wahrheit sei eine solche Preistreiberei die selbstverständliche Folge der wohlwollenden Neutralität, welche die Behörden den Kartellen gegenüber einnehmen. Abg. Singer: Diejenigen Herren, welche für das Schutzsystem eingetreten sind, haben jetzt die Konsequenzen ihres Verhaltens vor Augen. Das, was die Grobblech-Walzwerte gethan haben, sei nichts Außergewöhnliches, sondern noch nicht überall dort üblich geworden, wo ein kleiner Kreis von Großfabrikanten durch einen hohen Schutzoll oder — wie in diesem Falle — durch besondere Begünstigung vor der ausländischen Konkurrenz geschützt werden. Dabei möge man nicht die Rücksicht auf die Arbeiter vernachlässigen. Die Arbeiter hätten von einer solchen Kartellwirtschaft keinen Vorteil, sondern Schaden. Denn die Vertenerung der Rohstoffe und Halbfabrikate trage dazu bei, den allgemeinen Geschäftsgang zu verschlechtern; ferner haben die Kartelle, um die Preise für ihre Waren möglichst in die Höhe zu schrauben, die Produktion ihrer Werke wiederholt eingeschränkt; darunter mühten die Arbeiter am meisten zu leiden. Das richtige, auch vom Standpunkte der Arbeiter, sei unter den jetzigen Verhältnissen das, daß möglichst unter dem Druck der ausländischen Konkurrenz die Preise im Inlande reguliert werden. Wenn freilich die inländischen Preise auf gleicher Höhe stehen mit den Preisen des Auslandes, dann sei es naturgemäß, daß die Lieferungen des Staates den einheimischen Lieferanten zugeteilt werden. Bezeichnend sei es, daß jetzt keiner von den Herren der Schutzpartei sich als schuldig an diesen Vorgängen bekennen will. Daraus sei wohl zu erklären, daß die Herren jetzt selbst einsehen, wie verderblich die hohen Zölle wirken. Hoffentlich werde wenigstens durch neue Handelsverträge noch nachträglich eine Verringerung der schlimmsten Zölle herbeigeführt.

Schließlich wurde die Resolution des Abg. Müller-Julda einstimmig angenommen.

Die einzelnen Forderungen wurden sodann meistens unverändert angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch.

Centrum und Wahlrecht.

In Nr. 30 und 32 unseres Blattes (5. und 7. Februar) hatten wir in zwei Artikeln „Centrum und Wahlrecht“ an der Hand hertalaler Autoren den Nachweis geführt, daß das Centrum in Konsequenz seiner eignen Theorien ein principielle Gegner des bestehenden Reichstags-Wahlrechts sei und sein müsse, daß es daselbe lediglich aus Opportunitätsgründen und nur so lange acceptiere, als es der von ihm befolgten Nützlichkeitspolitik Vorteil verschaffe. Erst jetzt, nachdem die Nichtigkeit unsrer Behauptung durch die inzwischen enthaltenen Kartellpläne des Centrums schlagen erwiesen worden, findet die „Germania“ es ratham, sich mit unsren damaligen Ausführungen zu beschäftigen. Das Blatt ist zwar nicht in der Lage, unsre Behauptung in Abrede zu stellen oder irgendwie abzuschwächen zu können, es muß vielmehr unsre Darlegung vollinhaltlich zugeben. Das hindert es freilich nicht, uns mit der einstudierten Miene des echten und rechten Wahrheitsstretters gründlich abzuzanzeln.

Zunächst werden wir belehrt, daß wir uns „an einzelne Aussprüche“ der in den vorerwähnten Artikeln citirten Autoren „anklamern“. Dann werden wir in betreff einer Stelle, die wir wirklich aus Huges „Kapital und Arbeit“ wiedergaben, wie folgt bestraft:

„Der „Vorwärts“ verschweigt natürlich, in welchem Sinne Huges diesen Ausdruck auf das allgemeine Wahlrecht anwendet. Huges untersucht in seinem Buche „Kapital und Arbeit“ (1890) die Frage, welche Art Volksvertretung den Interessen der verschiedenen Stände am besten Rechnung trage. Er verwirft das Genuswahlrecht, weil dieses eine „Privilegierung des Geldes“ (Seite 415) bedeute; aber auch beim allgemeinen, direkten Wahlrecht, wenn es nicht in einer ständisch gegliederten Abgeordnetenversammlung zur Geltung komme, könnten die Interessen eines Standes vergewaltigt werden, da die Majoritäten von verschiedenen Zufälligkeiten abhängig sein könnten. Deshalb läme dem Ideal einer Volksvertretung ein Parlament am nächsten, das nach Ständen gegliedert sei, und dessen Vertreter durch allgemeine direkte Wahl gewählt werden sollten. Danach ist es eine bössartige Lüge, ihm und den andern, welche der „Vorwärts“ als Vertreter des „Klerikalismus“ anführt, eine Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts zu unterstellen.“

Es gehört die jesuitische Kasuistik in ihrer ganzen verlotternden Begriffsverwirrung dazu, um ein ständisches Wahlrecht, d. h. die Wahl und Abstimmung nach Ständen und nicht nach Majoritäten mit dem jetzigen Parlamentarismus auf eine Stufe stellen, um die

Forderung einer ständischen Repräsentativverfassung nicht als eine prinzipielle Ablehnung des jetzigen Wahlsystems gelten lassen zu wollen. Dazu richten sich diese Worte unmittelbar gegen das Majoritätsprinzip als solches. „Das allgemeine gleiche direkte Stimmrecht“, sagt er ausdrücklich, „führt aber mit der Zeit notwendig zur Majorisierung durch das Proletariat.“ Und damit ist ja niemand mißverstanden kann, sagt er mit einem deutlichen Wink gegen die Liberalen hinzu: „Es wäre das eine außerordentliche Kränkung des Eigentums gegenüber der Arbeit“, Hülfe, und mit ihm sind alle Merkmalen Rechtslehre und Volkswirtschaftler einig, will also die „Majorisierung“ durch das Proletariat verhindern und das Eigentum gegenüber den Eigentümern „kräftigen“, er und seine Gleichgesinnten wollen Verwirklichung des gegenwärtig geltenden Prinzips der politischen Gleichheit, um an seiner Stelle die soziale Ungleichheit zur politischen Gleichheit zu machen, ein Standpunkt, mit dem sie sich in voller Übereinstimmung mit den theoretischen Grundlagen des Merkmalismus befinden, so sehr die schlechten Strömungen der „Germania“ das mögen vertuschen wollen.

Die volle Höhe seiner Schwindel-Komik erreicht freilich das Blatt, wenn es fortfährt: „Dah die Socialdemokratie dort, wo sie in der Minderheit ist, ebenso über das allgemeine Wahlrecht denkt, zeigt ihre Forderung, daß das Proportional-Wahlrecht eingeführt werden müsse, damit die Minoritäten nicht einfach überstimmt würden und ohne die entsprechende Vertretung im Parlamente blieben. Was hier die Socialdemokratie für den Arbeiterstand gerechtfertigt findet, dürfte Hülfe für die andern Stände der Gesellschaft billig finden.“

Was hat denn das ständische Wahlsystem mit dem Proportional-Wahlrecht zu tun? Das Centrum hat sich bisher als Gegner nicht nur des Proportional-Wahlrechts, sondern überhaupt jeder gerechteren Wahlkreisumteilung erwiesen. Es stellt sich gegen diese Forderungen der Gerechtigkeit, weil es weiß, daß insbesondere das in die That umgesetzte Proportional-Wahlrecht es sofort aus seiner ausschlaggebenden Stellung verdrängen würde. Daß die Forderung des Proportional-Wahlrechts, sobald es sich nicht um die Arbeiterklasse, sondern um die übrigen Stände der Gesellschaft handelt, von der „Germania“ als „billig“ anerkannt wird, ist eine Konstatierung, die nicht ganz ohne Wert sein dürfte.

Dann giebt die „Germania“ einige Beispiele von socialdemokratischen Terrorismus zum Besten, ein plumper Mißbrauch, um die Aufmerksamkeit der Leser von der Frage des Wahlrechts abzulenken.

Man schämt sich doch! Die Peters-Presse hatte bekanntlich unlängst behauptet, daß einflussreiche Parlamentarier, darunter auch solche des Centrums und der Nationalliberalen, ein Immediatgesuch an den Kaiser einreichen werden, durch das ihm die Begnadigung, die „Rehabilitierung“ des Hänge-Peters nachgesucht werden solle. Die nationalliberale und Centrumpresse bestritt nunmehr die Richtigkeit dieser Darstellung. Die „National-Zeitung“ bemerkt dabei:

„Wenngleich es im Disciplinarprozeß kein gerichtliches Wiedereröffnungs-Verfahren giebt, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß zur Feststellung der angeklagten That eines Beurtheilers eine mit den notwendigen Garantien umgebene Untersuchung angeordnet würde; ohne eine solche wird die „Unschuld“ des Dr. Peters schwerlich festgestellt werden können. Bis jetzt ist aber nicht einmal behauptet worden, daß er die That, wegen der er verurteilt wurde, nicht begangen, daß er seine Konfabulation und deren Liebhaber nicht habe aufhängen lassen. Man will das Begnadigungsgesuch, so viel bekannt geworden, lediglich damit rechtfertigen, daß der „Zucker-Brief“ nicht existiert; die Behauptung von der Existenz desselben aber ist, gleichviel ob sie zur Einleitung des Disciplinarverfahrens den Anlaß gegeben, für die Beurteilung bedeutungslos gewesen. Ein Erlass der Strafe ohne Feststellung der Unschuld des Dr. Peters würde ihn keineswegs rehabilitieren, aber die bestehenden Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit schwer verletzen und als ein Freibrief für Verwältigungen erscheinen, wie sie wiederholt in den Kolonien vorgekommen sind und sich von neuem ereignen können.“

Danach scheint man den Erfolg des Immediatgesuches der Peters-Schutztruppe für aussichtslos zu halten.

Das Damenstift.

Aus München, 9. März, wird uns berichtet: Der Prozeß gegen die Stiftsdirektorin v. Heusler, der so grauenhafte Zustände in einem unter staatlicher Aufsicht stehenden Institute enthüllt, giebt der gesamten bayrischen Presse Anlaß zu heftigen Angriffen gegen die Aufsichtsbehörde. Und zwar mit Recht. Der Skandal ist um so größer, als schon vor Jahren der damalige Hausarzt des Stiftes gegen die Heusler Verführung führte, von dem Ministerium jedoch nicht nur abgewiesen wurde, sondern sogar noch eine Rufe erhielt. Direktorin des Stiftes ist übrigens die Prinzessin Ludwig Ferdinand, die sich durch das bigotte Wesen der Heusler offenbar völlig blenden ließ, so daß die alten, hilflosen Stiftsdamen ihrer Vorsteherin auf Gnade und Ungnade ausgeliefert waren. Die liberale „Augsburger Abendzeitung“ wirft heute die Frage auf, wie es wohl in den Anstalten zugehen mag, in denen niedriger gestellte Volksgenossen untergebracht sind, wenn solche Zustände schon möglich sind in einem Institut, das zur Versorgung der Töchter höherer Beamter bestimmt ist. Das Blatt schlägt seine Betrachtungen zu dem Fall Heusler mit der vielsagenden Bemerkung: Die Stimmung in allen Schichten der Bevölkerung ist infolge von Vorgängen der verschiedensten Art ohnehin lebhaft bewegt und unheimlich gehäufte peinliche Geschehnisse haben einen Bessermenschen erzeugt, von dessen Umfang man sich vielleicht nicht allenthalben eine richtige Vorstellung macht. Auch die „Münchener Neuesten Nachrichten“ sagen, die unbegreifliche Gleichgültigkeit des Staatsministeriums des Innern verbiete den allerhöchsten Tadel.

Wenn der Minister v. F e i l i s c h trotz dieses ungeheuren Maßstabes seiner früher von den Liberalen so sehr gerühmten Verwaltungstüchtigkeit auch fernherhin im Amt bleibt, dann müssen ihm in der That Gründe besonderer Art halten. Man darf aber gespannt sein, wie er es fertig bringen wird, mit diesem Schuldkonto belastet, vor den kommenden Landtag zu treten.

Wie das dankbare Vaterland seine Tapferen lohnt.

Aus der Pfalz wird uns geschrieben: In der „Lambrecht'schen Halbzeit“, einem kleinen Lokaltablätchen, erschien vor einiger Zeit ein Aufsatz zu Gunsten eines Invaliden von 1870, der es verdient hätte, im Reichstage zur Sprache gebracht zu werden. Der Invaliden Gaul, der sein Blut für das dankbare Vaterland auf den französischen Schlachtfeldern verspritzt, hat den blutigen Krieg als tapferer Soldat mitgemacht; in 13 größeren und kleineren Schlachten und Gefechten hat er gekämpft; in 4 bei Wörth und Sedan. Bei Sedan erhielt er im Handgemenge einen Bajonettschlag in den Fuß und zwei Kolbenschläge auf den Kopf. Und wie belohnt das dankbare Vaterland den Mann? Mit 12 Mark im Monat glaubt es sich seiner Dankesschuld entledigen zu können. Seit dem Kriege ist Gaul, der vordem ein kräftiger blühender Mensch war, sich und hilflos und jetzt ist er seit dreiviertel Jahren nicht mehr im Stande, das Bett zu verlassen. Seine Familie, die selbst gänzlich unvermögend ist, hat schwere Opfer gebracht und muß sie für ihr noch täglich bringen. Fünfmal hat er um Erhöhung seiner Pension petitioniert: einmal wurde er abgewiesen und viermal erhielt er gar keine Antwort.

Ein anderer Fall, der sich vor kurzem zutrug, glebt ebenfalls Stoff zum Nachdenken. Im November vorigen Jahres wurde beim 21. Dragoner-Regiment in Bruchsal (Waden) ein Rekrut Namens Leib aus Reustadt a. d. Hardt (Pfalz) bei einer der verhängnisvollen Feindschaften durch Kopfschüsse von alten Soldaten

berast mißhandelt, daß er ein Auge einbüßte. Die Feigheit der Besatzung einige Monate Gefängnis und dem Rekruten Leib giebt man für sein ausgeblutetes Auge 15 M. im Monat und einen Civilversorgungsschein. Der junge Mann, von Beruf Elektrotechniker, mußte aber ein einträgliches, eine vorzügliche Stellung aufgeben und kam jetzt zusehen, wo er wieder etwas herbekommt.

Der ungehorsame Polizeibeigeant. Während eines Konzerts in einem Saale der kleinen märkischen Stadt Sommerfeld hielt sich der Polizeibeigeant Wittkowski in einem Nebenraum am Büfett auf und trank mit einem Kollegen Bier. Der hinzukommende Polizeiwachtmeister forderte die Sergeanten auf, die Wägen abzuschleppen; es schied sich nicht für sie, bededete vielmehr in einem geschlossenen Raum zu weilen, wo die bessere Gesellschaft versammelt sei. Wittkowski verweigerte die Abnahme der Wägen trotz der wiederholten Aufforderung des Wachtmeisters. Das trug ihm seitens des Bürgermeisters eine Disziplinar-Ordnungsstrafe von 6 M. ein. Nach vergeblicher Weisung beim Regierungspräsidenten sagte W. gegen diesen beim Ober-Verwaltungsgericht und machte geltend, er sei an jenem Abend nicht im Dienst gewesen und es hätte deshalb in seinem Verhalten kein Grund zu liegen, ob er die Wägen abnehmen wollte oder nicht. Das Ober-Verwaltungsgericht wies jedoch die Klage ab und führte aus: Der Polizeibeigeant müsse allen Befehlen seiner Vorgesetzten gehorchen, wenn sie nicht gegen die Gesetze oder guten Sitten verstoßen. Das sei hier nicht der Fall gewesen. W. wäre mit Recht wegen Gehorsamsverweigerung bestraft worden.

Der Finanzjunker in Sachsen. Das sächsische Gesamtministerium beschloß, den „Dressd. N. N.“ zufolge, infolge der ungenügenden finanziellen Lage Sachsens, für die nächsten zwei Jahre keinerlei Gehaltsaufbesserungen, Beförderungen und Neu-Einstellungen vorzunehmen. Ferner wird demselben Staate berichtet, daß sämtliche Staatsbehörden in Sachsen dahin verständigt worden sind, daß für die Etatsperiode 1904/5 Vorschläge zu Anstellungen und Beförderungen des Personals, so weit sie der besonderen Genehmigung bedürfen, zu unterbleiben haben. Die Ursache hierzu entspringt der Thatsache, daß für die Etatsperiode 1904/5 im Staats-Haushalt noch ein größeres Defizit zu decken ist.

Wahlvorbereitungen.

Von den Bündlern. Eine Heerfahrt über seine Namen aus den Kreisen Erfurt und Mühlhausen-Langenhals-Weizensee hielt am Sonnabendnachmittag der Bund der Landwirte in Erfurt. Die Versammlung war von etwa 300 Personen aus beiden Kreisen besetzt, darunter eine größere Anzahl Erfurter Antisemiten unter Führung des Herrn v. W o f f. An Stelle des Herrn Liebermann von Sonnenberg hatte ein Herr Herfurth aus Halle das Referat übernommen. Interessant an seinen Ausführungen war, daß er die Behauptung der „Pflanzungswägen Mittelämmer“, die Obstruktion sei die Ursache der Annahme des Pollarists, als plumpen Schwindel bezeichnete, der nur gemacht wurde, um der Regierung zu Willen zu sein. Radikal nach links und nach rechts, lieber 100 Socialdemokraten als ein Heer von freijünglichen und nationalliberalen „Pflanzungswägen“ Ja- und Amenratern — das war der leitende Gedanke. Man geberdet sich also sehr radikal, offenbar weil man davon bessere Wahlergebnisse erwartet.

Das Wahlartikel in Posen. Für die Provinz Posen hat der Kaiser ein Wahlartikel aller deutschen Parteien empfohlen. Im deutschen Wahlverein zu Merzig hat der Rittergutsbesitzer Major Klügel erzählt, daß der Kaiser ihm gegenüber den Vorwurf ausgeprochen habe, daß wir Deutsche nicht einig seien. Es soll ein Kompromiß in der Provinz Posen geschlossen werden, daß, wo Liberale in der Majorität seien, die Konservativen für diese, und wo Konservativen die Mehrheit hätten, die Liberalen für diese stimmen sollten. — Und das Centrum?

Die Wahlpolitik des Ostmarkenvereins. In der in Breslau abgehaltenen Hauptversammlung des Deutschen Ostmarkenvereins wurde dem „B. G. A.“ zufolge, bezüglich der Stellungnahme zu den kommenden Reichs- und Landtagswahlen folgende Resolution angenommen: Sobald festgestellt, daß ein Wahlkompromiß zwischen Centrum und Polen bedingungslos ausgefallen ist, werden sich die Ortsgruppen im Einvernehmen mit dem Hauptvorstand und den Landesauschüssen schlüssig machen, ob und welcher der vom Centrum gegen einen polnischen Kandidaten aufgestellte Kandidat unterfällt werde. Wenn ein Kompromiß zwischen Centrum und Polen zu Stande kommt, oder Centrums-kandidaten als Konjessen für das Polentum erscheinen, so sind entweder durch öffentliche Erklärung der Ortsgruppen die deutschen Wähler zur Wahlenthaltung aufzufordern, oder es ist ein deutscher Gegenkandidat aufzustellen.

Aus dem Wahlkreis Höchst-Ningun-Homburg wird uns geschrieben: Die Wahlvorbereitungen sind in unserem Wahlkreise eifrig im Gange. Alle Parteien mit Ausnahme der Nationalliberalen haben ihren Kandidaten bereits nominiert. So präsentiert die Centrapartei, nachdem Herr Müller-Julda entschieden auf eine Wiederanstellung verzichtet hat, den bis in der politischen Bewegung gänzlich unbekanntem Landrichter Fischer aus Frankfurt a. M. Aus der Flugblatt-Fabrik in München-Gladbach sind eine Anzahl Flugblätter eingetroffen, mittels deren die Socialdemokratie „getötet“ werden soll. Besonders das Flugblatt: „Wie sich die Socialdemokratie beim neuen Volksgesetz blamiert“ hat die Vernichtung der socialdemokratischen Partei herbeiführen. Aber auch die katholische Arbeiterkassette im Zaunungsgebiete hat erkennen gelernt, daß die Versprechungen des Centrums bei den Wahlen 1898 nichts als Wahlmander waren. Das Centrum erhielt damals 7120 Stimmen. Die freisinnige Partei, welche auch in unserem Kreise im Aussterben begriffen ist und es im Jahre 1898 nur noch auf 2567 Stimmen brachte, hat den bekannten Rechtsanwalt Dr. Heß aus Frankfurt a. M. aufgestellt. Dieser Herr, welcher mehr konservativ als freisinnig, hat sich in der Stadtverordneten-Versammlung in Frankfurt a. M. durch die Belämpfung aller von unserem Genossen Dr. Quaß eingebrachten Reformen schon einige Vorbeeren erworben. — Die Nationalliberalen erzielten 1898 nur 548 Stimmen und wurden durch das Centrum aus der Stichwahl verdrängt, obwohl sie auch die Stimmen des Bundes der Landwirte auf ihren damaligen Kandidaten Landwirt Richard Westermacher aus Lindheim (Hessen) vereinigten. Wie verlaunt, bedrückten auch diese einen Rechtsanwalt und zwar den Rechtsanwalt der Pfister Farbwirke, auf den Schild zu erheben. Ob der Bund der Landwirte einen besonderen Kandidaten nominiert oder vereinigt mit den Nationalliberalen in den Wahlkampf zieht, wird sich demnächst zeigen. — Allen andern Parteien voran, hat die Socialdemokratie kräftig mit der Wahlagitatio ein-geleitet. Es haben bereits verschiedene Versammlungen stattgefunden, in denen unser Kandidat, Genosse Fr. Brühne, vor den Wählern referiert hat. So tagte am vorhergehenden Sonntag in der Stadt Höchst eine Versammlung, die von mehr als 600 Personen besucht war. Alle entlegenen Orte des Wahlkreises — der Kreis zählt 14 Orte — wurden bereits einer eingehenden Bearbeitung unterzogen. Es wurden bis jetzt verteilt 25 000 von der Parteitagrede Seibels und von dem Aufrufe unserer Fraktion 50 000. Auch die „Vollstimm“ hat über 500 Exemplare zugekommen. Frohen Mutes ziehen wir in den Wahlkampf, um den Wahlkreis, den unsere Partei von 1893 bis 1898 im Besitz hatte, wieder zu erobern. Wir erhielten in der Hauptwahl 1898 9068 Stimmen und in der Stichwahl aus eigener Kraft 11 500 gegen 13 671, welche auf Müller-Julda von den gesamten Gegnern fielen.

Bauern und Socialdemokratie. Einen Zusammentritt in die untere Garde“ nennt unser Karlsruher Partei-Organ einen Agitationszug nach dem Dorfe Stafforth, wo es unsern Genossen trotz der konservativ-bauernbündlerischen Herrschaft gelang, ein Lokal zu erhalten. Einige Bauernbündler wollten die Socialdemokraten mit der Zollfrage in die Enge treiben, kamen aber dabei selbst in die Enge. Als Genosse K o l b die Frage stellte, wie viel Bauern in Stafforth Getreide zu verkaufen haben, konstatierten die Bauernbündler einstimmig: „Hier giebt's keine Getreide verkaufenden Bauern, wir treiben

hauptsächlich die Viehwirtschaft“. Genosse Sed sowohl wie Genosse K o l b machten den Bauernbündlern das Widerspruchsvolle ihrer Haltung klar und wurden dabei von der großen Mehrheit der antwortenden Stafforth'er Bauern unterstützt.

Ausland.

Frankreich.

Die Kinderausbeutung in den französischen Klöstern. Kann ist der Skandal von Ranch vorüber und die Mißhandlung des Fräulein Lecocquet durch eine Entschädigung von 10 000 Fr., welche die „Guten Hirten“ zu zahlen haben, nachdrücklich gefordert, da wird die Öffentlichkeit schon wieder durch andere ähnliche Vorkommnisse beunruhigt. Diesmal ist der Schanzplatz ein Kloster in Fle-et-Willaine in der Bretagne. In diesem Kloster wurden 2 kleine Mädchen, Waisen, erzogen. Dieselben haben durch Heberarbeit, schlechte Nahrung und körperliche Mißhandlung derartig zu leiden gehabt, daß die eine Schwester, die kürzlich zu ihren Verwandten nach Paris zurückgekehrt war, ins Krankenhaus gebracht werden mußte und dort verstorben ist. Das andre Mädchen, ebenfalls krank, ist durch die Behörden vernommen worden und hat Bekundungen haarsträubender Art über die Ausbeutung der Kinder in dem Kloster gemacht; sie teilte u. a. mit, daß die Kinder häufig bis nachts 3 Uhr haben arbeiten müssen. Der Staatsanwalt hat die Leiche des Mädchens mit Beschlag belegt und Untersuchung angeordnet.

Die Liga der Weisheitsrechte hat sich der Sache bemächtigt und geleitet eine Agitation einzuleiten gegen die „Wohltätigkeits-Institute“ der Kirche. Im letzten Ministerrat legte der Ministerpräsident Combes das Urteil von Ranch vor; er hat dem Präselektionsauftrag erteilt, alle von den Provinzialbehörden dem Kloster überwiehenen Jünglinge zurückzugeben und anderweitig unterzubringen. Im übrigen ist ein Gesetzesentwurf, der die Frage der Waisen-Unterbringung und Erziehung anders regeln soll, zu erwarten.

Italien.

Die Lage der Reisearbeiter und Arbeiterinnen. War vorige Woche Gegenstand einer Interpellation in der Kammer. Der socialistische Deputierte Cabrini machte sich zum Sprachrohr der Leiden dieser Arbeiterkategorie. Er schilderte die ungemein traurigen Arbeitsverhältnisse, welche zu einer moralischen und physischen Verelendung führen müssen. Die Saison dauert von Ende Mai bis Anfang Juli; nicht weniger denn 40 000 Frauen und Kinder sind in dieser Zeit in den Reisfeldern thätig. 12, 13 und 14 Stunden pro Tag stehen die Aermsten bis an die Waden im Schlamm und im Wasser bei einem Lohn von 1,20 Fr. pro Tag. Der Zwischenunternehmer erhält pro Arbeiter und Tag 1,90 Fr., rest somit also einen großen Profit in seine Tasche. Die Wohnungsverhältnisse in den Reisgebieten sind miserabel; in den gleichen Räumen befinden sich Arbeiter beiderlei Geschlechts in großer Zahl untergebracht. Die Krankheit der Reisarbeiter, die Malaria, liege sich durch Anwendung vernünftiger Arbeitsmethoden und namentlich durch Verkürzung der Arbeitszeit, gesunde Wohnungen und gute Nahrung erheblich beschränken. Der Interpellant bedauert, daß die Reglements zu dem Gesetze, betreffend die Arbeit der Frauen und Kinder, noch nicht publiziert seien. So-dann verlangt Redner die Beschleunigung des Zusammentritts des höheren Arbeitstages; ferner müsse die Arbeit in den Reisfeldern unter die gesundheitsgefährlichen Berufe gestellt werden. Vaccelli, der Minister für Ackerbau, Industrie und Handel, läßt den socialistischen Redner volle Gerechtigkeit widerfahren; seine Ausführungen trafen in den meisten Punkten zu. Trotzdem löste er, der Minister, nicht alles thun, was der Interpellant verlangt habe, da der höhere Arbeitstagesrat die Arbeit in den Reisfeldern nicht unter die gesundheitsgefährlichen eingerechnet habe. Die Regierung werde aber alles thun, um die Gesetze zu Gunsten der Reisarbeiter in Anwendung zu bringen. Cabrini, der nochmals zum Wort kommt, erklärt sich von den Ausführungen des Ministers wenig befriedigt und kritisiert in scharfen Worten den Beschluß des höheren Arbeitstagesrates. Darauf antwortet der Ackerbauminister, daß diese Körperkategorie nochmals in die Prüfung der Frage eintreten werde.

Spanien.

Konflikte im Ministerium. Der Finanzminister ist mit einigen seiner Kollegen über die Höhe ihrer Budgetforderungen in Konflikt gekommen. Der Minister für öffentliche Arbeiten hat eine Mehrforderung von 13 1/2 Millionen, der der Marine eine solche von 50 Millionen und der Kriegsminister ein Mehr von 20 Millionen gestellt, um die Friedenspräsenz von 80 000 auf 100 000 Mann zu bringen. Der Finanzminister glaubt diese Summen nicht beschaffen zu können. Der Ministerpräsident Silvela bemüht sich, eine Ministerkrise zu verhindern.

Madrid, 10. März. Nach amtlicher Feststellung sind bei den Wahlen für die Generalitate 311 Ministerielle, 129 Liberale, 20 Demokraten, 5 Anhänger Romeros, 27 Republikaner, 10 Carlisten, 10 Regionalisten und 11 Unabhängige gewählt worden.

Dänemark.

Das Staatsbudget wurde am Freitag im Folkething nach kurzer Generaldebatte mit 73 Stimmen einstimmig angenommen. Die Socialdemokraten enthielten sich der Stimme. Ihr Wortführer, Genosse Harald Jensen (Kaufer), der sonst bei der Beratung des Finanzgesetzes den Standpunkt unserer Partei vertritt, ist zur Zeit krank, erklärte hierzu: „Das gegenwärtige Ministerium ist aus der Mehrheit hervorgegangen und hat beständig eine Mehrheit für sich. Also ist es parlamentarisch berechtigt, und wir wollen nicht gegen das Finanzgesetz stimmen, um der Regierung kein General-Mißtrauensvotum zu geben. Wir haben eifrig mitgearbeitet, um das Finanzgesetz so gut wie möglich zu machen, und es enthält Posten — für die Altersschwachen, für die Kranken, zur Förderung des Erwerbslebens usw. —, für die wir gern stimmen möchten.“ Der Redner ging dann weiter darauf ein, daß wichtige Forderungen, wie die gegen die Arbeitslosigkeit, nicht erfüllt wurden, daß dagegen die Ausgaben für Militär nicht nur nicht, wie es das Programm der Linken fordert, erniedrigt, sondern noch erhöht wurden, und kritisierte in klarer treffender Weise die Politik der Regierung. Selbst wenn man von den Ausgaben für neue Kanonen ganz absieht, sind die Militärausgaben auch diesmal wiederum gesteigert worden. Sie betragen im letzten Budget der konservativen Regierung 15 985 000 Kr.; im ersten Budget der liberalen 16 658 000 Kr. und im neuen Budget 16 972 000 Kr., wozu noch 2 375 000 Kr. für neue Kanonen kommen.

Parlamentarisches.

Die Phosphorzündholz-Kommission setzte am Dienstag ihre Beratungen fort. Zunächst gab Geheimrat Dr. Kern vom Reichs-Gesundheitsamt Auskunft über die von W u r m in voriger Sitzung gestellte Anfrage, ob und wie viel Blei von dem in der neuen Zündmasse enthaltenen bleisuren Kalk in die Dämpfe beim Abbrennen der Hölzer übergeht. Die Untersuchung ergab, daß die neue Masse an 15 Proz. bleisuren Kalk enthält; von andern Fabrikaten werden schon seit Jahren Zündhölzer mit 20 bis 50 Proz. Weisengehalt in den Handel gebracht. Mit der neuen Masse angefertigte Zündhölzer enthielten in einem Stück ein tausendstel Gramm Blei, das ist so wenig, daß von einer Gesundheitsgefährdung durch diese Dämpfe nicht die Rede sein kann. Zur Debatte kam dann Abs. 4 des § 1, wonach für Z ü n d h ö l z e r, die zur Entzündung von G r u n d e n - S i c h e r t h e i t s l a m p e n dienen, das Verbot der Benutzung von Weisphosphor keine Anwendung findet. Der preussische Bergbau-Minister zeigte eine der jetzt im Gebrauch befindlichen Grubenlampen mit Weisphosphorzündhölzern und deren Entzündung. Ein Erlass durch den ungenügenden roten Phosphor sei bis jetzt nicht gegliedert. Auch die elektrische Zündung sei noch nicht über das Stadium der Versuche hinaus und müßte erst längere Zeit praktisch erprobt werden; eine Grubenlampe müsse sehr viel Stöße und Erschütterungen vertragen, könne also keine subtile Konstruktion bei der Zündung brauchen. Er halte für die Grubenlampe der Zukunft die Acetylenlampe. — W u r m erkannte an, daß das Verbot

der Weisphosphor-Bündel nicht durch einen genügenden Ertrag aufgewogen werde, da aber, wie seitens der Regierung mitgeteilt wird, nur eine große Fabrik (Niemann u. Wolf, Jülich) diese Bündel herstelle, und drei ganz kleine, so sei eine strenge Kontrolle durchführbar, zumal ja nach § 10 der Gewerbe-Erordnung derartige Bündelfabriken der Genehmigungspflicht unterliegen und ohne weiteres strengen Satzvorchriften unterstellt werden können. — Absatz 4 des § 1 wird einstimmig angenommen, der ganze § 1, der das Verbot der Herstellung und des Verkaufs von Bündelholzern mit weissem oder gelbem Phosphor auspricht, gegen eine Stimme (Nichter) angenommen, ebenso § 2 (Strafbestimmungen). — Abg. Müller-Reinigen beantragt folgenden § 2a betreffend die Entschädigungsfrage:

Den Fabrikanten, welche als solche vor dem 1. Januar 1902 ausschließlich Streichhölzer unter Verwendung von weissem oder gelbem Phosphor fabriziert und diese Fabrikation auch innerhalb der Zeit vom 1. Januar 1902 bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes fortgesetzt haben, wird eine vom Bundesrat unter Ausschluß des Reichstages festzustellende Entschädigung gewährt.

Die Entschädigung soll das Dreifache des Jahresgewinnes nach dem Durchschnitt der Betriebsjahre 1899/1900, 1900/1901 und 1901/1902 betragen.

Die Fabrikanten sind verpflichtet, von der ihnen gewährten Entschädigung ihren Arbeitern und Beamten, die infolge des Verbotes aus ihrer Beschäftigung entlassen werden, eine Entschädigung zu gewähren, die bei Arbeitern dem von ihnen in den letzten drei Monaten vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bezogenen durchschnittlichen Arbeitsverdienst, bei Beamten dem von ihnen in den letzten sechs Monaten vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bezogenen Gehalte entspricht.

Streitigkeiten zwischen den Fabrikanten einerseits und den Beamten oder Arbeitern andererseits werden von der für Lohnstreitigkeiten zuständigen Instanz entschieden.

Da bei Begründung seines Antrages Abg. Müller-Reinigen behauptet, die Entschädigung finde keinen Präcedenzfall bei dem Verbot der Quecksilber-Spiegelbelege, weil dort ein vollständiger Ertrag geboten worden sei, weist ihm Genosse Segitz nach, daß das gerade Gegenteil der Fall ist. Das Verbot habe alle 40—50 damals vorhandenen Kleinbetriebe unmöglich gemacht, ohne daß sie entschädigt wurden und ohne daß sie zu dem Silberbeleg-Verfahren hätten übergehen können. Das Verbot habe für die Arbeiter und ganz ähnlich gegenwärtig gewirkt, denn die Quecksilber-Arbeit, die früher so viele Arbeiter beschäftigte, sei verschwunden. Eine Entschädigung könne principieel nicht gewährt werden, weil sonst der Arbeiterschutz noch langsamer fortschreiten würde als bisher. — Dr. Dertel spricht sich ebenfalls gegen den Antrag aus, schlägt aber vor, die Abstimmung auszuschieben, bis § 3 (Recht des Inkrafttretens des Verbotes) erledigt sei, da von diesem die Entschädigungsfrage mit abhänge.

Nächste Sitzung Donnerstagvormittag.

Aus Industrie und Handel.

Der „Fall Exner“.

Leipzig, den 10. März.

Rechtsanwalt Dr. Decker versucht den Nachweis zu führen, daß die Verhandlung nichts ergeben habe, was daraus schließen lasse, daß Exner die Absicht hatte, die Gläubiger der Leipziger Bank zu benachteiligen. Der Redner gibt eine ausführliche Darstellung, wie Exner als junger Mann zur Leitung der Leipziger Bank berufen wurde, um ein fast eingekollenes Institut wieder zu beleben, wie er dann von Anfang an durch Schmidt mittels Fälschungen getäuscht und sowohl er wie die anderen Verwaltungsglieder zu der Meinung gebracht wurden, die Treuegesellschaft stelle ein vielversprechendes, der Auer-Gesellschaft in Zukunft gleichendes Unternehmen dar. Solche Verbindung mußte der Leipziger Bank aber sehr erwünscht sein. Der Aufsichtsrat habe dann ja auch alle Geschäfte mit der Treuegesellschaft ausgegeben. Gleichwohl sei seines ferner Mitglieder wegen betrügerischen Bankrotts angeklagt worden. Es würde eine Ungerechtigkeit sein, alle Schuld auf Exner allein zu wälzen, ihn zum Sündenbock zu machen und dem Zuchthaus zu überliefern.

Keinerlei Veranlassung habe dafür bestanden, das Obligo der Treuegesellschaft aus den Büchern zu entfernen, denn die Verwaltung der Leipziger Bank habe nicht nötig gehabt, den Gläubigern oder Aktionären die Bücher vorzulegen. Die Leipziger Bank habe sich eben in einer Zwangslage befunden und Verschleierungen vorgenommen, weil sie an ein endliches Ausblühen der Tochtergesellschaft glaubte und den Zusammenbruch vermeiden wollte. Redner gibt zum Schluß seiner Verteidigungsrede an, daß eine Verschleierung begangen sei; ein betrügerischer Bankrott liege jedoch nicht vor. In seiner Erwiderung erklärt der Staatsanwalt Dr. Kunz, Exner müsse die Sachlage zweifelloso klar gewesen sein. Es sei geradezu ein Verbrechen gewesen, daß Exner seine Absicht vornehmlich und 9 Proz. Dividende verteilte. Der Staatsanwalt sucht weiter den Nachweis zu führen, daß betrügerischer Bankrott und Verschleierung, aber auch Betrug gegen das Bankhaus Weidgraber vorliege.

Staatsanwalt Dr. Weber führt in längerer Rede aus, daß die Bücher der Leipziger Bank wohl korrekt geführt waren, aber trotzdem keine Heberlast über den Vermögensstand gewährt, wie dies auch die Sachverständigen Direktor Herrmann und Kommerzienrat Süßkind bezeugen hätten. Es sei den Verteidigern nicht gelungen, das Anlagegebäude irgendwie zu erschüttern. Dem Angeklagten seien mildernde Umstände nicht zuzubilligen. Er sei nicht immer bei der Wahrheit geblieben. Der Umstand, daß der Angeklagte Bettler geworden sei, dürfe die Geldswornen nicht zur Billigung mildernder Umstände veranlassen, da viele arme Leute durch die Handlungsweise des Angeklagten Bettler geworden seien. Redner erwartet daher, daß die Geldswornen die Schuldfragen bejaßen und dem Angeklagten mildernde Umstände verweigern.

In seiner Erwiderung auf die Ausführungen des Staatsanwalts Weber hob der Verteidiger Decker hervor, wenn der Konkursverwalter Freitag, einer der angesehensten Anwälte Sachsens, die Bücher als derartig geführt bezeichnete, daß sie einen vollen Heberlast über den Vermögensstand gewähren, so könne sicher nicht betrügerischer Bankrott vorliegen. Justizrat v. Gordon betonte ebenfalls, so lange nicht nachgewiesen sei, daß die Bücher keinen Heberlast über den Vermögensstand gewähren und Fälschungen in der Absicht, die Gläubiger zu benachteiligen, vorgenommen würden, könne der Angeklagte unmöglich wegen betrügerischen Bankrotts verurteilt werden.

Darauf erfolgt die Rechtsbelehrung der Geschworenen, die sich darauf zur Beratung zurückziehen. Alsdann verliedert der Obmann derselben: Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage wegen betrügerischen Bankrotts und Betruges, bejahen dagegen die Frage wegen Verschleierung und versuchten Betruges. Sie verneinten jedoch die Frage, ob die Straftaten als eine Handlung anzusehen sind, sowie die Frage wegen mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragt eine mehrjährige Gefängnisstrafe und eine hohe Geldstrafe. Der Verteidiger Justizrat v. Gordon ersucht um ein mildes Strafmaß und außerdem darum, dem Angeklagten 10 Monate auf die Untersuchungshaft anzurechnen, da er die Zeit vom 28. Juli 1901 bis zum heutigen Tage wider seine Schuld in Untersuchungsgewahrsam zu gebracht habe.

Das Urteil.

Exner wird wegen Verschleierung und versuchten Betruges zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und 20 000 M. Geldstrafe, event. noch zu einem Jahr Gefängnis, unter Anrechnung von 15 Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Die Kosten des Verfahrens wegen betrügerischen Bankrotts und die Hälfte der Kosten des Revisionsverfahrens werden der Staatskasse, die anderen Kosten dem Angeklagten auferlegt.

Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft. Nachdem die größeren Banken ihre Rechnungsabläufe veröffentlicht haben, kommen jetzt die Reedereien an die Reihe. Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, die getrennt mit ihrem Geschäftsbericht hervortritt, schließt ihr Geschäftsjahr recht ungünstig ab. Der Reingewinn, der in 1901 sich noch auf 1 191 343 Mark stellte, ist auf 524 793 M. gefallen, so daß die Gesellschaft nach den erforderlichen Abschreibungen keine Dividende zu verteilen vermag. Neben der ungünstigen Lage des Frachtmarktes haben zu diesem Ergebnis vornehmlich die Konkurrenz der englischen Booth-Linie auf den Routen nach Nord- und Mittel-Brasilien, sowie die geringen Erträge der Genua-La Plata-Fahrt beigetragen.

Der Segen hoher Getreidepreise. In der letzten Nummer der „Nation“ veröffentlicht J. Goldstein Auszüge aus seinem Werke: „Bevölkerungsprobleme und Weisheitslehre in Frankreich“, aus denen hervorgeht, daß der Getreidekonsum in hohem Maße vom Getreidepreise abhängig ist. Lehrsatz ist folgende Gegenüberstellung aus England:

Preise für Imperial Quarter	Durchschnittlicher Weizenkonsum auf 100 Personen der Bevölkerung in Imperial Quarters
Von 23,0 bis 29,3 Schilling	749
29,4 „ 35,0 „	744
35,7 „ 41,9 „	717
42,0 „ 48,2 „	717
48,2 „ 54,6 „	678

Auf 1000 Personen der Bevölkerung des vereinigten Königreichs kamen durchschnittlich jährlich:

Erntejahre	Imperial Quarters
1852/53—1860/61	688
1861/62—1870/71	684
1871/72—1880/81	687
1881/82—1890/91	704
1891/92—1900/01	748

Demnach hat seit dem Fortfall der englischen Getreidezölle und der zunehmenden Verbilligung des Weizens auf dem englischen Markt der Verbrauch stetig zugenommen.

Östpreussische Südbahn. Wie es scheint, ist die preussische Regierung nun doch bereit, ihr Angebot betreffs des Ankaufs der Östpreussischen Südbahn zu erhöhen, denn die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt folgende Notiz: „Der Aufsichtsrat und die Direktion der Östpreussischen Südbahn beabsichtigen, der Generalversammlung der Aktionäre die Verteilung einer Dividende von 4 1/2 Proz. auf die Stammmalorien für das Jahr 1902 in Vorschlag zu bringen. Diese Absicht, die alle bisherigen Annahmen, auch diejenigen der Direktoren der Südbahn, weit übertrifft, hat der Staatsaufsichtsbehörde Veranlassung gegeben, die alsbaldige Prüfung der Unterlagen dieses Vorschlages durch besondere nach Königsberg entsandte Regierungskommissionen durchzuführen.“

Die Firma Krupp hat, da ihr auf ihren Spezialgebieten eine Konkurrenz nach der andern erwächst, neuerdings sogar auf dem der Kanonengießerei, sich entschlossen, den Umfang ihres Fabrikationsgeschäfts auszuweiden. Zunächst plant sie die Einrichtung einer besonderen Abteilung für den Automobilbau.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Christliche Lohndrücker und Streikbrecher? Der Vorstand des katholischen Arbeitervereins St. Josephs Moabit verurteilt an die Leiter größerer Betriebe ein Mandat, worin ein von dem genannten Verein errichtetes Arbeitsvermittlungsbureau empfohlen wird. Der Verein — wird gesagt — zähle 300 Mitglieder, von denen die Hälfte Metallarbeiter seien. Zur Empfehlung dieser St. Josephs-Brüder wird nicht etwa auf besondere Tüchtigkeit im Beruf hingewiesen, sondern der St. Josephs-Verein erhebt die Kunst der Unternehmer dadurch zu erwerben, daß er betont, seine Grundzüge schließen jede an Klassenhaft erinnernde Gesinnung aus, der Verein pflege den Geist des Christentums und der Versöhnlichkeit. Warum gerade diese Empfehlung? Da christlicher Geist und versöhnliche Stimmung durchaus nicht zu besonderen Arbeitsleistungen befähigt, so kann es dem Unternehmer ganz gleichgültig sein, ob seine Arbeiter von solchen Gesinnungen besetzt sind oder nicht. Aber hinter diesem Geist des Christentums, der in katholischen Vereinen gepflegt wird, verbirgt sich in der Regel jene inachtellose Gesinnung, die in dem Unternehmer den Herrn sieht, dem sich der Arbeiter in jeder Hinsicht willig zu fügen hat. Vor allem erwarten auch die Unternehmer von den mit christlichem Geist und Versöhnlichkeit durchdränkten Arbeitern, daß sie jeder Solidarität mit ihren Klassen-genossen bar, sich erforderlichen Falles zu Lohndrückern und Streikbrechern benützen lassen. Nur unter diesem Gesichtspunkt ist die Empfehlung der St. Josephs-Brüder zu verstehen. Eine Arbeitsvermittlung unter solchen Umständen hat für jeden Arbeiter, der auf ehrenwerte Gesinnung hält, etwas Verächtliches.

Die für die Klemperer in Aussicht stehenden neuen Differenzen mit den Arbeitgebern drehen sich nicht — wie gestern mitgeteilt — um einen Accord tarif, sondern um einen Lohn tarif.

Deutsches Reich.

Eine „freiwillige“ Kundgebung aus Arbeiterkreisen soll, wie die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ erfährt, demnächst in den Dresdener „Neuesten Nachrichten“ das Licht der Welt erblicken. Die Leitung der Siemensschen Glasfabriken fühlte sich begreiflicherweise arg bedrückt durch die Kritik, welche die scharfmacherischen Profile der Glasfabrikanten neulich im Reichstage von sozialdemokratischer Seite erfuhren. Zunächst hatten nun die Leiter der Siemensschen Werke eine „Arbeiterkundgebung“ an den Reichstag geplant. Hier- von ist man jedoch abgekommen. Statt dessen will man die „Arbeiterkundgebung“ mit den „freiwilligen“ Unterschriften der Arbeiter versehen, in den „Neuesten Nachrichten“ veröffentlichten. Die „freiwilligkeit“, mit der die Arbeiter ihre Unterschriften leisten, wird genügend dadurch gekennzeichnet, daß der Generalgewaltige bei der Unterschriftensammlung sagte: „Dem seine Existenz und seine Familie lieb ist, der solle nur unterschreiben!“ — Was eine „freiwilligkeit“, die durch die Hunger- politische Erzwungen wird und der „Protestkundgebung“ einen Charakter verleiht, der nicht im Sinne ihrer Veranstalter wirkt.

Zur Schneiderbewegung in Jena. Ausgespart sind seit Montag 38 Schneidergehilfen. Wenn bis Sonnabend nicht eine Einigung auf der Grundlage der von den Gehilfen zur ersten Tarifklasse eingereichten Forderungen zu stande kommt, dann treten am Sonnabend die Gehilfen der zweiten Tarifklasse in den Ausstand. Der Gewerkschaftsverein der Schneider hat sich dem Vorgehen des Verbandes der Schneider vollkommen angeschlossen. Die Lohnkommission bezieht aus Mitgliedern beider Organisationen.

Die Schneider in Erfangen sind am Montag in den Ausstand getreten. Sie hatten Lohnaufbesserungen gefordert, statt dessen legten ihnen die Arbeitgeber einen Tarif vor, der für verschiedene Geschäfte eine Lohnverabreichung bedeutet. Verhandlungen mit den Arbeitgebern hatten keinen Erfolg, deshalb wurde die Arbeit niedergelegt.

Metallarbeiter! In der Maschinenfabrik und Eisgießerei von Ernst Schich in Düsseldorf haben sämtliche Formner und Aeraumacher wegen fortgesetzter Accordverabreichung gelündigt. — In den Gießereien in Solingen und Wald wird es voraussichtlich zu Differenzen kommen. Zugang ist fernzuhalten.

Die Schiffszimmerer der Werft von S. u. S. Gehilfen in Gfickstadt sind am Sonnabend entlassen worden, weil sie eine Erhöhung des Stundenlohnes von 38 auf 40 Pf. forderten.

Die Maler und Anstreicher in Darmen beschließen in einer sehr stark besuchten Versammlung in den Streik einzutreten, um die von den Unternehmern abgelehnte Zahlung eines Stundenlohnes von 45 Pf., sowie die Anerkennung eines Lohnstarifs zu erreichen.

Ausland.

Aus Holland. In Amsterdam haben außer den Zimmerern auch die Maurer Forderungen auf Lohnerhöhung gestellt und verlangen wie jene bis zum 15. März endgültig Antwort von den Unternehmern. Ferner haben an verschiedenen Orten Hollands die Lumpenarbeiter und Arbeiterinnen Forderungen gestellt. Sie verlangen für Männer 12 Gulden und für Frauen 9 Gulden Wochenlohn bei 10 Stunden täglicher Arbeitszeit. In Harlem haben die Zimmerer, sowie die Zinlarbeiter Lohnforderungen gestellt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß es dort zum Streik kommt. Der Cigarrenarbeiter-Streik in Steenwijk dauert noch fort; es ist auch vorläufig keine Aussicht zur Beilegung vorhanden. Der Stuccateurstreik in Groningen dauert ebenfalls fort. Der Streik der Metallarbeiter in Zaandam ist durch einen Vergleich zu Gunsten der Arbeiter beendet worden. Die Maler in Deventer haben ihre Lohnbewegung vorläufig ausgeetzt, hauptsächlich in Rücksicht auf die im Lande herrschenden Zustände.

Der Kampf um das Koalitionsrecht der Hafenarbeiter in Dänemark. Nachdem kürzlich die Arbeiterschaft von Odense beschlossen hatte, alle diejenigen Geschäfte zu boykottieren, die mit Großhändlern in Verbindung stehen, welche die Pläne zur Vernichtung des Koalitionsrechts der Hafenarbeiter unterstützen, wandten sich sämtliche Detailhändler der Stadt an die Odense-Handelsvereinigung, die die Beistütze jener Pläne ist, um sie zu veranlassen, von neuem mit den Arbeitern zu verhandeln. Aber die Handelsvereinigung ignorierte dies Eruchen vollständig und beehrte auf ihrem alten brutalen Standpunkt. Nun ist der wirtschaftliche Krieg in der Hauptstadt Ålborg voll zum Ausbruch gekommen. Am Sonnabend veröffentlichte „Fins Socialdemokrat“ eine Liste von 14 Fabrikanten und Großhändlern, 13 Kohlenhändlern, 32 Wädem und 96 Kaufleuten und Händlern, die jede Verbindung mit den die „Hafenpunkt“ benutzenden Importeuren abgebrochen haben, und forderte die Einwohnerchaft auf, nur in diesen Geschäften zu kaufen. Die gleiche Aufforderung wurde am Abend in einer von Tausenden besuchten Versammlung wiederholt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankreich auswärtige Politik.

Paris, 10. März. Deputiertenkammer. Auf den Tribünen herrscht großer Andrang. Die Diplomatenloge ist dicht besetzt. Auf Wunsch Delcassés wird bestimmt, daß alle Interpellationen über die auswärtige Politik zu einer gemeinsamen Erörterung gelangen sollen.

Millevoye (Nationalist) sagt, die sozialistischen Ideen über Entwaffnung seien Träumereien. Das beste Interpelland des Friedens sei hiesige Kriegsbereitschaft und das französisch-russische Bündnis. Ausland sei es gewesen, welches im Jahre 1875 Deutschland daran verhindert habe, Frankreich endgültig den Garauz zu machen. (Zuruf: Auch England hat dies gleichfalls verhindert und Sie haben noch nicht gepredigt, daß man ein Bündnis mit England schließen solle.) Millevoye fährt fort, daß der Friede in Europa erhalten worden sei, verdanke man dem Kaiser Alexander III. Das Recht Frankreichs auf Elsaß-Lothringen sei unbestreitbar und eine Entwaffnung sei unmöglich, bevor diese Frage gelöst sei. Redner erklärt schließlich, er freute sich, daß die Beziehungen zu Italien wieder geklärt seien, und fragt, welche Rolle Frankreich im Orient spielen werde, wo ein allgemeiner Brand im Balkangebiet ausbrechen drohe.

Berry (nationalistischer Konservativer) führt aus, man könne den Versprechungen des Sultans bezüglich der Reformen in Mazedonien nicht trauen. Frankreich dürfe nicht länger schweigen, nachdem Italien, Oestreich-Ungarn und Rußland ihre Stimme erhoben hätten.

Delcassé (unabhängiger Konservativer) bespricht die in Marokko herrschende Anarchie und meint, daß die wiederholten Aufstände dort auf europäische Intriguen zurückzuführen seien. Redner protestiert dagegen, daß man immerwährend Angriffe gegen Deutschland und England richte, und meint, die Marokko-Frage werde sich auf der Grundlage eines Uebereinkommens zwischen Frankreich, England und Spanien lösen lassen, durch welches die Meerenge von Gibraltar für neutral erklärt werde.

Jen (L) bespricht die politischen Ereignisse seit 1898, namentlich den Boerentrieg, und wünscht die Politik Delcassés kennen zu lernen.

Pressens (Socialist) verbreitet sich in längerer Rede über die Treibereien der mit dem Gendarmendienst in Mazedonien be- trauten albanischen Söldlinge und beklagt die Verhältnisse dazu, daß er seit zwei Jahren mit Nachdruck auf die Einführung von Reformen bestanden habe. Er glaube allerdings nicht, daß das österreichisch-russische Programm eine wirksame Besserung herbeiführen werde, halte vielmehr der Augenblick für gekommen, wo Europa aus seiner Lethargie herauszutreten müsse. Mazedonien müsse einen unabhängigen Gouverneur haben, der sich auf gewählte Körperschaften stütze. Die Verwaltung des Landes müsse unter Kontrolle einer europäischen Kommission gestellt werden. Redner schließt, seine Partei sei Anhänger einer europäischen Föderation und deshalb wünsche sie, daß die Völker, welche eine solche bedrohten, verschwinden. Die Weiterberatung wird dann auf morgen vertagt.

Russisches.

Peterburg, 10. März. (V. S.) Der Minister des Innern richtet eine Erla an sämtliche russischen Blätter, in dem ihnen verbot- ten, irgend welche Angriffe auf die kirchliche Konvention und ins- besondere auf die Person des Sultans zu machen. Ebenso dürfen die Zeitungen nichts über den Bahnbau in Persien veröffentlichen.

Das englische Kriegsbudget.

London, 10. März. (W. T. S.) Unterhaus. Der Kriegs- minister Brodrick gibt Erklärungen zum Kriegsbudget ab. Er hebt hervor, die Bedürfnisse des Reiches seien gewachsen und der von der Regierung geforderte Effektivbestand sei notwendig. „Sobald die Reserve auf 100 000 Mann erhöht ist“, sagte der Minister, „werden wir eine regelmäßige Streikkraft von 307 000 Mann zu unserer Verfügung haben. Von dieser Macht erfordern die Garnisonen in den Kolonien 61 000 Mann, und im Kriegsfall müssen wir zur Verteidigung unserer Grenzen 120 000 Mann nach auswärts senden. Wenn wir für die Garnisonen im vereinigten Königreich und andere Dienstzweige den notwendigen Abzug machen, werden wir in England eine regelmäßige Streikkraft von 56 000 Mann besitzen, welche noch Kommandos zum Ersatz ins Ausland abgeben muß. Der Effektivbestand des Heeres ist also nicht übermäßig hoch.“ Campbell-Bannerman (lib.) giebt für die Opposition die Erklärung ab, das Kriegsbudget sei höher, als die Lage des Landes rechtfertige. Man habe keinen Grund anzunehmen, daß England bereit sein müsse, 120 000 Mann ins Ausland zu schicken.

Aus Neunkirchen wird der „Köln. Volksztg.“ vom 10. März ge- meldet: Ein halbwüchsiger junger Mann zündete das in einem besondern Gefache befindliche Sprengpulver eines Steinbruchbesizers an; dasselbe explodierte und er flog mit demselben in die Luft.

Der Befehl.

Berlin, 10. März. Der Befehl ist fortgesetzt in Tätigkeit und wirkt große Feuerarbeiten verbunden mit dichten Dampfswolken aus. Man vernimmt auch unterirdisches Grollen und verpörrt leichte Erdstöße. Die Bevölkerung erfüllt die Straßen, verhält sich aber bisher ruhig.

Reichstag.

279. Sitzung. Dienstag, den 10. März 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Gohler.

Die zweite Lesung des Militär-Etats wird fortgesetzt beim Titel Gehalt des sächsischen Kriegsministers. Abg. Dr. Dertel (l.) verlangt Gleichstellung der Expedienten, Registratoren und Kanzleivorsteher im preussischen und sächsischen Kriegsministerium. Die preussischen Kanzleibeamten sind besser gestellt als die sächsischen, während ihre Arbeit genau die gleiche ist. Diese Verschiedenheit widerspricht auch dem Geiste der Verfassung. Ich werde diese Angelegenheit so lange zur Sprache bringen, als ich diesem hohen Hause angehöre, falls mein Verlangen nicht erfüllt wird.

Der Titel wird hierauf bewilligt.

Beim Kapitel „Militär-Justizverwaltung“ hat die Kommission acht Militär-Gerichtsschreiber gestrichen.

Abg. Vech-Hoburg (fr. Sp.): Als in einer kriegsgerichtlichen Verhandlung der Staatsanwalt die Aussage eines Unteroffiziers als bedenklich und zweifelhaft hinstellte, erklärte der Vorsitzende, daß man die Aussage eines vereidigten Unteroffiziers nicht beanspruchen dürfe. (Hört! hört! links.)

Es kann der Zustand nicht bestehen bleiben, daß der Vorsitzende ein Offizier sein muß. Eine Revision der Militär-Strafprozess-Ordnung ist wie in Oesterreich und Frankreich auch bei uns notwendig. In Frankreich will man das Prinzip zur Geltung bringen, daß bürgerliche Vergehen auch von bürgerlichen Richtern abgeurteilt werden. Wir sollten auch in Bezug auf die Militärjustiz den anderen Staaten vorangehen. (Bravo! links.)

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag der Kommission wird angenommen und das Kapitel bewilligt.

Beim Kapitel Geldverpflanzung der Truppen hat die Kommission die Gehaltserhöhung für 205 Stabsoffiziere um je 1350 M. (180 preussische, 16 sächsische, 9 württembergische) abgelehnt.

Die Abgg. v. Normann (l.), v. Kardorff (Sp.) und Büsing (natl.) beantragen, die Regierungsvorlage in diesem Punkt wiederherzustellen.

Abg. v. Normann (l.) begründet diesen Antrag. Es würde eine Ungerechtigkeit sein, diese 180 ältesten Stabsoffiziere in ihren Gehaltsbezügen und Pensionsverhältnissen auf mehrere Jahre schlechter zu stellen als ihre Kollegen in gleichem Range.

Abg. Koerner (l.) tritt, es bei den Beschlüssen der Kommission zu lassen. Es handelt sich hier nicht um eine Erhöhung des Gehalts der Oberstleutenants im allgemeinen, sondern es werden 190 Oberstleutenants herausgegriffen, weil sie qualifiziert sind Regimentskommandeure zu sein. Es soll also der bedenkliche Grundsatze eingeführt werden, daß das Gehalt einer etatsmäßigen Stelle auch an Personen gezahlt wird, die diese Stelle noch nicht inne haben, sondern nur für sie qualifiziert sind. Das könnte zu den weitestgehenden Konsequenzen führen. Vielleicht kann später eine neue Zwischenstufe zwischen den Oberstleutenants und Regimentskommandeuren geschaffen werden. (Bravo! im Centrum.)

Abg. v. Tiedemann (Sp.) schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten v. Normann an.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Im Interesse eines guten Erfages in unserm Offizierscorps bitte ich um Annahme der Regierungsvorlage. Es wird immer schwerer, die hohen Offiziersstellen der Infanterie angemessen zu besetzen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) bespricht, daß eine Gehaltserhöhung für die 190 Oberstleutenants irgendwie auf den Etat einwirken könnte.

Kriegsminister v. Gohler: Aus der Debatte in der Kommission und hier im Plenum ergibt sich, daß die meisten staatsverhaltenden Parteien darüber einig sind, daß die Stellung der Oberstleutenants aufgebessert werden muß. Mir möchte einer der Vorredner, man möchte derartige Ausgaben aufheben, weil wir jetzt am Schluß des Linnquennats stehen und im nächsten Jahre eine neue Militär-vorlage zu erwarten sei. Im Gegenteil, jetzt am Ende des Linnquennats ist der letzte Augenblick, um Härten auszugleichen. Ich bitte deshalb um Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Präsident Graf Ballestrem: Wir kommen zur Abstimmung.

Abg. Koerner (l., zur Geschäftsordnung): Mit Rücksicht auf die etwas schwache Beteiligung des Hauses beantrage ich, die Abstimmung über diese Position auszusparen.

Abg. Singer (Soz., zur Geschäftsordnung): Ich bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses. (Große Unruhe rechts.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich werde den Namensaufruf vornehmen lassen, um das zu konstatieren.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 172 Abgeordneten. Das Haus ist also beschlußfähig.

Präsident Graf Ballestrem beraumt die nächste Sitzung an auf heute nachmittags 3 1/2 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Militär-Etats vom Kap. 35 ab: Militär-Erziehungs- und Bildungswesen.

Schluß 3 Uhr.

280. Sitzung. Dienstag, 10. März 1903, nachmittags 3 1/2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Gohler.

Die zweite Lesung des Militär-Etats wird fortgesetzt bei Kap. 35 des Ordinarius: Militär-Erziehungs- und Bildungswesen.

In Tit. 10a und 10b werden von der Regierung zur Errichtung einer militärtechnischen Hochschule 100 000 M. gefordert. Die Hochschule sollte am 1. Oktober 1903 eröffnet werden und zunächst vorübergehend in den Räumen der Vereinigten Artillerie- und Ingenieurschule untergebracht werden.

Die Kommission beantragt statt dieser Forderung 50 000 M. zu bewilligen zur Erweiterung des militärtechnischen Studiums der Offiziere an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg, zu Entwürfen für ein ballistisches Laboratorium.

Abg. Dr. Paasche (natl.) beantragt, 50 000 M. zu bewilligen zur Vorbereitung für eine an die Vereinigte Artillerie- und Ingenieurschule anzuschließende militärtechnische Akademie zur Weiterbildung von Offizieren, die auf technischen Hochschulen ausgebildet sind.

Geh. Regierungsrat Professor Müller-Vreslau gibt eine Darstellung der Verhandlungen der Kommission. Ueber die Notwendigkeit der technischen Ausbildung der Offiziere herrscht keine Meinungsverschiedenheit, nur über die Organisation dieser Ausbildung konnte man sich nicht verständigen. Redner erörtert eingehend an der Hand der dem Etat beigegebenen Denkschrift die geplante Organisation und den Lehrplan der zu errichtenden Hochschule. Redner schließt mit den Worten: Wiegt Ihnen an der Schlagfertigkeit unseres Heeres auf technischen Gebiete, so nehmen Sie die Vorlage der Regierung an!

Abg. Dr. Spahn (l.) (zur Geschäftsordnung) beantragt die Position mit Rücksicht auf das in den Ausführungen des Professors Müller-Vreslau enthaltene neue Material an die Budgetkommission zurückzuverweisen.

Das Haus beschließt einstimmig demgemäß.

Bei Tit. 10: Bewilligungen in den Kadettenanstalten* wünscht

Abg. Eichhoff (fr. Sp.), daß die Oberlehrer an den Kadettenanstalten trotz der eingetretener Gehaltserhöhung die Dienstverhältnisse in der bisherigen Weise weiter erhalten möchten.

Generalmajor v. Einem erklärt, die Militärverwaltung werde

darüber mit dem Reichsfinanzamt und der preussischen Unterrichtsverwaltung in Verbindung treten.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Unteroffizierschulen“ begründet Abg. Eichhoff (fr. Sp.) folgende Resolution: „Den Reichskanzler zu eruchen, dafür Sorge zu tragen, daß im Etat für 1904 die seminaristisch gebildeten Lehrer an den Unteroffizierschulen, den Unteroffizier-Vorschulen und dem Militär-Anabenerziehungs-Institut den seminaristisch gebildeten Lehrern an den Kadettenanstalten bezüglich ihrer Befoldung gleichgestellt werden.“

Abg. Graf Gerner (l.) stimmt dieser Resolution auf das wärmste zu, ebenso die Abgg. Dr. Arendt (Sp.) und Dr. Paasche (natl.). Die Resolution wird angenommen.

Beim Kapitel: Artillerie- und Waffenwesen ergreift das Wort

Abg. Pauli-Potsdam (l.): Bei den Spandauer Artillerie-Werkstätten und bei den Maschinen- und Betriebstechniker bedeutend gefördert gestellt als die Bautechniker, obgleich beide Kategorien die gleiche Vorbildung haben und das Gleiche zu leisten haben. Diese Unterscheidung bedeutet daher eine Ungerechtigkeit für die Maschinen-techniker, die weit ungünstiger gestellt sind als ihre Kollegen in Privatbetrieben. — Im vorigen Jahre ist für die Arbeiter an den Spandauer Werkstätten eine neue Lohnordnung herausgegeben worden, an deren Schaffung ich wohl auch meinen Anteil habe. Mir ist aber von Arbeitern mitgeteilt worden, daß diese Lohnordnung nicht völlig innegehalten worden ist. Die darin festgesetzten Löhne sind auch keineswegs genügt. Es sind darin 5 Lohnklassen vorgezogen, die von 3 M. bis 3,00 M. ansteigen. Das sind keine ausreichenden Sätze, zumal für Arbeiter, die Familie haben. Königliche Institute sollten dafür sorgen, daß die an ihnen angestellten Arbeiter angemessen existieren können. In Privatbetrieben in Spandau ist der gewöhnliche Lohnsatz 3,50 bis 3,70 M. Der berechtigten Unzufriedenheit der Arbeiter müsse abgeholfen werden. Bei Vergleichen von Arbeitern in einem andern Betrieb müssen sie trotz langer Dienstzeit wieder von vorn mit dem niedrigsten Lohnsatz anfangen. Generalmajor v. Einem hat das mir gegenüber zwar im vorigen Jahre bestritten, aber die Arbeiter sagen, es wäre so. Die Pulverarbeiter stehen in der Lohnklasse IV, das heißt sie verdienen 3,00 bis 4 M. in acht Jahren, sie wünschen in die dritte Lohnklasse zu kommen, wo sie in demselben Zeitraum 4 M. bis 4,50 M. erhalten würden. Ich kann dies Verlangen nur unterstützen. Die Arbeiter in den Artilleriedepots gehören in die 4. und nicht in die 5. Lohnklasse. Auch fühlen sich diese Arbeiter verlegt, daß sie nicht wie alle übrigen dortigen Arbeiter an den Sommerferien vor großen Feiertagen früher Urlaub haben als sonst. — Beim Konferenzen stattfindend, bestimmt einfach die Direktion, welche Arbeiter daran teilzunehmen haben. Man sollte lieber dem Arbeiterauswahls die Auswahl dieser Arbeiter überlassen. Die Leute, die von der Direktion ausgewählt werden, werden immer mit Mißtrauen angesehen und fühlen sich auch selbst dabei nicht wohl. Ein weiterer Mißstand ist, daß die Arbeiterauswahls nur die Wünsche zur Sprache bringen können, die gerade auf der Tagesordnung stehen. Das trägt nicht zur Vermehrung der Zufriedenheit unter den Arbeitern bei. Ich hoffe, daß das Kriegsministerium diesen beschiedenen Wünschen der Arbeiterschaft Spandaus mit Wohlwollen entgegenkommen wird. Es ist ja vor kurzem in Breslau das Wort gefallen von dem schlichten Mann aus der Werkstätte. Die Arbeiterschaft Spandaus betrachtet mich als ihren natürlichen Vertreter. Ich bin ein schlichter Mann aus der Werkstätte. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Und nachdem dieses Wort gefallen ist, hat der Herr Kriegsminister die Verpflichtung, den Wünschen der Spandauer Arbeiterschaft, die durch den schlichten Mann vorgetragen sind, voll und ganz Rechnung zu tragen. (Erneute Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.)

Abg. Bebel (Soz.):

Auf die letzten Ausführungen des Herrn Vorredners wird mein Freund Jubel, der die Spandauer Verhältnisse kennt, genauer eingehen. Der Herr Abgeordnete kommt, wie mir scheint, etwas zu spät zu der Erkenntnis, daß er der schlichte Mann aus der Werkstätte ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er kann nicht behaupten, daß er von der Majorität der Spandauer Arbeiterschaft gewählt sei. Was ihm sein Mandat verschafft hat, war lediglich die ländliche Bevölkerung in dem großen Kreise. Ob es ihm auch das nächste Mal gelingen wird, in den Reichstag zu kommen, wird sich ja in einigen Monaten entscheiden.

Ich habe eine Anfrage an den Herrn Kriegsminister zu richten. Seit geraumer Zeit wird in den verschiedensten Organen der Presse davon gesprochen, daß wieder eine Umwandlung oder gänzliche Neubewaffung der Feldartillerie-Geschütze bevorstehe. Sie haben bestimmtlich eine Neubewaffung von Feldartillerie-Geschützen in den Jahren 1896 bis 1898 vorgenommen, die etwa 140 Mill. Mark kostete. Damals wurde und dargelegt, daß diese Feldartillerie-Bewaffung für einen Kriegsfall ganz ungenügend ist. Gleich darauf sind dann die Franzosen mit einer Neubewaffung ihrer Artillerie vorgegangen und haben ein Geschütz eingeführt, das nach dem allgemeinen Urteil der Sachverständigen sich als wesentlich besser herausstellte, wie das damals eben eingeführte neue deutsche Geschütz. Damals wurde in der Presse behauptet, daß in dem Augenblick, als die Frage der Neubewaffung der Feldartillerie in den Kreisen der Militärverwaltung ventiliert worden sei, bereits bei Krupp die neuen Feldartillerie-Geschütze, die später die französische Armee acceptierte, in Vorbereitung gewesen seien und daß die Firma Krupp, als sie von der Artillerieverwaltung hörte, diese Vorbereitungen eingestellt habe, um so rasch wie möglich die deutsche Bestellung zur Ausführung zu bringen, die ihr zu den bekannten außerordentlich hohen Preisen übergeben wurde. Wie dem auch sei, Thatsache ist, daß die französische Artillerie in den Weg des sogen. Rohrrücklauf-Geschützes und der sogen. Schussföhle kam, die die Bedienungsmannschaft gegen Kleingewehrfeuer sehr gut schützt. Nun ist, wie gesagt, die deutsche Militärverwaltung wieder der Meinung, daß die 1898 eingeführte Bewaffung den modernen Ansprüchen nicht genüge.

In einem Telegramm aus Essen vom vorigen Monat wird auch bereits davon gesprochen, daß neue Feldgeschütze mit Schussföhlen in Arbeit sind. Soviel ich weiß, ist darüber der Budget-Kommission keinerlei Mitteilung gemacht worden. Um so notwendiger ist es, daß wir heute darüber Aufklärung erhalten. In dem betreffenden Telegramm heißt es weiter, daß zunächst nur geringere Kosten erwachsen, daß aber allmählich ganz neue Geschütze hergestellt würden. Das scheint sich auf die Prehmittelungen zu beziehen, wonach zunächst behauptet wurde, die Neubewaffung unserer Feldgeschütze werde ca. 30 Millionen in Anspruch nehmen, während später die Kosten auf nur ca. 10 Millionen angegeben wurden.

Bestärkt werde ich in der Auffassung, daß das gegenwärtige Feldartillerie-Geschütz den Anforderungen nicht genügt, dadurch, daß nach einer Mitteilung im heutigen „Vorwärts“ General v. Loebell mit großer Lebhaftigkeit für eine Neubewaffung unserer Artillerie eingetreten ist. 1890 wurde uns in der Budgetkommission gesagt, daß die Franzosen bereits voraus seien, und nachher stellte ich heraus, daß die Franzosen erst später das neue Geschütz einführen, ein Geschütz, das wir nun gleichfalls einführen sollen, weil das gegenwärtige nicht genügt. Bei dieser wichtigen Frage scheint wieder einmal die beliebte Pflanzlichkeit eine entscheidende Rolle gespielt zu haben. In demselben Augenblick, wo man zu der Einsicht kam, eine Neubewaffung unserer Artillerie sei notwendig, ging man sogleich mit aller Schnelligkeit an die Ausführung dieses Planes, und der Reichstag, der ja leider in seiner Mehrheit keine Sachverständigen für diese Fragen besitzt — die, die er vielleicht besitzt, haben kein Interesse daran, rüchaltlos die Wahr-

heit zu fagen — hat sich mit großer Mehrheit für diese Pläne der Militärverwaltung erklärt.

In der Budgetkommission, der ich aus persönlichen Gründen diesmal nicht angehören konnte, hat nach Zeitungsnachrichten der Abg. Müller-Zulda über das Verhältnis der Militärverwaltung zur Firma Krupp gesprochen und geäußert, er habe den Eindruck empfunden, daß die Firma Krupp von der Militärverwaltung viel zu sehr begünstigt werde. Dadurch, daß es gelungen sei, für einzelne Fabrikate Konkurrenz zu schaffen, hätten die Preise für bestimmte Lieferungen von 44 auf 24 Millionen herabgedrückt werden können. Wenn das Deutsche Reich früher solche Wucherpreise bezahlt hat, so ist es von der Firma Krupp ganz gehörig übers Ohr geschlagen worden. Bei solchen Preisen kann man natürlich leicht ein paar Millionen für die sogenannten Wohlfahrtsbeiträge hergeben, über die neuerdings in der bürgerlichen Presse fabelhafte Erhebungen zu lesen sind. Für solche Streiche ist es auch sehr leicht, patriotisch zu sein und Scheinbar aus Opferwilligkeit für alle Militär- und Marineforderungen einzutreten, an denen man selbst so ungeheuren Profit macht, wie es hier der Fall ist.

Schon am 19. Februar 1896 habe ich im Reichstag in der nachdrücklichsten Weise auf das Verhältnis des sogenannten Pulver-Ringes zur Militärverwaltung hingewiesen. Zu diesem Ringe, dem eine ganze Reihe von Munitions-, Geschütz- und Sprengstoff-Fabriken angehört, gehörte auch die Waffenfabrik von Ludwig Löwe. Es ist besonders charakteristisch, wie solche Etablissements es stets verstanden haben, um sich den nötigen Einfluß zu sichern, Personen aus der Reichsverwaltung selbst an ihre Spitze zu bringen, denen sie dann ungeheure Gehälter zahlen. So war der gegenwärtige preussische Eisenbahnminister Sudde Direktor bei Ludwig Löwe. Es ist mir dann zugefallen, gegenwärtig sei sein Schwieger-sohn Direktor. Das weiß ich nicht. Bei der Firma Krupp ist, seitdem sie in eine Aktiengesellschaft umgewandelt ist, der frühere preussische Eisenbahnminister v. Thielen Vorsitzender des Aufsichtsrats geworden. Ich spreche keinerlei Verdächtigungen gegen diese Personen aus, aber ich konstatiere, daß man es in den Kreisen unserer Groß-industrie meisterhaft verstanden hat, Leute an die Spitze zu bringen, die nach ihrer ganzen früheren Stellung selbstverständlich einen großen persönlichen Einfluß auf gewisse Kreise in der Reichsverwaltung ausüben, so daß jene Industriellen von vornherein eine gewisse Gewähr dafür haben, daß ihnen der bisherige Stand auch in Zukunft verbleibt. Zum Pulverring gehörte u. a. auch die Firma Friedrich Krupp. Ich war damals in der Lage, die genauen Profite dieses Ringes vorzuführen und Ihnen nachzuweisen, welche lächerlichen Summen die Aufsichtsräte alljährlich in die Taschen steckten. Ich habe weiter nachgewiesen, daß, wenn die kolossalen Profite der Aktionäre noch außer hin unliebames Aufsehen erregen müßten, man zu dem beliebigen Mittel der sogenannten „Verbesserung der Aktien“ überging, d. h. das Aktienkapital, das sich ja in seiner Gesamtheit in festen Händen befindet, wird etwa von 3 auf 6 Millionen hinausgehoben. Aber die Herren haben deswegen nicht etwa neue 3 Millionen einzufordern, nein, sie bekommen neue Aktien, ohne auch nur einen Fennig einzuzahlen. Auf diese Weise sinkt die Dividende von etwa 30—40 Proz. auf 15—20 Proz., und nach außen hin wird der Eindruck eines Rücklassens des Gewinnes erweckt. Dies Manöver ist im Laufe des Bestehens des Pulverringes wiederholt ausgeführt worden. Es wird außerordentlich schwer, wenn nicht unmöglich, sich diesem kapitalistischen Vorgehen zu entziehen; ob die neue Kartellensysteme das Ei des Columbus entdecken wird, scheint mir auch recht zweifelhaft. Es kommt hinzu, daß alle diejenigen, die bei solchen Unternehmungen interessiert sind, einen außerordentlich großen sozialen und auch politischen Einfluß auf die Parlamente ausüben und daß ihnen große einflussreiche Beiräte zur Verfügung stehen, die jede Forderung auf Neubewaffung mit der Toga des Patriotismus umgeben.

Trotzdem steht fest, daß das Deutsche Reich sein Artilleriematerial außerordentlich teuer hat bezahlen müssen; ich hoffe, daß es die Zeitungen wird, in Zukunft zu günstigeren Bedingungen abzuschließen.

Was die Neubewaffung der Artillerie anlangt, so wird der Herr Kriegsminister nach der citierten Äußerung des Generals von Loebell nicht umhin können, auch hierüber dem Reichstag Aufklärung zu geben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Gohler:

Man merkt, daß Herr Bebel der Budgetkommission nicht beigewohnt hat, dort sind seine weissen Fragen längst beantwortet worden. Man war sich einig darüber, daß die Dinge zum Teil vertraulicher Natur seien und nicht in die Zeitungen kommen sollten. Wenn Herr Bebel aus den Zeitungsberichten über die Sitzungen der Budgetkommission seine Angaben geschöpft hat, dann ist er falsch orientiert. (Abg. Singer: Ich bitte ums Wort!) Herr Bebel hat uns Blödsinn und Unbedachtlichkeit der Entschiedenheit in Bezug auf die Neubewaffung der Artillerie vorgeworfen. Sein Gedächtnis muß sehr kurz sein, sonst könnte er wissen, daß wir viele Jahre probiert und studiert haben, ehe wir die Neubewaffung einführen. Mit welchem Geschältsmaterial sind wir vollkommen zufrieden. Wenn Herr Bebel Zeitungsmeldungen mehr glaubt als uns, so ist ihm nicht zu helfen. Es ist wunderbar, heute morgen las auch ich von dem Vortrag des Herrn v. Loebell, den ich nicht näher kenne, und heute bereits trägt Herr Bebel ihn als feststehende Thatsache vor. Was sind das für Unterlagen. (Abg. Bebel: Ich bitte ums Wort!) Ein neues Geschütz kommt überhaupt nicht in Frage; es sind nur Versuche angeordnet mit optischen Leffetten. Weitere Mitteilungen darüber halte ich der Öffentlichkeit gegenüber nicht für angemessen. Der Abg. Bebel hat von einer bestimmten Firma gesprochen und ihr Vertrag vorgeworfen. Er kann damit nur die Firma Krupp gemeint haben. Ich bespreche, daß es überhaupt niemals in Frage kommen kann, daß eine solche Firma bestraft. (Sehr richtig! rechts.) Herr Bebel verfährt die ungenügenden Bedürfnisse, die sich die Firma in Deutschland und seine Wehrkraft erworben hat. (Sehr richtig! rechts.) Es hat mich überaus, daß bei der Beratung des sächsischen Etats in der Budgetkommission plötzlich Zahlen aufgetaucht sind, die mir gänzlich unbekannt sind und die mir von den Agenten einer bestimmten Firma einem Abgeordneten gegeben sein können. (Hört! hört! rechts.) Ich bespreche (mit erregter Stimme), daß diese Zahlen richtig sind. Der Mann soll mit seinem Namen hervortreten und mir die Zahlen geben, dann werde ich ihn verantwortlich machen. Hinter dem Rücken des Reichstags und der Verwaltung mit solchen Zahlen zu kommen, das ist eine Unredlichkeit. (Sehr richtig! rechts.) Daraus geht für mich hervor, daß die größte Zurückhaltung notwendig ist im Verkehr mit derartigen Firmen. Ich habe aus der Rede des Herrn Bebel entnommen, daß er einen unbefangenen Verdacht geäußert hat. Er hat gesagt, der Firma Krupp seien Millionen in die Hand gespielt worden. Wie will er das beweisen. Die Preise sind einfach deshalb niedriger geworden, weil inzwischen technische Erfindungen gemacht worden sind, die die Herstellungs-kosten verringert haben. (Unruhe links.) Wie der Abg. Bebel da von Vertrag reden kann, muß ich seinem eignen Urteil überlassen. Seit morgen sind ähnliche Dinge wieder in der Budgetkommission zur Sprache gekommen. Vielleicht hat Herr Bebel die Güte, seine Behauptungen dranhin in einer Zeitung zu wiederholen. (Abg. Bebel: Hier ist der Ort dazu! Präsident Graf Ballestrem: Haben Sie doch Geduld, Herr Bebel, Sie sind ja schon zum Wort gemeldet. (Heiterkeit.) Die Idee der freien Konkurrenz, für die sich die Kommission ausgesprochen hat, ist ja wunderbar. Aber die Folge der freien Konkurrenz ist gerade die Ringbildung. Hat man keinen Lieferanten, der dauernd liefert, dann einigen sich die Fabrikanten, um die Preise zu halten. Der Staat kann solche Allianzen nicht einrichten, weil er keine Preisunterstützung annehmen kann. Ich sage nur soviel, wir hätten die Krüge nicht gewonnen ohne die Firma Krupp. Sie kann verlangen, daß wir sie

dauernd beschäftigen, weil sie ganz Vorzügliches liefert. Das kann ich von andern Fabriken nicht sagen. Wir haben mit dem Pulverring ein etwas zu thun gehabt. Wir bestellen uns ganz kleine Mengen beim Pulverring, um ihn leistungsfähig der Konkurrenz des Auslandes gegenüber zu erhalten. Für die Weiblichen Angriffe lag nicht der geringste Anlaß vor, die Beschuldigungen, die er ausgesprochen hat, fallen auf ihn zurück. (Bravo! rechts.)

Abg. Singer (Soz.):

Der Kriegsminister hat meinem Freunde Bebel vorgeworfen, er hätte hier Dinge zur Sprache gebracht, die in der Kommission als vertraulich bezeichnet seien. Dagegen erhebe ich Widerspruch. Was in der Kommission als vertraulich bezeichnet worden ist, hat Bebel hier nicht berührt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Was er angeführt hat, war der Presse entnommen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wenn sich aber jemand der Handlung schuldig gemacht hat, hier etwas mitzuteilen, was in der Kommission als vertraulich bezeichnet worden ist, dann wäre es der Kriegsminister selbst. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Er hat jetzt hier Mitteilungen gemacht, die er in der Kommission als nicht für die Öffentlichkeit geeignet bezeichnet hat. Ich lege Wert auf diese Feststellung, weil der Kriegsminister offenbar den Eindruck erwecken wollte, als seien wir es, die vertrauliche Dinge in der Öffentlichkeit besprechen. Wir sind allerdings der Meinung, daß in gewissen Dingen eine Geheimnisthümerei nicht angebracht ist. Es wäre denkbar, daß wir einmal Widerspruch erheben müßten, wenn die Kommission Dinge als vertraulich bezeichnen wollte, deren öffentliche Erörterung wir für notwendig halten. In solchen Fällen würden wir aber unsere Absicht von vornherein in der Kommission ausdrücken. Die Fälle, die von der Kommission als vertraulich bezeichnet und angenommen sind, ohne daß wir Widerspruch dagegen erhoben haben, werden von uns so behandelt, wie es beschlossen worden ist. Wir haben über derartige vertrauliche Verhandlungen nie etwas in die Öffentlichkeit gebracht. Die Worte des Herrn Kriegsministers geben die Möglichkeit, diesen Eindruck zu erwecken, wenn sie auch nicht die Absicht hatten. (Zuruf bei den Socialdemokraten: O doch!) Jetzt, wo der Kriegsminister die Sache selbst zur Sprache gebracht hat, können auch wir näher darauf eingehen. Der Kriegsminister hat heute erklärt, daß die Veränderung der Technik zu einer Herabsetzung der Preise geführt hat. In der Kommission aber hat er erklärt, daß die Konkurrenz den Preisdruck herbeigeführt habe. (Hört! hört! und Bewegung.) Das hört sich etwas anders an. Herr v. Goltz verwarpte sich gegen die Angriffe auf Firmen, die ihr Monopol benutzen, um das Reich zu teuer zu bedienen. Aber die Herren vom Centrum, von den Konservativen und von den Nationalliberalen haben in der Kommission genau dieselbe Auffassung vertreten wie Bebel heute. (Hört! hört! links.) Die Kommission war einstimmig der Ansicht, daß die Militärverwaltung diesen Kartellen, diesen Ringen zum Opfer gefallen sei und daß es hohe Zeit sei, durch Eingreifen des Reichstages diesem Schreyen ein Ende zu machen. Der Kriegsminister hat selbst seine Zustimmung dazu gegeben; dann sieht es ihm aber besonders schlecht an, durch solche Reden die wirklichen Thatfachen zu verwischen. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Kriegsminister von Goltz:

Durch die Ausführungen des Abg. Singer ist meine Behauptung erwiesen worden, daß Herr Bebel hier Dinge zur Sprache gebracht hat, die er infolge seiner Nichtteilnahme an den Verhandlungen der Budgetkommission nicht kennen konnte. Herr Bebel war also nicht orientiert und hat nicht orientiert hier diese Dinge erzählt. Mich mit Herrn Singer auseinanderzusetzen, ist nicht meine Aufgabe.

Abg. Bebel (Soz.):

Es ist nicht das erste Mal, daß der Kriegsminister, wenn ich rede, in einen Zustand nervöser Ueberreizung gerät, daß er nicht mehr genau hört, was ich gesagt habe. Ich konstatiere, daß ich von keinem Mitgliede der Budgetkommission irgend welche Mitteilungen erhalten habe, sondern nur auf Zeitungsnachrichten gestützt gesprochen habe. Seit vielen Jahren sind in der Budgetkommission die wichtigsten Dinge den Mitgliedern anvertraut worden und nach keiner Richtung ist von mir oder einem meiner Parteigenossen das Vertrauen gebrochen worden. Die Zahlen, die ich angab, standen in den Zeitungen und sie sind vom Kriegsminister nicht bestritten worden. Der Kriegsminister sagte nur, bei dem sächsischen Etat sei von den Preisen die Rede gewesen und die Ziffern müßten den betreffenden Mitgliedern der Kommission von dem Agenten einer andern Firma mitgeteilt worden sein. In der Presse ist aber gerade die Firma Krupp mit diesen Zahlen in Verbindung gebracht worden und deshalb habe auch ich die Firma Krupp genannt. Jetzt kommt der Kriegsminister mit der großen stillosen Entrüstung. Kennt er denn die Verhandlungen über den Marine-Etat so wenig, daß er nicht weiß, daß vor einigen Jahren in der Budgetkommission die Thatfache eruiert worden ist, daß die Firma Krupp für die Tonne Panzerplatten 4-500 Mark von der deutschen Marine mehr als von der amerikanischen genommen hat? Wenn das patriotisch sein soll, wenn das Verfahren vom Kriegsminister gebilligt werden sollte, dann bedaure ich das lebhaft. (Sehr richtig! bei den Socialdem.) Damals ist von der Kommission eine Resolution gefaßt worden, die der Regierung den Gedanken nahelegte, selbständig mit der Fabrikation dieser Platten vorzugehen, und infolge der damaligen Besprechungen sind dann 40 Millionen erspart worden. Nach dieser Thatfache sollte ein preussischer Kriegsminister sich doch hüten, für eine Firma so warm einzutreten, wie es Herr v. Goltz gethan hat. Die Herren, die mit dem Reich Geschäfte gemacht haben, haben sich immer in ausgezeichnete Weise auf ihren Vorteil verlassen. Der Kriegsminister hat infolge seiner Verkostung wirklich gar nicht gehört, was ich gesagt habe. Ich habe ihn und seine Verwaltung in Schutz genommen. (Der Kriegsminister lacht. Große Heiterkeit.) Ja wohl, ich habe gesagt, die Militärverwaltung ist das Opfer dieser Monopolform. Sie könnte sich aus ihren Fesseln nicht befreien. Die Behauptung des Kriegsministers, ich hätte den Pulverring heute zum zweitenmal erwidert, ist ebenso leer wie unbewiesen. Ich habe ausdrücklich auf meine Rede im Jahre 1896 Bezug genommen, in der ich das Verfahren des Pulverringes bloßgelegt habe. Eine Erklärung hatte damals die Rede. Ein hochangesehenes Mitglied der nationalliberalen Partei sagte mir, Herr Bebel, nach Ihrer heutigen Rede habe ich meine Pulverring-Aktien verkauft. (Große Heiterkeit.) Leider war das voreilig, denn meine Rede hat nichts gemüht; der Pulverring hat seine Andeutung fortgesetzt. Nebenbei handelt es sich nicht nur um Pulver, auch Sprengmittel bezieht die Militärverwaltung vom Ring. Sie ist also von ihm in höherem Grade abhängig, als vorher der Kriegsminister zugeben wollte. Interessant war mir die Aeußerung des Kriegsministers, ohne Krupp hätten wir 1870 nicht siegt. Wenn diese Firma so am Bestehen des Deutschen Reiches beteiligt ist, dann kann man ja das warme Eintreten des Kriegsministers einigermaßen begreifen. (Heiterkeit links.) Ich habe nicht den geringsten Verdacht, daß der Kriegsminister persönlich der Firma Krupp größere Vorteile zubilligt, als er sie für richtig hält. Wenn wir ein derartiges Vertrauen haben sollten, wäre es schon weit gekommen. Dazu liegt aber nicht die mindeste Veranlassung vor. Mit dieser Erklärung hoffe ich zu erreichen, daß nun auch der Kriegsminister persönliche Verdächtigungen gegen mich unterläßt. Zeitlicher und Mißverständnisse können vorkommen, diese geben aber keinen Grund zu persönlichen Verdächtigungen. (Sehr richtig! links.) Mir ist es um nichts andres zu thun, als um aufklärend zu wirken. Ueber die Dinge, die ich erzählt habe, ist in der Kommission kein Geheimnis proklamiert worden. Solche wichtigen Fragen hätten deshalb schon vom Referenten besprochen werden müssen. Wenn irgend eine Besserung erzielt werden kann, dann kann es nur geschehen, wenn die Dinge hier vor dem ganzen Volke erörtert und beim rechten Namen genannt werden. Ich muß die Zustimmung zurückweisen, daß ich das, was ich hier sage, außerhalb des Hauses wiederholen soll. Wir sind hierher geschickt worden,

um diese Dinge hier unter dem Schutze der Immunität zu besprechen. Der Minister sagte, der General Loebell sei ihm unbekannt. Ist das nicht derselbe Herr, der die Jahresberichte über die Fortschritte in der Waffentechnik herausgibt? (Kriegsminister: Das ist sein Bruder.) Also kennen Sie doch den Bruder! (Große Heiterkeit.) Ich konstatiere also, daß der General Loebell, der Bruder des Herausgebers der Jahresberichte für Waffentechnik, den Vortrag über die Neu-Ausrüstung der Artillerie gehalten hat, daß also diese Frage in hohen Offizierskreisen lebhaft ventilert wird. (Lebhafte Beifall links.) Kriegsminister v. Goltz: Ich muß den Herren Socialdemokraten zugeben, daß das Vertrauen, das ich von ihnen in der Budgetkommission verlangt habe, niemals getäuscht worden ist. Diese Erklärung bin ich den Herren schuldig und dafür bin ich ihnen dankbar. (Bravo!) Andererseits habe ich, gestützt auf dieses Vertrauen, stets mich über die Dinge so eingehend ausgesprochen, daß jeder im Stande war, meine Ansicht und die Begründung der Etatsforderungen zu lernen. So ist es gelungen, eine Einigung über alle schwierigen Fragen in der Budgetkommission zu erzielen. — Wenn weiter Herr Bebel seine Immunität als Abgeordneter in dieser Weise anwendet, so ist das seine Sache. Ich andererseits bin nicht Abgeordneter und bin verpflichtet, Behörden und andre, mit denen ich in Verbindung stehe und die außerhalb dieses Hauses sind, zu schützen. Herr Bebel wird mir recht geben, es wäre freigeit, wenn ich es nicht thäte. — Die Nachricht über die Firma Krupp, daß sie ein Geschäft für Frankreich bereit gestellt hätte, ist vollständig unrichtig.

Abg. Müller-Pulda (C., auf der Tribüne fast unverständlich): Bei dem jetzt in Frage stehenden Kapitel ist die Leberverteilung der Militärverwaltung nicht zur Sprache gekommen, sondern erst, wie der Kriegsminister richtig gesagt hat, beim sächsischen Etat. — Wenn der Herr Kriegsminister sagte, die Zahlen in der Kommission seien unrichtig gewesen, so bedaure ich, daß er die einzelnen Zahlen, wie die Preise für Geschosse durch die Konkurrenz allmählich reduziert worden sind, nicht schon in der Kommission bestritten hat. Die Sache wird ja bei dem betreffenden Titel noch näher besprochen werden.

Kriegsminister v. Goltz: Bei der Verhandlung in der Budgetkommission hatten mehrere Mitglieder Zettel mit Zahlen in der Hand. Ich habe sie nicht erhalten. Wir kennen die Zahlen dienstlich nicht, darin liegt die Schwierigkeit für uns sie zu beurteilen.

Abg. Bebel (Soz.):

Der Kriegsminister hat selbst zugegeben, daß er die Zahlen in der Kommission nicht widerlegt hat. Warum das nicht geschehen ist, weiß ich nicht. Ich habe nicht gesagt, daß gerade bei diesem Kapitel die betreffenden Erörterungen in der Kommission stattgefunden hätten; ich habe das allerdings angenommen. Nach den Erklärungen des Abg. Müller-Pulda nehme ich meinen Vortwurf gegen den Referenten zurück, daß er uns bei diesem Kapitel nicht von den Verhandlungen in der Kommission Mitteilung gemacht habe. Warum der Kriegsminister besondere Bekanntschaft haben soll, die erhobenen Angriffe gegen bestimmte Firmen zurückzuweisen, sehe ich nicht ein, um so mehr als ich seiner Zeit nachgewiesen habe, daß die Firma Krupp ihre Panzerplatten billiger an das Ausland verkauft als an die deutsche Regierung.

Der Kriegsminister meinte irtümlich, ich hätte gesagt, Krupp habe ein Geschäft für Frankreich zu liefern gehabt, und als die deutsche Bestellung gekommen sei, habe er dies Geschäft gewissermaßen zurückgestellt. Ich habe aber in Wirklichkeit gesagt, daß, als die deutsche Bestellung bei Krupp eintraf, dieser bereits ein neues Geschäft in der Ausführung gehabt, das den späteren Nachtragsauf-Geschäften entsprach und daß Krupp von diesen neuen Geschäften der Militärverwaltung zunächst keine Mitteilung gemacht habe. Es liegt wirklich kein Anlaß vor, in dieser entzweiten Weise die Firma Krupp in Schutz zu nehmen. Die Summen, die die Inhaber, die Aufsichtsräte, die Direktoren und Aktionäre in die Taschen stecken, zeigen doch, wie gut diese Leute es verstehen, ihren Patriotismus mit Internationalität zu vereinen: sie liefern ihre Geschäfte an Freund und Feind. Daß die Firma Krupp seiner Zeit an China Geschäfte geliefert hat, haben die Deutschen bei der Erfüllung der Takuforts erfahren. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Berichterstatler Abg. Graf Koon (L.): Nachdem Herr Bebel seinen Vorwurf gegen den Referenten zurückgenommen hat, brauche ich ihn nicht noch zurückzuweisen. Ihn würde das nicht passieren, wenn er seinen beweisenden Eifer etwas mehr gezügelt hätte bis zu der Beratung über die betreffende Position. Er hätte vielleicht die ganze Beratung hier nicht begonnen, wenn er Mitglied der Kommission gewesen wäre oder die Berichte genauer gelesen hätte. Der Kriegsminister hat schon in der Kommission erklärt, das Heruntergehen der Preise sei in den letzten Jahren durch die Fortschritte der Technik ermöglicht worden. Dadurch hätten die Konkurrenzfabriken in letzter Zeit billiger liefern können, als die Kruppische Fabrik seiner Zeit geliefert habe.

Das Kapitel wird bewilligt. Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom Dienstag, den 10. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Studt. Die zweite Lesung des Kultusetats wird fortgesetzt beim Titel „Ministerrath“.

Abg. Frhr. v. Jeditz (St.):

Ich gebe dem Abg. Dr. v. Heydebrand darin recht, daß gegenwärtig in Preußen die Katholiken besser behandelt werden als die Protestanten. In weiten Kreisen der Verwaltung besonders ist die Ansicht verbreitet, daß bei der Besetzung höherer Beamtenstellen, zumal solcher, die weithin in die Augen fallen, ein katholischer Kandidat den Vorzug erhält vor dem evangelischen. Große Beunruhigung hat in evangelischen Kreisen auch die Nachgiebigkeit erregt, die die Reichs-Regierung gegenüber dem Centrum mit der Aufhebung des § 2 des Jesuiten-Verweises bekundet hat. Für die Besetzung unserer Beamtenstellen dürfen nur sachliche, nicht konfessionelle oder politische Gesichtspunkte maßgebend sein. Das Centrum aber verfolgt heute teilweise sehr die Tendenz, an den Grundlagen des konfessionellen Friedens zu rütteln. Eine Herrschaft der Kirche über die Schulen können wir in keiner Weise anerkennen. Der Staat geht heute bereits an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gegenüber der Kirche; ein Darüberhinaus würde einen neuen Kulturkampf entfesseln. Im letzteren Fall hat der Ministerpräsident die uns gegebene Zusage voll eingelöst. Bischof Korum hat einen völligen Rückzug antreten müssen, den er durch die Fassung des neuen Kanzel-erlasses gegenüber seiner Diözese nur notdürftig verdeckt und bemäntelt hat. Wichtiger aber als die Betonung der Gegenseitigkeit zwischen Katholiken und Protestanten ist der gemeinsame Kampf aller christlichen Staatsbürger gegen die naturalistische Weltanschauung der Gegenwart! (Beifall rechts.)

Abg. Hund (fr. Sp.):

Die gestrige Rede des Abg. Dr. v. Heydebrand gegen den „Anglauben“ schien sich in erster Linie gegen die Socialdemokratie zu richten. Diese Partei aber erklärt die Religion für Privatangelegenheit; das ist nicht Unglauben. Wenn Sie „Anglauben“ in dem weiteren Sinne des Mangels an Idealen nehmen, so werden Sie und in dem Kampfe gegen den Unglauben stets an Ihrer Seite finden. Nach meiner Ansicht ist aber die Freiheit des Glaubens unvereinbar sowohl mit der katholischen wie auch der evangelischen Orthodoxie. Konfessionelle Schulen führen nicht zur Freiheit des Glaubens, sondern zur Verschärfung des Glaubenskampfes. Das Centrum aber will die Herrschaft über die Schule. (Sehr richtig! links.) Wir verlangen deshalb paritätische Schulen. Man erziehe die Jugend zu höherem Schönheits-sinn, man führe sie tiefer ein in die Kultur- und Kunstgeschichte, in die Welt der klassischen Literaturen, und man wird ihr jenen

Glauben geben, aus dem die wahre freie Sittlichkeit erwächst. (Beifall links.)

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte gegen das Centrum und die freisinnige Volkspartei angenommen. Der Titel „Minister“ wird bewilligt.

Im Tit. 3 des Kap. 100 beantragt die Budgetkommission dem von der Regierung neu geforderten Betrag von 8000 M. für einen Generalinspektor der Reformschulen im Nebenamt zu streichen, dagegen in Tit. 11 provisorisch eine Remuneration von 3000 M. für einen sachverständigen Beirat bei der Inspektion der Reformschulen neu einzusetzen.

Nach längerer Diskussion wird der Kommissionsantrag angenommen.

Beim Kapitel „Konfessionen“ erörtert

Abg. Schall (L.) den Mangel an theologischem Nachwuchs. Er führt diesen Mangel u. a. darauf zurück, daß auf den Universitäten Zwiespalt in die Seele der jungen Leute gesät wird, die sich der Theologie widmen wollen. Wenn zum Beispiel der Glaube an die persönliche Offenbarung Gottes als der größte menschliche Irrtum bezeichnet wird, so kann man uns wirklich nicht zwingen, dem beizutreten. Religion ist die bewußte Bethätigung der Gemeinschaft mit Gott. Ich möchte die Regierung fragen, ob sie auf den Universitäten nicht mehr Vertreter der positiven Richtung berufen möchte. Ein weiterer Grund für den Mangel an Theologie Studierenden liegt auch an den schlechten materiellen Verhältnissen, in denen die Faktoren sich befinden. Es existiert jetzt beinahe ein Pastorenproletariat. (Als Redner weiter auf die Besoldungsfrage eingegangen, wird er vom Vicepräsidenten Freiherrn v. Seeroman zur Sache gerufen.)

Ministerialdirektor Althoff: Der Rückgang des theologischen Nachwuchses ist jetzt Thatsache. Der Andrang war früher so groß, daß die Anstellungsverhältnisse sich verschlechtert haben. Die liberalen Professoren sind an dem Rückgang sicher nicht schuld, denn in den achtziger Jahren war die positive Richtung noch geringer vertreten und der Andrang von Studierenden war viel stärker. Jetzt, wo sich die Anstellungsverhältnisse wieder verbessert haben, wird sich der Nachwuchs auch wieder heben.

Abg. Hadenberg (nat.): Die äußere Lage der Geisteslichen entspricht nicht den gegenwärtigen Lebensverhältnissen. Trotzdem möchte ich aber nicht, daß die evangelischen Geisteslichen immer nur ihre Stellung mit den andern Beamten nach Gehalt und äußeren Verhältnissen vergleichen. Der schönste Lohn ist die Befriedigung im Berufe. Die Zuhörerschaft bei den theologischen Fakultäten, die aus positiven kirchlichen Standpunkt stehen, ist, wie die Statistik zeigt, stärker zurückgegangen als bei andern freieren Fakultäten. Herr Schall hat auf die Vorträge über Bibel und Bebel angespielt. Das Kuffehen und die Aufregung, die sie hervorgerufen haben, waren nicht durch ihren Inhalt, sondern durch den Zuhörerkreis, vor dem sie gehalten wurden, bedingt. (Sehr wahr! links.) Ich stehe auf dem Boden des Evangeliums und der Reformation. Ich gebe keine Definition des Wortes Glauben. Ich sage Glaube und Wissen sind zwei völlig verschiedene Gebiete und darum giebt es keine Wissenschaft, die den Glauben fördert und keine Wissenschaft, die ihn untergräbt. Wir stehen auf dem Boden der vollen Freiheit der Wissenschaft, da sich die Wissenschaft, wenn sie irrt, sich selbst korrigiert und fortentwickelt. Glaube und Unglaube sind gewiß große Gegensätze. Aber die, die hier erklärt haben, daß sie sich auf dem Boden des Glaubens zusammenfinden wollen, sie würden sehr bald auseinander stehen, wenn sie sich gegenseitig sagen wollten, was jeder von ihnen unter Glauben versteht!

Beim Kapitel „Bisümer“ tritt Abg. Frhr. v. Gynatten (C.) für konfessionelle Friedhöfe ein.

Das Kapitel wird nach unerheblicher Debatte bewilligt. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Etat der Lotterieverwaltung, des Staatsarchivs, Fortsetzung der heutigen Beratung.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Dem Gedächtnisse von Karl Marx

Ist die soeben erschienene Nr. 23 der „Neuen Zeit“ gewidmet. Der Leitartikel würdigt das Genie des großen Laten und giebt außerdem eine interessante Erinnerung aus seinen Schicksalen als Schriftsteller, die buchhändlerische Anzeige der geplanten Sammelausgabe seiner Jugendarbeiten, die aus dem Verlage des „roten Weder“, des späteren Oberbürgermeisters, hervorgegangen war. Der Verlag ging zu Grunde, nachdem das erste Heft der angekündigten Ausgabe erschienen war.

Karl Kautsky veröffentlicht eine bisher ungedruckte „Einleitung zu einer Kritik der politischen Oekonomie“ von Karl Marx aus dessen nachgelassenen Papieren. „Drei Krisen des Marxismus“ von A. ist dem Kampfe um die von Marx entwickelten Theorien gewidmet, wozu auch die Fortsetzung der von A. Kautsky in der vorigen Nummer begonnenen Kritik an Davids Agrartheorie zu rechnen ist.

F. A. Sorge schildert aus persönlichen Erinnerungen den Charakter von Marx. Er veröffentlicht dabei ein interessantes Schriftstück, eine Erklärung von G. Weydemeyer, Adolf C. U. H. und Dr. A. Jacobi, datiert New York, 7. November 1853, die zur Abwehr der gegen Marx ausgebreiteten Verleumdungen verfaßt wurde und darlegt, welche persönlichen Opfer Marx seiner Ueberzeugung gebracht hat. Einige Stellen daraus sollen auch hier ihren Platz finden.

„Marx, wie jeder weiß, hat nie das Publikum auch nur mit einer Zeile über seine persönlichen Opfer für die Revolution gelangweilt. Im Gegenteil, nichts würde ihr mehr empört haben, als des Spießbürgers jalones Mitleid. Aber wenn es nötig ist, gegenüber der crapule, dem Spießbürger und dem verkommenen Bummel, so schadet es, unserer Ansicht nach, der Sache, und wir brechen das Schweigen.“

Marx und Engels haben von 1843 bis heute gratis gearbeitet für die „New Moral World“ von Owen, für den „Northern Star“ von O'Connor, für die „Democratic Review“, „Republican“ und „Friend of the People“ von Harney, für die „Notes to the people“ und „People's Popen“ von Jones, für die „Reforms“ in Paris (vor der Revolution) und für eine Anzahl Journale in Belgien und Paris („Deutsche Brüsseler Zeitung“ von Bornstedt, „Atelier“ etc.). Sie jagen immer vor, auf die wirklich revolutionäre Partei jedes Landes anonym zu wirken, wirklichen Einfluß statt des Namens des Einflusses zu haben. ... Flocon, Mitglied der provisorischen Regierung, bot beiden, in Betracht dessen, Geldmittel nach Belieben an, sie lehnten sie ab.

„Statt dessen verausgabte Marx, wie wir genau wissen, bei dem Ausbruch der Februar-Revolution ein paar Tausend Thaler von seinen eignen Mitteln teils für Bewaffnung der Arbeiter in Brüssel, wo eine Revolution bevorstand, und weswegen er, wie seine Frau, von den belgischen Behörden eingestekt wurde, einen andren Teil, um Freunde nach Deutschland zu schaffen und ihnen revolutionäre Wirksamkeit anzubahnen, einen dritten endlich für die Erhaltungsausgaben der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Für diese Zeitung und für revolutionäre Agitation in 1848/49 hat Marx circa 7000 Thaler verausgabt, teils in barem Gelde von seinem und dem Vermögen seiner Frau, teils in „geräthlichen Alten“, ausgestellt auf sein Erbteil. Wie kam es, daß die Zeitung einen großen Teil dieser Opfer auftrug? Im Anfang war die Zahl der Aktionäre groß. Als aber die Juni-Revolution ausbrach und die „Neue Rheinische“ zuerst allein Partei in Deutschland für sie ergriff, fielen die Bourgeois natürlich ab.

„Der Abfall des Kleinbürgertums kam hinzu nach Verhängung des Belagerungszustandes über Köln. Marx übernahm daher die Zeitung aus den Händen der Aktionäre als „persönliches Eigentum“, das heißt, übernahm „alle ihre Schulden und Anstände“. Die Zeitung war wieder von neuem auf dem Punkte, die Opfer zu zahlen, als sie gewaltsam unterdrückt wurde. Als Marx im Mai 1849 von einer Reise nach Hamburg zurückkam, hatte seine Frau schon vorher seinen Ausweisungsbefehl erhalten.

„Die Zeitung löste sich auf; ihr Inventar bestand 1. aus einer Dampfmaschine, 2. aus der neu eingerichteten Schere, 3. aus 1000

Thaler Abonnementgelbern auf der Post. Mary ließ alles da, um die Schulden der Zeitung zu decken. . .

„Die Köhner Verhaftungen . . . wirkten für Mary, den Mann mit der „giftigen Feder“, gegenüber den Männern mit den „guten Absichten“ etwa so:

Der polenische Parteitag bejohlo gegen Ende seiner Verhandlungen, daß die polenischen und deutschen Genossen gemeinsame politische Organisationen zu gründen haben und die beiderseitigen Parteivorstände eine Verschmelzung der beiden polenischen Parteiblätter anzustreben haben.

Als Reichstags-Kandidaten wurden in Uebereinstimmung mit den Genossen der P. P. S. aufgestellt: Stadt-Posen: Buchhändler Gogowski-Posen. Samter-Dornitz: Maurer Schulz-Posen.

Kreis-Konferenz im Reichstags-Wahlkreis Prenzlau-Angermünde. Sonntag, den 8. d. M., tagte in Schwedt a. O. eine Kreis-Konferenz, zu der die Delegierten aus Schwedt, Oberberg, Joachimsthal, Angermünde, Prenzlau und Strasburg zahlreich erschienen waren.

Sociales.

Die Löhne der Jüterthaler Weber.

Die freisinnigen Anwälte der Jüterthaler-Erdmannsdorfer Fabrik haben bestritten, daß für die Weber in dieser Fabrik Wochenlöhne von 2 bis 3 M. vorlämen.

im Reichstage nach den Angaben der Fabrikleitung mit, daß 482 erwachsene männliche Arbeiter im Durchschnitt 13,34 M., 537 weibliche 8,36 M. und 179 jugendliche 7 M. per Woche verdienen.

Ein Weber Stuhl Nr. a hatte die volle Woche vor den Weihnachtstagen ein Stück Militärhandtücher geliefert. Der Lohn für das Stück beträgt 102 Pf., mithin nach Abzug des Krankengeldes (45 Pf.) Wochenlohn sage und schreibe 57 Pf.

Der Arbeiter Stuhl Nr. a hatte am 21. Februar 1903 einen Wochenlohn von 2 M., Ebenfalls Wochenlöhne von 2 M. hatte in der Zeit vom November v. J. bis jetzt, soweit ermittelt werden konnte, ein Arbeiter auf den Stühlen c/d.

Eingegangene Druckschriften.

Von den Dokumenten des Socialismus, herausgegeben von Ed. Bernstein, Verlag J. F. B. Dieß Nachfolger in Stuttgart.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitenden (Stuttgart, Dieß Verlag), ist uns soeben die Nr. 6 des 18. Jahrganges zugegangen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1903 unter Nr. 3189) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 6. Nummer seines 20. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt heben wir die beiden farbigen Bilder „Wahlprüfung“ und „Handelvertrags-Verhandlungen mit dem neuen Zolltarif“.

Holle zu einem gleichnamigen größeren Gedicht Ernst Kreowski. Der tegliche Teil bringt die Gedichte „Es naht die Zeit“, „Kriegsluft“, „Die rote Karte“, „Der Scheiterhaufen“, „Das zermittene Licht“, von Ludwig Franz, „Wahlprüfung“, sowie außer kleineren Beiträgen die größeren Revueartikel „Wahlprüfung“ des Herrn Augustus Dauterhoff und „Die Informierte Presse“.

Thomas Hodgkin (1787-1869) par Elio Halövy. Paris 1903. Société nouvelle de librairie et d'édition (Georges Bellais).

8. Jahresbericht des Arbeiter-Sekretariats Nürnberg. Geklebstes Heft 1902. Selbstverlag des Arbeiter-Sekretariats.

Geisteskrankheiten und Rechtschutz. Von Prof. Dr. med. Kar. Fiech und Dr. jur. Ludwig Bechler. Jena 1903. Verlag von Gustav Fischer. 82 Seiten. Preis 2 M.

Die Versicherung der Mutterschaft. Aus dem Französischen des Louis Franck, Dr. Reiser und Louis Raunigle bearbeitet von Nina Carnegie Nardou. Leipzig. Herrmann Neumann Neudruck. 2 M.

Arbeiter-Sekretariat Halle a. S. Dritter Geschäftsbericht für das Jahr 1902. Bericht über das Gewerkschaftsleben und den Stand der Organisationen. Selbstverlag des Arbeiter-Sekretariats Halle a. S.

Arbeiter-Sekretariat in Lübeck. Zweiter Jahresbericht nebst Jahresbericht der Amtskommission und des Gewerkschafts-Kartells. Selbstverlag des Arbeiter-Sekretariats in Lübeck. 1903.

Arbeiter-Sekretariat Frankfurt a. M. Zweiter Jahresbericht für 1902 nebst Jahresbericht des Gewerkschafts-Sekretariats und einer Abhandlung: Das Armenwesen. Frankfurt a. M. 1903. Druck der Union-Druckerei, G. m. b. H.

Dora Volkmer. Die Fürsorge für die Handlungsgehilfen. Dresden 1903. Verlag der Jgl. Juch. Vol.-Buchhandlung G. Buchsch.

Bericht des Verbandes der Genossenschafts-Krankenkassen Wiens samt der Statistik der Krankenkassen für das Jahr 1901. Wien 1902. Verlag des Verbandes der Genossenschafts-Krankenkassen Wiens. VI. Dierchengasse 18.

Witterungsübericht vom 10. März 1903, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag u. N., Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag u. N.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 11. März 1903. Mühl und vorberstend wolky mit geringen Niederschlägen und mäßigen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

J. B. B. „Carenos“ in Basel (Schweiz). R. M. 78. Bei der Berliner Feuerweh werden jährlich gegen 20 bis 25 Feuerwehänner neu eingestellt.

Theater.

Rittwoch, den 11. März. Anfang 7 1/2 Uhr: Cyperhaus, Wignon. Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.

Deutsches. Roma Donna. Berliner. Nora. Vesting. Der blinde Passagier.

Reizend. Lutti (Loute). Welken. Der Rigeerbaron. Central. Gräfin Pevi.

Thalia. Der Camellien-Onkel. Belle-Alliance. Er. Die Dame aus Trouville.

Schiller O. (Wagner Theater.) Wohlthätige Frauen. Schiller N. (Friedrich-Wilhelmsthd. Theater.) Das zweite Gesicht.

Carl Weiss. Der arme Heinrich. Dantes. Hogenbrüder. Luifen. Der Fechter von Ravenna.

Kleines. Nachtschl. Trianon. Die Nothbräde. Casino. Berliner Herzen. Metropol. Neuestes! Allerneuestes! Apollo. Specialitäten. Naktis Hodzeit.

Wintergarten. Specialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Steidl. Steidl-Sänger.

Passage-Theater. Specialitäten. Passage-Vanopitum. Specialitäten. Palast. Die Gräfin von der Nadel. Specialitäten.

Urania. Taubenstraße 48/49. Das Land Tirol. Invalidenstrasse 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Carl Weiss-Theater. Abends 8 Uhr: Benefiz für den Regisseur Leo Gabel. Zum erstenmal: Der arme Heinrich.

Der arme Heinrich. Ein deutsches Volksstück in fünf Abtheilungen von Carl Schuller. Morgen: Das Jungfernstück.

Urania.

Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr: Das Land Tirol. Sternwarte Invalidenstrasse 57/62.

Luisen-Theater.

Anfang 8 Uhr. Der Fechter von Ravenna. Donnerstag: Die Camellien-Dame. Freitag zum erstenmal: Lumpaci-vagabundus.

Sonnabend: Der Meinedbauer. Sonntagnachm. 3 Uhr: Die Räuber. 8 Uhr: Lumpaci-vagabundus. Montag: Preciosa.

Belle-Alliance-Theater.

Abends 7 1/2 Uhr: „Er“. Drama in 1 Aufzug. Hierauf: Die Dame aus Trouville.

Palast-Theater.

Burgstraße 22. Früher: Fern-Palast. 8 1/2 Uhr: Die Gräfin von der Nadel. Lebensbild mit Gesang v. Jacobsohn.

Das Elite-März-Programm.

Freitag, den 13. März: Die Gräfin von der Nadel und das Elite-Programm. Sonnabend, 14. März: Geschlossen.

Casino-Theater.

Lohseingestr. 37. 9 1/2 Uhr: Berliner Herzen. Auftreten sämtlicher Specialitäten. Anfang Sonn. 7 1/2. Wochent. 8 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater). Rittwochabend 8 Uhr: Wohlthätige Frauen. Lustspiel in 4 Akten v. Ad. P. Arronge.

Donnerstagabend 8 Uhr: Das zweite Gesicht. Freitagabend 8 Uhr: Das zweite Gesicht.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr. Nachtschl. Apollo-Theater. Heute abend 8 Uhr: Nahiris Hodzeit.

Apollo-Theater.

Heute abend 8 Uhr: Nahiris Hodzeit. Von 9 1/2 Uhr ab: Sens. Specialitäten. Novellas. 4 Garganis. Rob. Steidl etc.

Cake-Walkers.

1. im Salon 2. in Amerika 3. in der Halle sowie die 5 Barfusstänzerinnen. Donnerstag zum erstenmal: Die schöne Galathée. Sonntagnachmittag: Frau Luna.

Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung: Neuestes! Allerneuestes! Revue in 5 Bildern von J. Freund. Musik von Victor Holländer.

Emil Thomas a. G., Josef Josephi, Henry Bender.

Frid Frid, Flora Sidling, Wini Grabitz. 300 Mitwirkende. Grandioses Ballett. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Residenz-Theater.

Direktion: Sigmund Lautenburg. Abends 7 1/2 Uhr: Lutti (Loute). Schauspiel in 4 Akten von Pierre Veder.

Deutsh von Ray Schönnu. Regen und folgende Tage: Lutti. Sonntag, 15. März, nachmittags 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Steidl-Theater.

Anten-straße 132. Neu! Neuen-Erfolg! Wasserratten. Lebensbild von Rich. Steidl.

Ferner u. a.: Steidl: Die Wette von Warienburg. Scheuerl und Haas: Die Initiale Oberbären. Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. (Vorverkauf 40).

Sperrst. 100. Loge 150. Jeden nachmittags 4 Uhr: Kinder die Hälfte: Mons. Loyals Cirkus und Affen-Theater.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Eva. Schauspiel in 5 Akte, von Rich. Sch. Donnerstag: Nur einmalige Auf-führung: Zwifchen zwei Herzen. Freitag: Benefiz für Hans Adolff.

Gratweils Bierhallen.

Theater u. Variété. Kommandanten - Straße 77/79. Direktion: Carl Havorland. Täglich: Gr. Vorstellung. Das grosse amüsante März-Programm.

Nur allererste Kunstkräfte. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwooch nach der Vorstellung: TANZ.

Bernhard Rose-Theater.

Badstraße 58. Mittwoch, den 11. März 1903: Der Salontirolet. Lustspiel mit Gesang in 4 Akten vom Gustav v. Moser.

Anfang 8 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanz. Freitag und folgende Tage: Lutti. Sonntag, 15. März, nachmittags 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. Anfang: Sonntag 7. Wochentags 8 Uhr.

Reichshallen.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang: Sonntag 7. Wochentags 8 Uhr.

Cirkus Schumann.

Mittwoch, den 11. März 1903, abends 7 1/2 Uhr: Ausserordentlich grosse Vorstellung mit ganz exquisitem Programm.

Kunst-Kapacitäten.

sowie die besten Clowns und Direktor Albert Schumanns berühmte Dressuren.

Die lustigen Heidelberger.

belobteste aller bisherigen Pantomimen. Im zweiten Akt der sensationelle Gewitterregen.

Trianon-Theater.
Georgenstraße,
zwischen Friedrich- u. Unter den Eichenstraße.
Die Notbrücke.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröber
und Francis de Croisset.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 3 Uhr: Die Liebesschaukel.

WINTERGARTEN
11 1
8 7 6 5

Vollständig
Neues Programm:
Jamberty, Harry Atkinson, She, Litta Carlsen, Arras-Duo, Miss Sisy Nirvana, Circling the Circle, Annie Dirkens, Gabriela Juniori, Neues Ballett-Divertissement, „Das Fest des Lucullus“ in 6 Bildern, darunter Cane Walk, Der „Biograph“.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3
Special-Ausschank
der Berliner
Bockbrauerei.
Grosser
Bock-Trübel.
Um 10 Uhr abends
Einzig Gambinus
mit Gefolge.

Vorwärts-Buchhandlung
SW., Lindenstrasse 69.

Conrsten- und Radfahrerkarten, Stadtpläne!
Stadtpläne von Berlin von 30 Pf. bis 1 M.
Stadtpläne von Berlin mit sämtlichen Vororten v. 50 Pf. bis 3 M.
Umgebungspläne von Berlin, 85, 132 und 500 □-Kilom. um Berlin, mit Entfernungangaben von Ort zu Ort, isoliert, von 50 Pf. bis 5 M., auch für Radfahrer benutzbar.
Radfahrerkarten von Berlin mit Angabe der Art des Straßensystems, der für Radfahrer verbotenen Straßen etc. 50 Pf.
Radfahrerkarten von Berlin und weite Umgebung (von Köpenick bis Hüttenberg, von Genthin bis Frankfurt a. O.) auf Leinwand aufgezogen, in Karton 1,75 M.
Radfahrerkarten von Deutschland und angrenzenden Ländern, mit Angabe der Beschaffenheit der Wege, Entfernungen der einzelnen Orte unter sich, Höhe über dem Meer, Erhebungen etc., kleinen Führer, aufgezogen, in Karton, jede Section 1,50 M.
Zwischenwörterbücher, kleines Format, praktisch für die Reise. Französisch-deutsch und deutsch-französisch, englisch-deutsch und deutsch-englisch, russisch-deutsch u. deutsch-russisch, italienisch-deutsch und deutsch-italienisch.
Jede Sprache hat 3 M., nur 1,50 M.

Centralverband der Maurer etc.

Zweigverein Berlin.

Donnerstag, den 12. März, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppen-Strasse 29:

General-Versammlung

aller zum Lohngebiete Berlin und Umgegend gehörigen Verbands-Zahlstellen der Maurer, sowie der Sektionen der Putzer, Rabitzputzer und Cementierer.

Tages-Ordnung:
1. Die Arbeiterpolitik im deutschen Reichstage und die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Reichstags-Abgeordneter E. Rosenow.
2. Geschäftsbereich und Abrechnung vom Jahre 1902.
Mitgliedsbuch legitimiert. — Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.
Der Zweigvereins-Vorstand. A. K.: Karl Vanter.

Sanssouci.
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sängers.
Nach jeder Soliree:
Tanz-Kränzchen.
Reu!
Stoß Dir bloß nich'n Kopf an die Hochbahn.
Säle zu Festlichkeiten.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Der schöne Max aus Franz-Budholz.
Heute: Vorkiererei.
Im Kaiser-Saal: Norddeutsche Sängers und Tanz.

II. Wahlkreis.

Mittwoch, den 11. März, abends 8 Uhr, bei Habel, Bergmannstr. 5-8:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fr. Geyer-Leipzig über: „Die Wirren der Gegenwart“.
2. Diskussion.
Um recht zahlreichen Besuch ersuchen
Die Vertrauensleute.

Achtung! Töpfer!

Freitag, den 13. März, im grossen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Zwei große Versammlungen

bei Innungsmeistern beidseit. Töpfer und Dfenseker.
1. Versammlung abends 6 1/2 Uhr.
Tages-Ordnung:
Erfahrung von 2 Mitgliedern zum Gesellenausstieg und 2 Erfahrmännern.
2. Versammlung abends 7 1/2 Uhr.
Tages-Ordnung:
Erfahrung von 2 Mitgliedern zum Innungs-Schiedsgericht und 2 Erfahrmännern.
Als Legitimation dient das Innungs-Krankenschein oder eine Bescheinigung des Arbeitgebers.
Hugo John, Mühlstraße, 195/6
Kantfurter Allee 163.
Hermann Thiele, Obermeister, Raumerstraße 23.

Vereinigung der Maler.

Donnerstag, den 12. März, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Vereinsangelegenheiten.
Pünktliches Erscheinen erwartet.
Die Ortsverwaltung.
80 und 40 Personen, mit Glasino, für Gelangvereine geeignet. 538/2
Vereinszimmer, Carl Grosser, Dirksenstr. 39, I. Stage, an der Stadtbahn (zwischen Koch- und Staller-Wilhelmsstr.) Telefon III. Nr. 1812.

Mexico-Import-Cigarren

Marke „El Destino“
160 Mille Originalpackung ganz leicht defekt
per Mille Mark 85 ab Freihafen Hamburg.
Joseph Bachrach jr., Hamburg.

Patente

befragt und verwertet gut und schnell
Patent-Bureau
B. Reichhold u. Co.,
Berlin NW., Luisenstr. 24.
Einsicht kostenlos. 7722/2

Credit. Monatlich

— 10 Mark —
liebere Anzüge, Paletots nach Maß.
Der Kasse allerbilligste Preise.
Wer selbst Stoff hat v. 20 M. an.
J. Tomporowski, Prinzenstr. 55.

Reste

Damen- und Mädchen-Kostüme, Saccos, Röcke, Blusen etc.
47. Wrangelstr. 47, part.
(Kein Laden.)
Hochbahnhof Schlesisch. Thor.
von Kammgarn, Tuch, Seide etc.
Zuschnitt gratis!
Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.
Specialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Wurm's Magen-Doctor
Nach Wein und stets nach zwei Glas Bier bekommt Wurm's Magendocor Dir.
Nach jedem Essen lass Dir sagen: Er ist das Beste für den Magen!
ist das Beste für den Magen!
Flaschenverkauf in den meisten Ladengeschäften — Ausschank in den Gastwirtschaften wo Plakat.
Adresse für Gastwirte und Ladengeschäfte: Michaelkirchstrasse 20, Telefon: VII, 3745.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern des Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnis-Vereins der Bau- u. gewerbli. Hilfsarbeiter Berlin und Umgegend hiermit zur Nachricht, daß am 8. März unser langjähriges Mitglied

Karl Tschammer
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
Um rege Theilnahme ersucht
Der Vorstand.

Eduard Just

im 63. Lebensjahre.
Ghre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Kongregation in Nieder-Schönhaufen statt. 27806
Das Personal der Firma Riefenstahl, Zumpo & Co.

Allen lieben Freunden und Bekannten sowie den Kollegen der Fabrik Schildeisen, den Genossen des Metallarbeiter-Vereins und des 6. Wahlkreises sagen wir hiermit unseren innigen Dank für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, Sohnes und Bruders, des Schlossers Richard Franke, 27715 Die Hinterbliebenen.

Orts-Krankenkasse f. d. Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker.

Freitag, 20. März, abends 8 1/2 Uhr, in Cohns Festsälen, Vauthstr. 19/21:

Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. R. Friedberg über: Die bevorstehende Revolle zum Krankenversicherungs-Gesetz.
2. Abkündigung eines Vertrages mit dem Rentanten und dem Beamten.
3. Antrag der Delegierten Sachhaus u. Gen. auf Aenderung des § 55 des Statutens.
4. Wahl
a) eines Vorstandsmitgliedes aus den Reihen der Arbeitgeber bis Ende 1903;
b) eines Vorstandsmitgliedes aus den Reihen der Arbeitnehmer bis Ende 1903.
Der Vorstand:
G. Knoke, H. Philippsche, Vorsitzender. Schriftführer.

Reste

zur [768L*]
Damen-Mäntel-Konfektion und Kinder-Garderobe.
Futterselben, Besatzartikel.
Fortige Damen-Mäntel und Jacketts in grösster Ausw.
Kostüm-Stoffreste zu vollständigen Kostümen u. einzelnen Röcken in farbig u. schwarz, enorme Ausw.
C. PELZ,
4. Kottbuser-Strasse 4.

Baustellen

in Erkner, Neu-Zittau, Dabendorf, □-Rute von 8 M., idyllisch gelegen, brauene Zahlungsbedingung, verl. Säule, Mirdor, Weierstr. 302. — Vermittl. gel. u. erhalten Land gratis.
Wichtig für Dreher!
Praktische Anleitung für Dreher in der Berechnung der Wechseldreher.
In dem Buch erklärt ein Fachmann kurz und für jedermann verständlich die Berechnung der Wechseldreher. (In einigen Stunden zu erlernen.) 2406b
Preis nur 1,50 Mark.
Zu beziehen b. Verlagsbuchhandlung Joh. Ellguth in Rath-Düsseldorf.

Raucher Haas-Tabak



Specialität:
Berliner Shag hell
in 10 Pf. Packeten
Hochfein im Geschmack u. Aroma.
Zu haben in allen Gigarrengeschäften.
ENGROS-NIEDERLAGE:
H. SALTZMANN
Berlin S. Luisenufer 3

Bekanntmachung!
Um unser werthen Kundschafft unsere Leistungsfähigkeit vor Augen fuhren zu können, haben wir 1350 Einsegnungs-Anzüge konfektioniert, welche durch ihre solide Verarbeitung, gediegene Stoffe und tadellosen Sitz, wenn man den außerordentlich billigen Preis in Betracht zieht, jedermanns freudige Anerkennung erlangen. Nur durch den kolossalen Konsum an Rohwaren, welche uns die günstigsten Abkchlüsse mit den Fabrikanten sichern, wie auch durch moderne technische Hilfsmittel, welche bei einer Fabrikation in großem Maßstabe unerlässlich sind, sind wir in der Lage, diese Kundnahmepreise zu stellen. Wir offerieren unter der

Marke Praktikus:
Einsegnungs-Anzug aus fein geripptem Kammgarn, mittelschwer, sehr dauerhaftere Fabrikat, sauber gearbeitet, gute Zuthaten Mk. 12,50.
Wir halten dieses Angebot nur so lange der Vorrat reicht aufrecht.
Derner offerieren wir den von uns fabrizierten Ueberzieher unter der Marke

Marke Solid:
Einsegnungs-Anzug aus Tuch oder prima Kammgarn, edles Fabrikat, Massanzug ersetzend. Prima Anfertigung. Mk. 20.—
Courant
Dieses vornehme Kleidungsstück besteht aus fein meliertem, weichem Wargen-Überstoff (auch Schwarzweiß gemuliert) prachtvoll gearbeitet, modernes Jagou, sämtliche Nähte zweifach gefasst, mit Wändliche, gediegene Zuthaten, für normale oder anormale Figuren passend, in Verarbeitung II 17 M. Derselbe Jacket, extra fein ausgehalten, in Verarbeitung I, Heberzieher nach Maß erfend, Preis 27 M.
Monat März Verkauf einzelner Modell-Kleidungsstücke, wie auch nicht abgeholter Bestellungen zu extra billigen Preisen.
Die Preise sind auf jedem Gegenstand deutlich in Zahlen sichtbar und streng fest. Ueber-vorteilung ausgeschlossen. Garantie für tadellosen Sitz.

Deutsche Compagnie Heitinger & Co.
Herren- und Knaben-Bekleidungsfabrik.
Gegründet 1887. Berlin, Oranien-Strasse 40/41.

Erster Kongress der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten.

In Frankfurt a. M. tagte Montag und Dienstag der erste Kongress der neugegründeten Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Zu Frankfurt a. M. tagte Montag und Dienstag der erste Kongress der neugegründeten Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Prof. Dr. Reiser von Berlin als Vorsitzender eröffnet den Kongress mit dem Ausdruck der Freude über die zahlreiche Beteiligung und mahnt zur Einigkeit und Hintanhaltung „einseitiger“ Ansichten.

Zur strafrechtlichen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten referiert zunächst Oberlandesgerichtsrat Schmölder-Hamm, der in sympathischer Weise betont, daß die strafrechtliche Seite eigentlich gar nicht den Anfang der Verhandlungen gebührt.

In der Diskussion wendet sich Prof. Franke-Halle, der bekannte Hygieniker, gegen die Strafvorschläge. Da die Strafbarkeit vom Zeugnis des Arztes abhängen wird, würden die Geschlechtskranken noch weniger die Ärzte aufsuchen, um kein Beweismaterial gegen sich zu schaffen.

Dr. Voß (Hannover): In der Mäßigung und Enthaltensamkeit der Jugend gehören auch Mäßigung im Alkoholgenuß, Mäßigung gegenüber gewisser Literatur, Schaulustungen.

Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Erbe (Heidelberg): Die jetzt so viel geäußerte Behauptung von der absoluten Unschädlichkeit der sexuellen Abstinenz möchte ich nicht unwiderprochen ins Land gehen lassen.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagmorgen 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Fortsetzung der Verichterstattung des Etatsauschusses.

Die Selbstmorde haben sich in Berlin im letzten Jahre wieder vermehrt. In den Jahren 1900 und 1901 waren hier 434 und 525 Selbstmorde festgestellt worden und im Jahre 1902 gelangten 564 Selbstmordfälle zur Kenntnis der Behörde.

Die Magistrate-Kommission, die zur Beratung von Maßnahmen, die geeignet erscheinen, die von der Staatsregierung beabsichtigten Maßnahmen zur besonderen Belastung Berlins mit einer Steuer abzuwenden oder zu belämpfen, trat gestern zum erstenmal dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner zusammen.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Leuten gegenüber nichts ausdrücken. Der junge Mann werde sich mit Augenblinzeln denken: „Wie hast Du es denn gemacht?“

Geheimerat Strömer vom Kultusministerium in Berlin widerspricht lechter Ansicht. Zur Begründung des Seudengefetzes habe er sich kürzlich die Zahlen über die Verbreitung der Tuberkulose zusammengestellt.

Der Wahlverein für Treptow-Baumtschenweg hat für den Bezirk Treptow im Restaurant Dreher, Niehölzerstr. 6, eine Zahlstelle eingerichtet, wofür heute Mittwochsabend 8 1/2 Uhr eine Sitzung stattfindet.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält Donnerstagabend 8 1/2 Uhr bei Siehr (Kaffee Dreieck), Hefelwerderstr. 6, eine Versammlung ab.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagmorgen 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Fortsetzung der Verichterstattung des Etatsauschusses.

Die Selbstmorde haben sich in Berlin im letzten Jahre wieder vermehrt. In den Jahren 1900 und 1901 waren hier 434 und 525 Selbstmorde festgestellt worden und im Jahre 1902 gelangten 564 Selbstmordfälle zur Kenntnis der Behörde.

Die Magistrate-Kommission, die zur Beratung von Maßnahmen, die geeignet erscheinen, die von der Staatsregierung beabsichtigten Maßnahmen zur besonderen Belastung Berlins mit einer Steuer abzuwenden oder zu belämpfen, trat gestern zum erstenmal dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner zusammen.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagmorgen 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Fortsetzung der Verichterstattung des Etatsauschusses.

Die Selbstmorde haben sich in Berlin im letzten Jahre wieder vermehrt. In den Jahren 1900 und 1901 waren hier 434 und 525 Selbstmorde festgestellt worden und im Jahre 1902 gelangten 564 Selbstmordfälle zur Kenntnis der Behörde.

Die Magistrate-Kommission, die zur Beratung von Maßnahmen, die geeignet erscheinen, die von der Staatsregierung beabsichtigten Maßnahmen zur besonderen Belastung Berlins mit einer Steuer abzuwenden oder zu belämpfen, trat gestern zum erstenmal dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner zusammen.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Der Wahlverein Niedersorf hält heute eine außerordentliche Generalversammlung im Lokal des Herrn Gröbler, Bergstr. 147, ab.

Der Wahlverein für Treptow-Baumtschenweg hat für den Bezirk Treptow im Restaurant Dreher, Niehölzerstr. 6, eine Zahlstelle eingerichtet, wofür heute Mittwochsabend 8 1/2 Uhr eine Sitzung stattfindet.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält Donnerstagabend 8 1/2 Uhr bei Siehr (Kaffee Dreieck), Hefelwerderstr. 6, eine Versammlung ab.

Lokales.

Ueber die Schularzfrage

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagmorgen 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Fortsetzung der Verichterstattung des Etatsauschusses.

Die Selbstmorde haben sich in Berlin im letzten Jahre wieder vermehrt. In den Jahren 1900 und 1901 waren hier 434 und 525 Selbstmorde festgestellt worden und im Jahre 1902 gelangten 564 Selbstmordfälle zur Kenntnis der Behörde.

Die Magistrate-Kommission, die zur Beratung von Maßnahmen, die geeignet erscheinen, die von der Staatsregierung beabsichtigten Maßnahmen zur besonderen Belastung Berlins mit einer Steuer abzuwenden oder zu belämpfen, trat gestern zum erstenmal dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner zusammen.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die Selbstmorde haben sich in Berlin im letzten Jahre wieder vermehrt. In den Jahren 1900 und 1901 waren hier 434 und 525 Selbstmorde festgestellt worden und im Jahre 1902 gelangten 564 Selbstmordfälle zur Kenntnis der Behörde.

Die Magistrate-Kommission, die zur Beratung von Maßnahmen, die geeignet erscheinen, die von der Staatsregierung beabsichtigten Maßnahmen zur besonderen Belastung Berlins mit einer Steuer abzuwenden oder zu belämpfen, trat gestern zum erstenmal dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner zusammen.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

Die in der gestrigen Sitzung des städtischen Etatsauschusses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Langerhans wurde der Etat 97 (Gebäude der Magistratsmitglieder) beraten.

grauenvoller Anblick. Auf dem Polster hingestreckt lag die Leiche des jungen Mannes, aus dessen rechter Schläfe sich ein Blutstrom ergoß. Das Polster, die Decke und der Fußboden waren mit Blut bedeckt. Ein Seil von der Leiche lag ein Taschenrevolver, welchen der Lebensmüde zur Ausführung der traurigen That, die er vermutlich kurz vor Eintreten des Tages in Potsdam verübte, benutzte hat. Bei dem Toten wurden nur geringfügige Geldmittel sowie verschiedene Medikamente vorgefunden, welche darauf schließen lassen, daß die Ursache zu dem Selbstmord auf langwierige Krankheit zurückzuführen ist. Der Wagen, in welchem die Leiche gefunden wurde, mußte zur Säuberung ausgeräumt und außer Betrieb gesetzt werden. Die Leiche wurde zunächst nach dem Central-Stellwerturm, und nach gerichtlicher Feststellung des Thatbestandes nach der Leichenhalle des Potsdamer städtischen Friedhofs geschafft.

Seltene Attentate wurden auf das Kloster zum guten Hirten zu Charlottenburg, Lützowstr. 2, verübt. Als sich an einem der letzten Abende ein Teil der dort untergebrachten weiblichen Höglinge in einem im zweiten Stock gelegenen Schlafsaal, dessen Fenster nach der Hinterfront hinausgehen, ansahen, zu Bett zu gehen, ertönte plötzlich ein Schuß und eine Kugel schlug durch das Fenster. Sie zerschmetterte die Scheibe derartig, daß die Glasplitter auf die Betten flogen, riß dann zum Glück an den Klöpfen der Mädchen vorbei und prallte gegen die Wand, wo sie plattegebrüht niederfiel. Naum hatte sich die Aufregung im Laufe der Nacht und des folgenden Tages etwas gelegt, als sie am nächsten Abend durch ein zweites Attentat von neuem wachgerufen wurde. Diesmal flog ein faustgroßer Stein durch eines der Vorderfenster im ersten Stock, zerschmetterte die Scheibe, verletzte aber zum Glück wiederum niemand. In beiden Fällen war von dem Täter infolge der Dunkelheit nicht die geringste Spur zu entdecken.

Veräben für die Pasewalker. In eine Gastwirtschaft am Schloßplatz kam vorgestern, Montagabend, ein flotter Gast. Der Mann nannte sich Theaterfreier Hoffmann und erzählte, daß er ein gutes Geschäft gemacht habe. Die Pasewalker Käassiere hätten von ihm auf einmal 150 Veräben bezogen und noch mehr nachbestellt. Daher komme es ihm auf eine Kleinigkeit nicht an. Aber es blieb nicht bei Wein und Bier, sondern der Mann schrieb seinen Bekannten aus Treibitz für Theater aus. Man glaubte ihm, daß sich sein Einfluß als Theaterfreier auch auf diese Dinge erstreckte und nahm die Freikarten mit Freuden und Dank entgegen. Es war schon ziemlich spät geworden, als die Bekannten einer nach dem andern aufstanden. Der „pendable“ Gast war schließlich etwas eingeknickt. Als der Wirt ihn wieder und daran erinnerte, daß es doch wohl Zeit sei, heimzugehen, sagte er mit Zuredung in die Westentasche, um die Reste zu bezahlen, erichal aber nicht wenig, als er sie leer fand. Er war jedoch schnell beruhigt und schien es gar nicht so schmerzhaft zu empfinden, daß das Zwanzigmarkstück, das er kurz vorher noch gehabt hatte, verschwunden sei. Vertraulich klopfte er dem Wirt auf die Schulter und meinte: „Hörst du hier, laß es laufen. Sie lernen mich ja, Theaterfreier Hoffmann, ich bezahle morgen.“ Damit war aber der Wirt keineswegs einverstanden. Trotz aller Veräben der Pasewalker Käassiere verlangte er auf der Stelle sein Geld, und als der Theaterfreier aus allen seinen Taschen auch nicht einen Pfennig zu Tage förderte, ging er mit ihm auf die Revierwache, um für weitere Schritte den nötigen Anhalt zu gewinnen. Hier wurde der flotte Mann als der Freier Gustav Ullrich entlarvt und als Hochstapler festgenommen.

Das Wegwerfen von Obstresten hat wieder einmal Unheil angerichtet. Der 32 Jahre alte Arbeiter Ernst Schulz aus der Streifergasse 2 glitt vor dem Hause Klaffenstr. 4 auf einer Apfelsinenschale aus und zog sich einen Bruch des linken Unterschenkels zu. Die Rettungswache in der Stamm-Allee leistete ihm die erste Hilfe und ließ ihn mit einem Ländchen Wagen nach dem Noabiter Krankenhaus bringen.

Die Ausstellung der Schülerarbeiten der Fachschule der Maler findet in der Aula und den Nebenräumen des Schulgebäudes Wasserhorst. 4 in der Zeit vom Donnerstag, den 12. März, bis Sonntag, den 15. März, statt. Die Besichtigung ist unentgeltlich von 10—4 Uhr gestattet, und es werden alle Interessenten zum Besuch hiermit eingeladen. Am Anschlag an die Ausstellung findet Sonntagmorgen 4 Uhr Prämien- und Diplomverteilung an die Lehrlinge statt.

Im neuen Affenhaus des Berliner Zoologischen Gartens befindet sich seit einigen Tagen ein schwarzer Spinnentier. Auf den ersten Blick schon unterscheidet sich dieser tropische Südamerikaner durch seine ungemein langen, dünnen Spinnweben von seinen altweltlichen Vettern, den Babianen, Neerlagen usw., noch mehr fällt jedoch der lange Greifschwanz auf, der ja auch nur den amerikanischen Affen zukommt. Allen diesen fehlt die dröhlige, übermäßige Komik mit den kraftvollen Bewegungen und weiten Sprüngen, dem raschen Minenspiel und der ergötzlichen Unverschämtheit; ein stiller, fast ängstlicher Ernst liegt auf dem Gesicht der „Mammerraffen“, und ihr Benehmen entspricht diesem Ansehen. Der Schwanz ist ihnen sehr wesentliches Hilfsorgan bei der Bewegung; allein mit seiner Spitze an einem Ast befestigt, hängen sie die Tiere lange zu schaukeln; sie machen keinen Schritt, ohne sich durch eine Schlinge dieses Greifwerkzeuges vor dem Herabfallen gesichert zu haben.

Aus den Nachbarorten.

Die Nixdorfer Straßenpolizei-Verordnung.

Vor einiger Zeit konnten wir berichten, das Kammergericht habe den § 68 der Nixdorfer Straßenpolizei-Verordnung vom 5. Dezember 1901 für rechtsunzulässig erklärt, das Verbot des Straßenhandels unter Benutzung von Wagen für das ganze Stadtgebiet Nixdorf gebilligt. Jetzt hat nun auch das preussische Ober-Verwaltungsgericht über die Gültigkeit dieses Paragraphen zu befinden. Mehrere Händler hatten das Verbot nicht beachtet, waren dann auf das Einschreiten von Exekutivbeamten hin vergeblich beim Nixdorfer Polizeipräsidenten vorstellig geworden, hatten sich darauf beim Polizeipräsidenten in Berlin und beim Oberpräsidenten ohne Erfolg beschwert und schließlich gegen diesen beim Ober-Verwaltungsgericht geklagt. Ihr Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Karl Liebig, machte u. a. vor dem verhandelnden 4. Senat geltend: Der § 68 der genannten Verordnung sei rechtsunzulässig. Die Bestimmungen solcher Straßenpolizei-Verordnungen hätten nur rechtlichen Bestand, wenn sie aus verkehrspolizeilichen Gründen erlassen wären. Das sei hier bei dem § 68 offenbar nicht der Fall, schon weil sich das Verbot des Straßenhandels unter Jubilienznahme von Fahrzeugen auf das ganze Stadtgebiet erstreckte, in dem die größere Anzahl der Straßen einen ganz minimalen Verkehr aufwies, so daß in ihnen ein Händler mit seinem Wagen nicht im geringsten dem Verkehr hinderlich sei, nicht im geringsten die Verkehrs-, Bequemlichkeits- und Sicherheit des Verkehrs stören würde. Gegenüber diesen tatsächlichen, allgemein bekannten Verhältnissen sei es ganz unheimlich, wenn § 68 in einem Absatz sechs, der die Überschrift führt: „Beschränkung des Verkehrs durch andere Handlungen und Unterlassungen.“ Entscheidend wäre, daß § 68 nach Inhalt und Fassung und nach seinem wirklichen Zweck nicht dem Schutz des Verkehrs diene. Es sei ja auch ein offenes Geheimnis, daß hinter der Polizei-Verordnung die Kleinewerbetreibenden mit festen Verkaufsstellen ständen, die sich die Konkurrenz des Straßenhandels vom Hals schaffen wollten. In den Vorberatungen der Stadtverordneten und des Magistrats sei ja ausdrücklich der Schutz jener Gewerbetreibenden betont worden. Die Belämpfung einer wirtschaftlichen Konkurrenz sei aber nicht Sache einer Straßenpolizei-Verordnung. Die Verordnung vermindere die Erlöse.

Das Ober-Verwaltungsgericht unter dem Vorsitz des Herrn v. Meyeren wies jedoch die Klage mit folgender Begründung ab: Wenn auch formell zulässig, sei die Klage doch materiell völlig unbegründet. Die vom Anwalt entwickelte Theorie zu Gunsten der Ungültigkeit des § 68 würde dahin führen, daß das ganze Polizei-Verordnungsrecht unmöglich wäre. Ob der Polizeipräsident zu Nix-

dorf Anlaß hatte, für alle Straßen jenes Verbot zu erlassen, sei lediglich eine Frage der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit, die für den Richter nicht in Betracht komme; die rechtliche Möglichkeit, auf allen Straßen den Verkehr darauf zu regeln, habe der Polizeipräsident zweifellos. Ob er zweckmäßig verfahren sei, ob es notwendig war, soweit zu gehen, ob er zwischen den verschiedenen Straßen hätte unterscheiden können je nach der Lebhaftigkeit des Verkehrs usw., sei rein seine Sache. Die rechtliche Zulässigkeit des § 68 stehe außer Zweifel.

Wohl nie ist der Polizeivollführer so das Wort geredet worden, wie in dieser Entscheidung.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung hatte in der Montag-Sitzung eine recht umfangreiche Tagesordnung zu bewältigen. Nicht allein einige der wichtigsten Etats fanden endlich ihre erledigung, sondern die Versammlung hatte sich außerdem noch mit der Neu-Ordnung der Armen- und Waisenspiege zu befassen. Da für Schöneberg nur etwa 700—800 Arme in Betracht kommen, so würden nach dem einzuführenden Elberfelder System ca. 200 Ehrenämter neu geschaffen werden müssen. Die Einteilung erfolgt in 12 Bezirke. Nach Ansicht des Oberbürgermeisters W. B. dürfte eine Erhöhung des Armenetats unausbleiblich sein und der bisherige Satz von 2 M. auf den Kopf der Bevölkerung bald überschritten werden. In dieser Beziehung stellt unser Ort bedeutend hinter den Aufwendungen Berlins, das etwa 8 M. pro Kopf (bei einem Armenetat von 16 Mill.) ausgiebt, zurück. Von unserer Seite stellte Genosse Hoffmann unser Einverständnis mit der Magistratsvorlage fest, er wies aber auch darauf hin, daß bei der Auswahl der Pfleger die größte Vorsicht zu üben sei. Nach seinen Ermittlungen aus Elberfeld scheitert auch dort der Grundgedanke des Systems an der Nichtzugehörigkeit derjenigen Kreise, die durch eigene Erfahrungen mit am besten für das Amt eines Pflegers sich eigneten: die Arbeiterklasse. — Diese Anschauung erregte natürlich den Unwillen des Stadtverordneten Freundberg, der in seiner naiven Weise, noch bestärkt durch den humoristischen Beifall, erklärte, „die Arbeiter würden stets mit vollen Händen geben, da sie selbst — keine Steuern zahlen.“ Mit der Versicherung des Oberbürgermeisters, daß auch Frauen als Pflegerinnen berufen werden sollen, die erfahrungsgemäß auf diesem Gebiete Gutes leisten können, wurde die Neu-Ordnung einstimmig angenommen. Ihre Einführung dürfte mit dem 15. April erfolgen.

Beim Armenetat hatte der Magistrat die Errichtung einer fünften Armenarzstelle beantragt, da die bisherigen Armenarzbezirke zu umfangreich seien. Der Ausschuss hatte Streichung dieser Position verlangt. Im Plenum fürchtete man augenscheinlich unliebsame Erörterungen, und so wurde dieser wichtige Punkt — für die geheime Sitzung reserviert. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 880 330 M. und erfordert einen Zuschuß von 211 580 M.

Beim Volksschul-Etat erinnerte Genosse Küter den zweiten Bürgermeister Dr. Gohardt an das seiner Zeit so fest gegebene Versprechen, daß mit dem 1. April d. J. „alle fliegenden Klassen ganz bestimmt beseitigt sein sollen.“ Natürlich mußte er zugeben, daß er sich hierin zu sehr festgelegt habe.

Pantow. Die Einrichtung und Unterhaltung einer Volksbibliothek durch die Gemeinde ist trotz immer erneuten Anträgen von unserer Seite abgelehnt worden und zwar mit der Motivierung, daß der im Orte bestehende Bürgerverein, dessen Bibliothek auch Nichtmitgliedern gegen Zahlung einer Station von 3 M. zur Verfügung steht, den Bedürfnissen des lesenden Publikums Rechnung trägt. Die Gemeinde subventioniert diese „Volksbibliothek“ mit 200 M. jährlich. Genosse Fischer wies in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung darauf hin, daß die Gemeinde die Verpflichtung habe, die Bibliothek selbst zu verwalten und auszubauen. Augenblicklich hat die Gemeinde trotz des jährlichen Zuschusses keinen Einfluß auf die Bibliothek und auch keinerlei Eigentumsrechte, man solle endlich eine öffentliche Volksbibliothek gründen und die Bestände der Bibliothek des Vereins als Grundstock einer solchen betrachten. Es wurde eine Kommission gewählt, der auch Genosse Fischer angehört, um die Vorberatungen und Vorschläge zu einer Vorlage zum nächsten Etat 1904/5 zu machen. — Eine heftige Debatte zeitigte die vorläufige Rechnungslegung des neuen Rathauses, die Kosten desselben waren nach dem Vorschlage auf 300 000 M. ohne innere Einrichtung festgesetzt. Nachbewilligt waren inklusive der inneren Einrichtung als erste Rate 18 000, als zweite Rate 94 000 und als letzte Rate 50 000 M., dazu kommt der Ankauf des Grundstücks mit 45 000 M., so daß die Gesamtsumme 507 000 M. beträgt. Der Baukommission wurde von der Rechnungscommission zum Vorwort gemacht, die als Nachbewilligung angeführten Gelder schon verbraucht zu haben, ohne daß die Gemeindevertretung die Gelder bewilligt hätte. In der genannten Gesamtsumme von 567 000 M. treten noch die Straßen- und Hofregulierungen, letztere mit gärtnerischen Anlagen, außerdem einzelne, nicht in der Rathausabrechnung enthaltene Positionen. Der Rathausbau kostet in runder Summe 600 000 M. Eine Nachforderung von 30 000 M. ist noch zu erwarten.

Aldershof. Der Geist eines großen Agitators Herrn v. Oppen geht hier ruhig weiter umher, was aus folgendem zu ersehen ist. Von seinen dem Herrn Amtsdirektor wurde den diesigen Gastwirten eröffnet, daß sie bis zum 1. März ihre Konzeptionsgesuche einzureichen hätten, da ihre bisherige Konzeption bis zum 28. Februar erlischt. Nun stellt sich heraus, daß die Wirte, welche ihre Lokalitäten der Arbeiterchaft zur Verfügung gestellt haben, auf Polizeihände gesetzt worden und um 10 Uhr schließen müssen, während dort, wo das sogenannte bessere Publikum verkehrt, bis 11 Uhr und noch länger geschänkt werden darf. Man fragt sich nun: „Ist das die sogenannte ausgleichende Gerechtigkeit?“ Man versteht also, was zu zwingen, unsere sauer verdienten Groschen dort hin zu tragen, wo uns der Wirt nicht einmal gestattet, über den Brot- und Fleischwucher uns zu unterhalten. Niemandem gelingt es aber, unsere Freunde eine arge Enttäuschung zu bereiten. Wir machen hiermit nach bekannt, daß in dem Lokal von Meißner (an der Bahn), welches der Arbeiterchaft nicht zur Verfügung steht, der „Vorwärts“ aushängt, unserer Vermutung nach nur als Blendwerk, um die Personen, welche aus Unkenntnis oder Vergeßlichkeit dies Lokal betreten, irre zu führen. Für das Wohl dieses Lokalbesizers scheint die Polizei von Aldershof ebenfalls sehr besorgt zu sein, da sie ja schon einem Parteigenossen das Betreten des Bürgerheides vor dem Lokal verboten hat. Wir erlauben nun die Arbeiterchaft nochmals, uns in dem schweren Kampfe weiter zu unterstützen, damit endlich der Sieg unser werde.

Steglich. Laut amtlicher Bekanntmachung ist nunmehr das Gewerbeamt für unseren Ort konstituiert und kann in Funktion treten. Am ersten Montage eines jeden Monats findet im Rathause, Zimmer Nr. 12, von 10 bis 12 Uhr, ein ordentlicher Gerichtstag statt, an welchem Parteien ohne vorangegangene Klage oder Ladung zur Verhandlung des Rechtsstreites erscheinen können. Im übrigen können natürlich Klagen jederzeit schriftlich bei dem Gewerbeamt eingereicht oder auch an Wochentagen von 8 bis 3 Uhr auf Zimmer Nr. 9 zu Protokoll des Gerichtsschreibers erklärt werden. Ueber diese Klagen wird in besonders feinsprechenden Terminen verhandelt. Vorsitzender des Gewerbeamtes ist Bürgermeister Buhrow, erster Stellvertreter Bürgermeister a. D. Blenske, zweiter Stellvertreter Amts- und Gemeindevorstandsvorsteher Schmidt.

Gerichts-Zeitung.

Unternehmer und Arbeiter. Das Opfer niedriger Nachsicht will der Fabrikant Paul Hochdorf geworden sein, der vom Schöffengericht wegen eines unbilligen Angriffs gegen eine seiner Arbeiterinnen zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden war.

Zur Januar v. J. hatte der Angeklagte einem jungen Mädchen aus guter Familie, einem Fräulein Scheller, Arbeit gegeben. Sie

hatte in ihrer Wohnung für die Firma Schürzen anfertigen. Es will dem Fräulein Scheller aufgefallen sein, daß ihr Arbeitgeber häufig in ihrer Wohnung gekommen sei, um sich nach dem Fortschritt der Arbeit zu erkundigen und sie zu pünktlicher Lieferung anzu-spornen. Ihr Verdacht, daß Hochdorf unlaute Ziwede verfolge, sei — wie sie behauptet — am Abend des 14. Mai zur Gewissheit geworden. Es sei nach 9 Uhr gewesen, als Hochdorf sie wiederum besuchte habe. Nach einer kurzen geschäftlichen Erörterung habe Hochdorf sich ihr in zudringlicher Weise genähert und sie umarmen wollen. Sie habe sich nach Kräften getraut und schließlich verjagt, den Klingelzug zu erreichen. Hochdorf habe ihr den Weg vertreten und gesagt: „Wenn Sie sich mir nicht fügen wollen, bekommen Sie von uns kein Geld! Wenn Sie Geld gebrauchen, werden Sie schon selbst kommen!“ Sie habe darauf mit dem Gericht gedroht, worauf Hochdorf erwidert habe: „Was wollen Sie mit dem Gericht? Wenn ich schwöre, liegen Sie doch drin!“ — „Was, Sie werden sich doch nicht erlauben, einen Meineid zu leisten?“ habe sie entgegnet und darauf der Angeklagte: „Na, was thut's?“ Nach dieser Auseinandersetzung habe sie versucht, an dem Angeklagten, der ihr den Weg vertrat, vorbeizuschlüpfen, dieser habe ihr aber mit dem Ellenbogen einen so heftigen Stoß gegen den Magen gegeben, daß sie zu Boden gesunken sei, darauf habe der Angeklagte sich entfernt. Sie sei kurze Zeit liegen geblieben, habe furchtbare Schmerzen gehabt und an Blutbrechen gelitten. Auffälligerweise hat Fräulein Scheller von diesem Vorkommis nicht sofort Anzeige gemacht, sondern erst nachdem sie vom Gewerbeamt mit ihrer Klage gegen Hochdorf wegen unpünktlicher Lieferung abgewiesen war. Trotz der Inskuldbetuerungen des Angeklagten, welcher behauptete, daß die ganze Geschichte erfunden sei, glaubte das Schöffengericht der eidlischen Aussage des Fräulein Scheller und kam zu einer Verurteilung. Im gestrigen Termin vor der Berufungsinstanz wiederholte die Zeugin ihre Bezeugungen, während der Angeklagte mit seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Cohn, einen umfangreichen Beweis dafür angetreten hatten, daß Fräulein Scheller ungläubig sei. Es wurde behauptet, daß die Zeugin zu hochsprachlichen Ziweden Bijutenarien mit einem adelichen Namen bei sich zu führen pflege. Die Zeugin gab nur das letztere zu, behauptete aber, daß zur Zeit zwei Prozesse in München und Magdeburg schwebten, von deren Ausgang es abhängig sei, ob sie einen adelichen Namen führen dürfe. Auch der moralische Lebenswandel der Zeugin wurde beanstandet. Sie gab zu, daß sie ein Liebesverhältnis mit einem Dr. S. unterhalte, der Verkehre mit andern ihr bekannnten Herren habe sich aber darauf beschränkt, daß sie mit denselben Lokale und Konzerte besuche habe. Schließlich stellten die früheren Wirtsleute der Zeugin dieser kein lobendes Zeugnis aus. Sie habe wenig gearbeitet und häufig Herrenbesuche empfangen. Von dem fraglichen Vorgange sei im Wohnzimmer nichts zu hören gewesen, auch habe Fräulein Scheller erst nach dem Termin vor dem Gewerbeamt davon erzählt, wessen sie ausgesagt worden sei und hinzugefügt: „Der Jude soll nicht davon kommen, dem werde ich es böseren!“ Diese Aeußerung wurde von der Zeugin entschieden in Abrede gestellt.

Während der Verteidiger auf Freisprechung ev. auf Ladung weiterer von ihm benannter Zeugen plädierte, hielt der Staatsanwalt für erwiesen, daß eine schamlose Ausbeutung einer Arbeiterin vorliege und beantragte Verwerfung der Berufung. Es sei nur zu bedauern, daß nicht auch seitens der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt worden sei, denn das Verhalten des Angeklagten verdiene entschieden eine Freiheitsstrafe.

Der Gerichtshof beschloß, die noch vorgeschlagenen Zeugen zu laden und zu diesem Zweck die Verhandlung zu vertagen.

Ein Kurpfuscherprozess. Die Kurmethode des „Magnetismpathen“ Karl Pohl wurde gestern in einer Verhandlung erörtert, die vor dem neunten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Pohl pflegt in den Zeitungen Annoncen zu veröffentlichen, die mit seinem Brustbild verziert sind und in denen er seine „geheilig geschützte lombinierte Heilmethode“ gegen alle möglichen Krankheiten, innere und äußere Leiden, empfiehlt und sichere Heilung verspricht. Die Anklage erlährt hierin ein Vergehen gegen das Gesetz betr. den unlauteren Wettbewerb. Der Angeklagte behauptet, daß ihm eine magnetische Kraft, sogenannter „Lebensmagnetismus“ inne wohne, welche er durch Handbewegungen auf die Kranken übertragen könne. Der Erfolg sei, daß die Krankheiten von dem Patienten in seinen eignen Körper übergingen. Natürlich leide er selbst auch darunter und deshalb sei es erklärlich, daß er sich für jede Sitzung ein Honorar zahlen lasse, welches sich je nach der Vermögenslage der Patienten zwischen 5 und 50 M. bewegte. Außerdem werde er kohlensaure Bäder an. Wenn die Anklagebehörde eine Anzahl Zeugen vorführen lasse, welche ohne Erfolg von ihm behandelt worden seien, so sei er in der Lage, sich auf weit mehr Personen zu berufen, welche geheilt wurden. Auf schriftliche Materielung habe er sich nie eingelassen. In seinen jüngeren Jahren sei er Maler gewesen, dann sei ihm nach und nach die Kenntnis gekommen, daß ihm eine magnetische Kraft innewohne und schließlich habe er diese zu Heilzwecken verwendet. Die vernommenen Belastungszeugen bekundeten übereinstimmend, daß sie schweres Geld nutzlos geopfert hätten. Der Angeklagte habe sich bisweilen für eine „Sitzung“ 30 M. bezahlen lassen. Ein 14jähriges Mädchen litt an einem gekrümmten Arnie. Es war seit längerer Zeit ohne Erfolg in ärztlicher Behandlung gewesen. Dazu war es zu dem Angeklagten gekommen, der Heilung versprochen habe. Unmittelbar über dem Arnie habe er dann mit gespreizten Fingern hin und her Bewegungen gemacht und dabei unverständliche Worte gemurmelt. Wiederholte derartige Behandlungen hätten keinen Erfolg gehabt. Professor v. Bergmann habe schließlich die Heilung durch eine Operation erzielt. Ein schwer Jüderkrankter hatte noch schlimmere Erfahrungen mit der Behandlung des Angeklagten gemacht und ebenso ein Säwindsüchtiger. Einige dieser Zeugen bezeugten dessen Heilmethode als Pumps. Wenn sie dennoch die schriftliche Erklärung abgegeben hätten, daß sie Heilung gefunden oder Besserung gespürt hätten, so sei dies nur geschehen, um billigere Preise angedröhrt zu erhalten. Diesen Zeugen standen andere gegenüber, welche erklärten, daß sie durch die Behandlung des Angeklagten geheilt seien, obgleich Ärzte bereits vergebens ihre Kunst versucht hätten. Eine Dame wollte durch dreimalige Hypnotisierung von einer hartnäckigen Migräne befreit werden sein.

Der Gerichtshof, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Müller, verurteilte den Angeklagten zu 1000 M. Geldstrafe und Veröffentlichung des Urteils.

Ein „lebenswürdiger“ Vermeister. Unter dieser Epithete berichteten wir im November v. J. über eine Verleumdungssache, die der Meister Pieschel von der „Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft“ gegen die Arbeiterin M. angestrengt hatte. Wie erinnerlich sein dürfte, hatte Pieschel das Mädchen, welches damals gleichfalls in jenem Betriebe beschäftigt war, wiederholt angesprochen und in unbilliger Weise belästigt. Enttäuscht über das Benehmen des Meisters beschwerte sich der Bräutigam des Mädchens brieflich bei der Direktion, die den Meister denn auch zur Rede stellte. Anstatt aber sein Vergehen zuzugeben, bestritt der Meister nicht nur die in der Beschwerde angeführten Thatsachen, sondern verklagte das Mädchen obendrein wegen verleumderischer Verleumdung. Auf Grund der Beweisnahme wurde er mit seiner Klage vom Schöffengericht jedoch kostenpflichtig abgewiesen. Gegen dieses Urteil legte P. Berufung ein, die gestern vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung kam, oder besser gesagt, kommen sollte. Dem Kläger wurde vom Vorsitzenden nämlich der wohl-gemeinte Rat erteilt, seine Berufungssklage wieder zurückzuziehen, da er dem Mädchen gegenüber doch mindestens sehr unvorsichtig gehandelt habe. Auf dritte Personen müsse sein damaliges Verhalten immerhin den Eindruck machen, als habe er nicht ganz laute Ab-sichten auf das Mädchen gehabt. Mit seinem Einwand aber, er habe als Meister die Verpflichtung, sich auch außer der Arbeitszeit um die Moralität der Arbeiterinnen zu kümmern, sei es „auch nur solche Sache“. (Mit diesem wunderbaren Argument wollte Meister Pieschel bereits bei der vorigen Verhandlung seine nächsten Verleumdungen des Mädchens rechtfertigen. Jedoch machte seine damalige Aussage, wie auch die des Direktors Buhmann, nur zu sehr den Eindruck, als habe man hier den Bod zum Gärtner gesetzt.) Der Kläger trübte sich anfangs gegen eine Zurücknahme der Berufung, weil von dem Ausgang der Klage viel für ihn abhänge. Als darauf

